

Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen

Band 12

Impressum

Herausgeber :
Landesamt für Datenverarbeitung
und Statistik Nordrhein-Westfalen

Redaktion:
Petra Rose, Hans Lohmann

Preis dieser Ausgabe: 3,00 EUR

Erscheinungsfolge: unregelmäßig

Bestellungen nehmen entgegen:

das Landesamt für Datenverarbeitung
und Statistik NRW,
Postfach 10 11 05,
40002 Düsseldorf,
Mauerstraße 51,
40476 Düsseldorf
Telefon: 0211 9449-2516/3516
Telefax: 0211 442006
Internet: <http://www.lds.nrw.de>
E-Mail: poststelle@lds.nrw.de

sowie der Buchhandel.

Pressestelle:
0211 9449-2521/2518

Zentraler Informationsdienst:
0211 9449-2495/2525

© Landesamt für Datenverarbeitung
und Statistik NRW, Düsseldorf, 2003

Für nicht gewerbliche Zwecke sind
Vervielfältigung und unentgeltliche
Verbreitung, auch auszugsweise, mit
Quellenangabe gestattet. Die Verbrei-
tung, auch auszugsweise, über elek-
tronische Systeme/Datenträger bedarf
der vorherigen Zustimmung. Alle üb-
rigen Rechte bleiben vorbehalten.

Bestell-Nr. Z 08 1 2003 56

ISSN 1619-506X

Inhalt

- | | |
|--|-----------|
| Europäische Umfrage zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten 2002 | 3 |
| Heike Schrankel | |
| Arbeitslosigkeit, Erwerbslosigkeit, Stille Reserve – unterschiedliche Messkonzepte zur Beschreibung der Beschäftigungslücke | 13 |
| Dr. Wolfgang Seifert | |
| Der Verbraucherpreisindex Inflationmessung in NRW und in der EU | 17 |
| Dipl.-Kfm. Brend Kreuels | |
| Rentner sein und Rentner werden: Rentnereinkommen und private Altersvorsorge | 29 |
| Ergebnisse des Mikrozensus
Dr. Olivia Wüthrich-Martone | |

Zeichenerklärung

(nach DIN 55 301)

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- ... Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

Europäische Umfrage zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten 2002

Heike Schrankel

Angesichts der schnellen Verbreitung und des vermehrten Gebrauchs von elektronischen Medien wird zunehmend von einer Informationsgesellschaft gesprochen. Was aber zeichnet eine Informationsgesellschaft aus? Welche Teile der Gesellschaft nehmen an dieser Entwicklung teil und welche nicht, und was sind die Gründe dafür? Wofür werden die neuen Technologien vorrangig eingesetzt? Welche Zusammenhänge bestehen zwischen sozio-ökonomischen Bedingungen und dem Zugang zu modernen Informations- und Kommunikationstechnologien? Um diese und weitere Fragen beantworten zu können, wurde im Jahre 2002 vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) eine Pilotstudie zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten in allen EU-Staaten initiiert. Diese sollte nach abgestimmten Erhebungsmethoden und mit einem harmonisierten Frageprogramm EU-weit vergleichbare amtliche, d. h. unabhängige und auf Grundlage von objektiven Methoden ermittelte Zahlen zur Nutzung moderner Technologien liefern.

In Deutschland wurde die Umfrage zur Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien 2002 (IKT) nach § 7 Abs. 2 BstatG durchgeführt. Es handelt sich hierbei um eine freiwillige Befragung, bei der es schwerpunktmäßig um die Verbreitung und unterschiedlichen Nutzungsaspekte von PC und Internet sowie um Umfang und Schwerpunkte von E-Commerce ging. An der IKT-Befragung nahmen bundesweit ca. 5 000 Haushalte teil, in Nordrhein-Westfalen waren es 1 592 Haushalte mit 3 311 Personen.

Erhebungsdesign

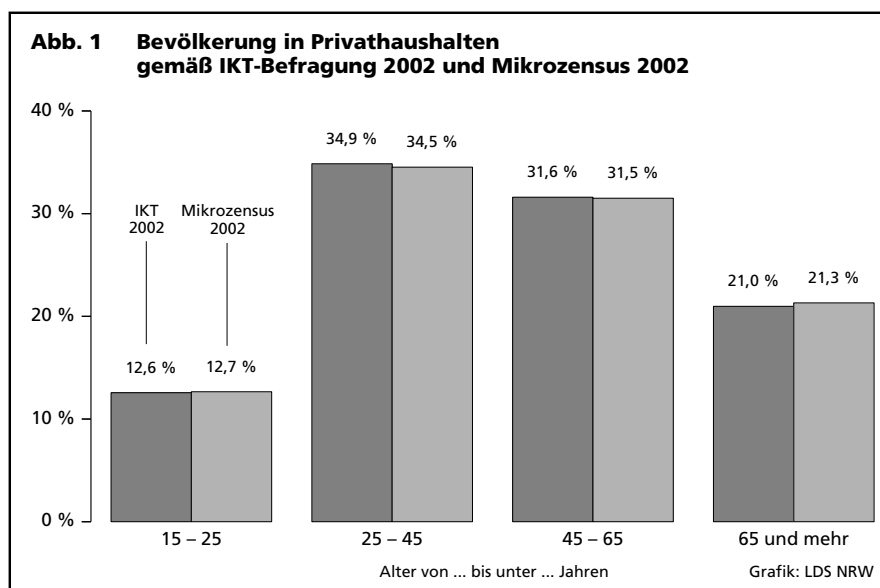
Die IKT-Erhebung wurde als schriftliche Befragung durchgeführt. Jeder teilnahmebereite Haushalt erhielt einen Haushaltsfragebogen mit Fragen zur Haushaltszusammensetzung, Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien im Haushalt und zum Haushaltsnettoeinkommen. Zusätzlich füllte jedes Haushaltsmitglied, das 10 Jahre oder älter war, einen Personenfragebogen mit folgenden Themen aus: Persönliche Nutzung von Computer und Internet, Art der Internetnutzung, Einkaufen über das Internet, Ausbildung, Erwerbstätigkeit/Arbeitssuche und persönliches Einkommen. Hierbei waren die Fragen zu Ausbildung, Erwerbstätigkeit/Arbeitssuche und dem persönlichen Einkommen auf Personen im Alter von 15 Jahren und älter beschränkt. Jüngere Kinder wurden zu PC- und Interneterfahrungen nicht befragt, da hier aufgrund der Komplexität des Fragebogens keine validen Daten zu erwarten waren.

Bei der IKT-Erhebung handelt es sich um eine Quotenstichprobe. Als Quotierungsmerkmale wurden der Haushaltstyp, die soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers und das monatliche Haushaltsnettoeinkommen herangezogen. Die Haushalte, die an dieser Befragung teilnahmen, wurden vorrangig aus dem Pilot-Ac-

cess-Panel rekrutiert. Hierbei handelt es sich um ein Projekt, bei dem sich Haushalte, die vier Jahre am Mikrozensus teilgenommen haben, bereit erklärten, auf freiwilliger Basis an Befragungen zu unterschiedlichen Themen teilzunehmen. Um die Quotenvorgabe einzelner Schichtungsmerkmale zu erfüllen, wurden zusätzlich zum einen Haushalte geworben, die schon an anderen Erhebungen der amtlichen Statistik teilgenommen hatten. Zum anderen wurde eine gezielte Presseanwerbung geschaltet.

Repräsentativität der Ergebnisse

Im Rahmen der Erhebung konnten die vorgegebenen Quoten zum großen Teil erfüllt werden. Nur einige Gruppen wie z. B. die Nichterwerbstätigen mit niedrigem Einkommen oder die Gruppe der Arbeiter/-innen konnten nicht vollständig rekrutiert werden. Damit die Vorgaben für die Randverteilungen bezüglich Haushaltstyp und Stellung im Beruf erfüllt werden konnten, wurde für die Einkommensquotierung eine Substitution durch die nächstniedrige bzw. nächsthöhere Einkommensklasse zugelassen.



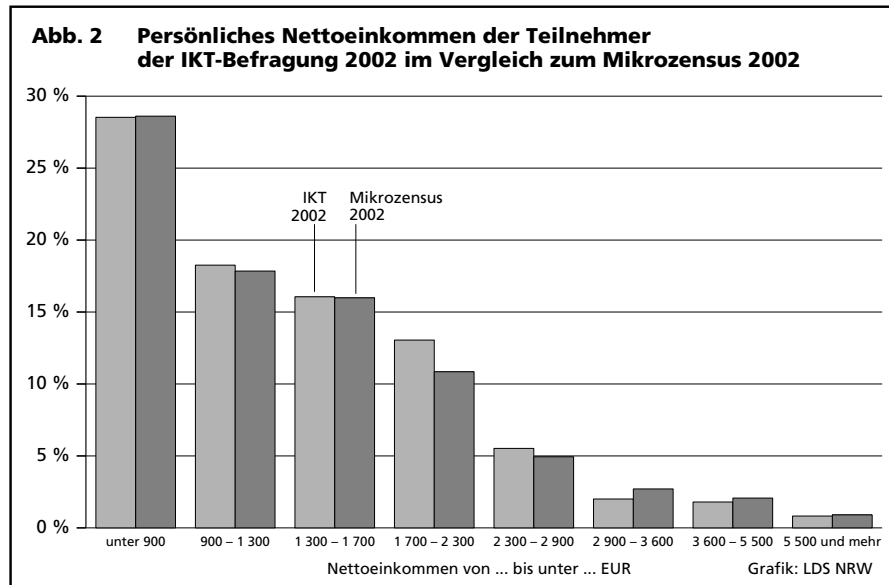
Um die Repräsentativität der Ergebnisse zu sichern, wurden die Daten an den Ergebnissen des Mikrozensus 2002 hochgerechnet. Der Mikrozensus ist eine repräsentative bundesweite Erhebung mit Auskunftspflicht, die jedes Jahr bei 1 % aller Haushalte durchgeführt wird. Durch die Hochrechnung anhand der Schichtungsmerkmale ist sichergestellt, dass die Ergebnisse der IKT-Stichprobe repräsentativ für die Bevölkerung sind. So zeigt denn auch ein Vergleich der Altersstruktur aus beiden Erhebungen eine hohe Übereinstimmung.

Auch die Befürchtung, dass es bei der IKT-Erhebung zu einer systematischen Verzerrung kommen könnte, weil nur Personen teilnehmen, die sich für das Thema Informations- und Kommunikationstechnologie interessieren, konnte nach einem Vergleich mit Ergebnissen der Laufenden Wirtschaftsrechnung 2002 entkräftet werden. Die Abweichungen zwischen beiden Stichproben bezüglich der Ausstattung der Haushalte mit Informations- und Kommunikationstechnologien waren nur sehr gering.

Die Repräsentativität der Ergebnisse wird ebenfalls deutlich, wenn man die Einkommensstruktur der befragten Haushalte der IKT-Befragung mit dem Mikrozensus vergleicht. Bis auf kleinere Abweichungen bei Personen mit einem Einkommen von 1 700 bis unter 2 300 Euro sind die Ergebnisse fast identisch.

Entwicklung der technischen Ausstattung der privaten Haushalte

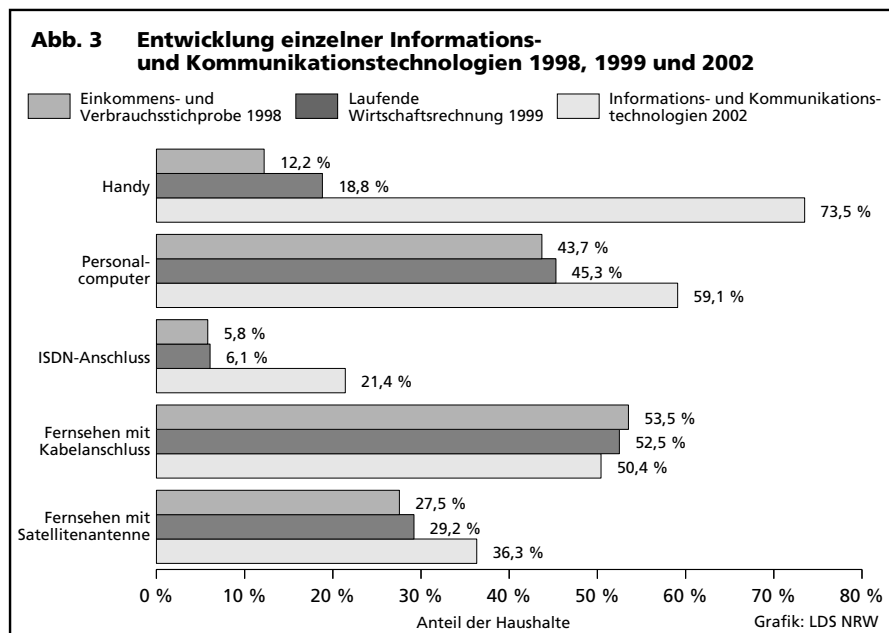
Die Ausstattung der Haushalte mit modernen Kommunikations- und Informationstechnologien hat in den letzten 5 Jahren deutlich zugenommen. Betrachtet man die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998, der Laufenden Wirtschaftsrechnung 1999 und der Europäischen Umfrage zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien 2002, so wird deutlich, wie sehr sich der Nutzungsgrad der einzelnen Informations- und Kommunikationstechnologien



verändert hat. 1998 besaß nur jeder achte Haushalt ein Handy, 2002 dagegen schon Dreiviertel der nordrhein-westfälischen Haushalte. Eine ähnlich starke Entwicklung gab es bei ISDN-Anschlüssen: Nur jeder 17. Haushalt besaß 1998 einen ISDN-Anschluss, 2002 bereits jeder fünfte Haushalt. Da die Ausstattung der privaten Haushalte mit Computern 1998 im Vergleich zu anderen Technologien bereits auf hohem Niveau lag, fiel der Zuwachs hier etwas geringer aus: Fast jeder zweite Haus-

Anteil ist jedoch rückläufig. Der Anteil der Haushalte mit Fernsehempfang über Satellitenantenne stieg dagegen deutlich auf über 36 %. Hierfür dürften die monatlichen Kabelgebühren gegenüber einmaligen Anschaffungskosten einer Satellitenanlage verantwortlich sein.

Die IKT-Befragung 2002 lieferte zusätzlich Informationen über das Vorhandensein neuester Technologien. Über einen eigenen Internetanschluss verfügen 44 % der Haushalte. Trotz



halt besaß 1998 einen Computer; heute liegt der Anteil bei knapp 60 % der Haushalte. Interessant ist die Entwicklung in der Fernsehtechnik. Jeder zweite Haushalt verfügt über einen Kabelanschluss, dieser

intensiver Werbung durch die Industrie haben sich Navigationssysteme für PKWs und Palm-Tops bislang noch nicht am Markt durchsetzen können. Die DVD-Technik dagegen ist durchaus schon weiter verbreitet: 11 % der

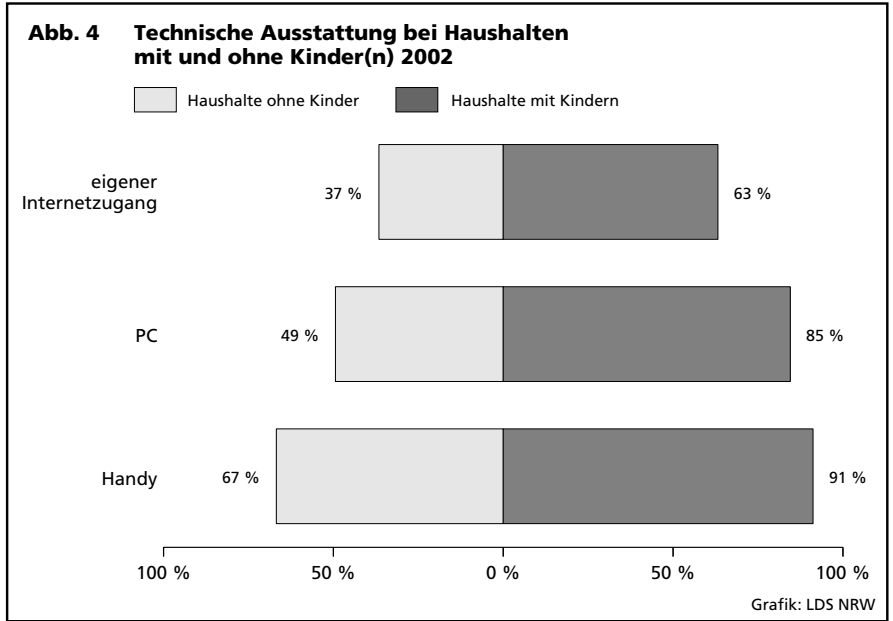
Haushalte besitzen bereits einen DVD-Player und 12 % ein DVD-Laufwerk im PC.

Untersucht man den PC-Besitz, den eigenen Internetanschluss sowie den Besitz von Handys genauer, so ergibt sich, dass unabhängig von den Haushaltsstrukturen das Handy am häufigsten zur technischen Ausstattung der Haushalte gehört. Der PC steht an zweiter Stelle, während der eigene Internetanschluss seltener vorhanden ist.

Differenziert nach Haushaltstypen zeigt sich, dass alle drei Technologien in Haushalten mit Kindern wesentlich häufiger vorhanden sind als in Haushalten ohne Kinder. Mehr als 90 % der Haushalte mit Kindern besitzen ein Handy, ca. 85 % haben einen Computer und 63 % einen eigenen Internetanschluss. Bei den allein Erziehenden sind die Prioritäten etwas verschoben. Während für PC-Besitz und Internetzugang die Anteile durchschnittlich 10 Prozentpunkte unter den Ergebnissen der übrigen Haushalte mit Kindern liegen, fällt der Handybesitz 3 Prozentpunkte höher aus.

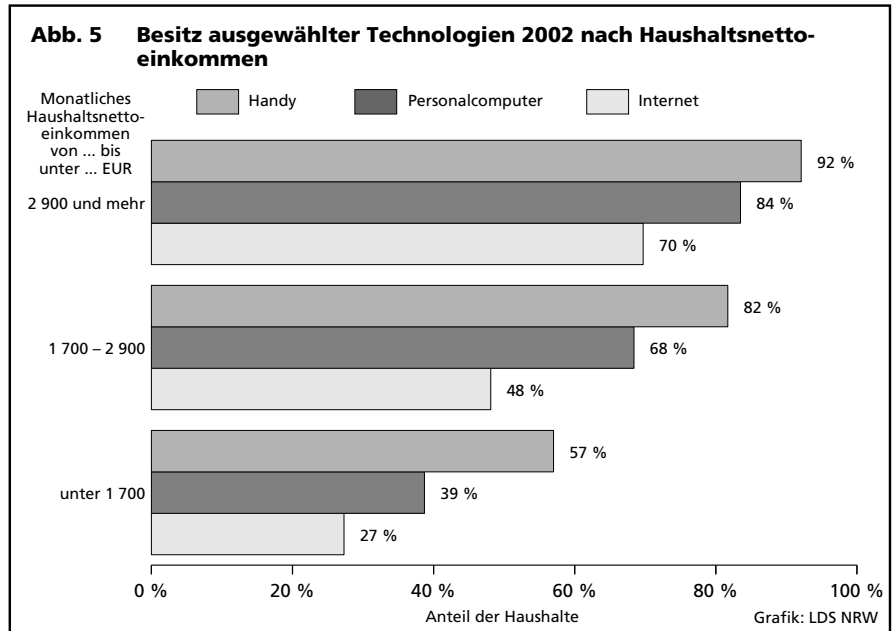
Von den Haushalten ohne Kinder haben nur 67 % ein Handy, 49 % einen PC und sogar nur 37 % einen eigenen Internetzugang. Hierbei fällt auf, dass Einpersonenhaushalte deutlich seltener über diese Technologien verfügen. Besonders gravierend ist der Unterschied beim Handy. Nur etwas mehr als jeder zweite Einpersonenhaushalt besitzt ein Handy.

Ein weiterer wichtiger Einflussfaktor ist das Haushaltsnettoeinkommen. Von den Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen bis unter 1 700 Euro hat nur gut die Hälfte aller Haushalte ein Handy, gut ein Drittel einen eigenen PC und sogar nur etwas mehr als ein Viertel einen eigenen Internetanschluss. Haushalte mit einem Einkommen von mehr als 2 900 Euro sind hingegen technisch erheblich besser ausgestattet: Fast jeder dieser Haushalte besitzt ein Handy (92 %), 84 % haben einen Computer und 70 % einen eigenen Internetzugang.



Der dritte Einflussfaktor ist die Erwerbstätigkeit. Dieser wird jedoch von dem Einflussfaktor des Haushaltsnettoeinkommens überlagert. Generell gilt: Haushalte, deren Haupteinkommensbezieher erwerbstätig ist, verfügen häufiger über eine der drei betrachteten Technologien als Nichterwerbstätigenhaushalte.

zwischen Erwerbstätigkeit und PC-Besitz bzw. Internetzugang. Der Anteil ist bei den Nichterwerbstätigenhaushalten weniger als halb so hoch wie bei den Erwerbstätigenhaushalten. Nur jeder vierte Nichterwerbstätigenhaushalt mit geringem Einkommen hat einen PC, beim Internetanschluss ist der Anteil mit unter 20 % noch geringer. Bei Haushalten mit middle-



Dabei sind die Unterschiede zwischen Erwerbstätigen- und Nichterwerbstätigenhaushalten bezogen auf PC-Besitz und Internetzugang deutlich gravierender als beim Besitz eines Handys. Vor allem in den unteren Klassen des Haushaltsnettoeinkommens besteht ein Zusammenhang

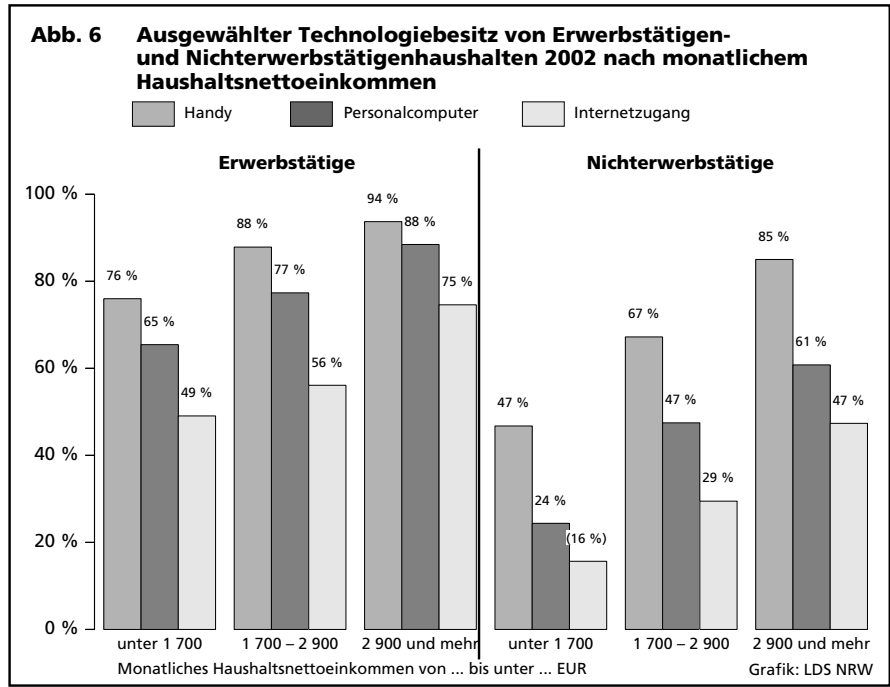
rem und hohem Einkommen relativiert sich der Einfluss der Erwerbstätigkeit, auch wenn beim Internetanschluss die Abstände weiterhin deutlich größer sind. Während 88 % der Erwerbstätigenhaushalte mit hohem Einkommen einen PC haben, sind es bei den Nichterwerbstätigenhaushal-

ten immerhin noch 61 %. Dreiviertel der Erwerbstätigenhaushalte mit hohem Einkommen und 47 % der Nichterwerbstätigenhaushalte mit hohem Einkommen verfügen über einen Internetanschluss.

Der Handybesitz hängt bei Nichterwerbstätigen stärker von der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens ab als bei Erwerbstätigen. Erwerbstätige besitzen auch bei niedrigerem Einkommen häufiger ein Handy. Bei Nichterwerbstätigen steigt der Anteil der Handybesitzer erst mit wachsendem Einkommen deutlich an. Bei einem Einkommen von unter 1 700 Euro hatten 76 % der Erwerbstätigenhaushalte ein Handy, während es bei den Nichterwerbstätigenhaushalten nur 47 % waren. Bei hohem Einkommen liegt der Handyanteil der Nichterwerbstätigenhaushalte nur noch 9 Prozentpunkte unter dem Anteil der Erwerbstätigenhaushalte.

Betrachtet man die drei ausgewählten Technologien in Erwerbstätigenhaushalten nach der beruflichen Stellung des Haupteinkommensbeziehers, so erkennt man, dass die Nutzungsgrade bei Selbstständigen, Beamtinnen/Beamten und Angestellten etwa gleich hoch sind. Bei Arbeiterhaushalten mit niedrigem Einkommen hingegen liegen die Anteile ca. 10 Prozentpunkte unter den Ergebnissen der übrigen Erwerbstätigenhaushalte.

Abweichungen ergeben sich auch beim Vergleich der Rentnerhaushalte mit den übrigen Haushalten. Rentnerhaushalte haben offenbar ein stärkeres Interesse an Kommunikation als an PC- und Internettechnologie, wobei auch hier eine Abhängigkeit vom Haushaltsnettoeinkommen festzustellen ist. Während Rentnerhaushalte mit geringem Haushaltsnettoeinkommen nur in 39 % der Fälle ein Handy besitzen, ist der Anteil bei hohem Einkommen auf ähnlichem Niveau wie bei den Nichterwerbstätigenhaushalten. Hingegen bleiben der PC-Besitz und der Internetzugang in allen Einkommensklassen für Rentnerhaushalte deutlich hinter den Ergebnissen der übrigen Haushalte zurück. Selbst bei einem Haushaltsnettoeinkommen von 2 900



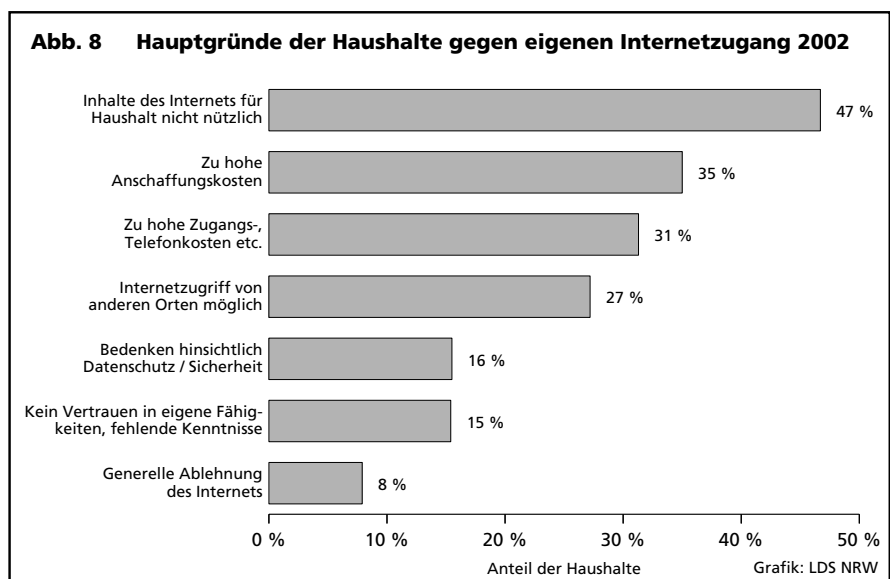
Euro und mehr im Monat hat nur jeder zweite Rentnerhaushalt einen PC.

Für den Nichtbesitz von Internetanschlüssen sind viele unterschiedliche Gründe denkbar. Entgegen gängiger Vermutung, dass Sicherheitsbedenken zu den Hauptgründen zählen, zeigte sich, dass dieser Aspekt nur für 16 % eine Rolle spielte. 47 % der Haushalte, die das Internet nicht von zu Hause nutzen, haben kein Interesse an dieser Technologie bzw. erachten die Inhalte des Internets für ihren Haushalt als nicht nützlich. Als zweithäufigster Grund wurden die Anschaffungskosten angegeben, die ein eigener Internetanschluss bedeuten würde (35 %). Rund 31 % der

Haushalte halten die Zugangs- bzw. Telefonkosten für zu hoch. Die Möglichkeit von anderer Stelle auf das Internet zuzugreifen, z. B. vom Arbeitsplatz, vom Internetcafe oder bei Nachbarn, ist für 27 % der befragten Haushalte ein Grund auf einen eigenen Internetzugang zu verzichten.

PC- und Internetnutzung

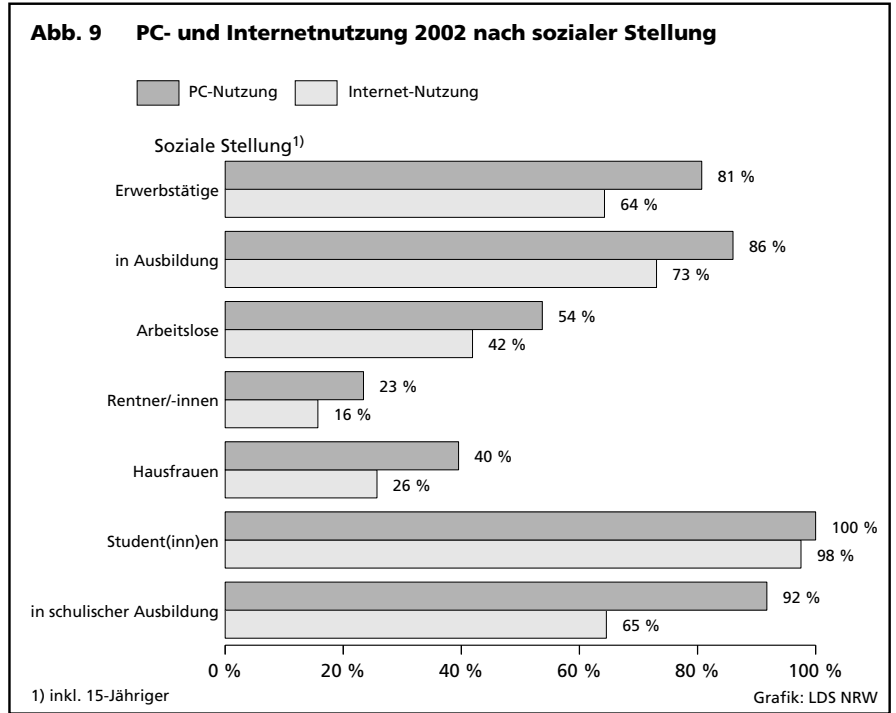
Bei der Beantwortung der Fragen zur persönlichen Internetnutzung war es unerheblich, ob ein eigener PC- oder Internetanschluss vorhanden war. Es spielte auch keine Rolle, ob PC oder Internet privat, beruflich oder im



Rahmen einer Ausbildung genutzt wurde. Nochmals sei darauf hingewiesen, dass sich die Aussagen zur Nutzung von Internettechnik nur auf Personen beziehen, die älter als 10 Jahre sind.

Rund 62 % der nordrhein-westfälischen Bevölkerung nutzten innerhalb des 1. Quartals 2002 den PC und immerhin 47 % das Internet. Allerdings ist die PC- und Internetnutzung stark von bestimmten persönlichen und sozialen Merkmalen abhängig. Auf den ersten Blick nutzen Männer häufiger PC (67 %) und Internet (52 %) als Frauen (PC: 56 %; Internet: 42 %). Das liegt vor allem daran, dass Hausfrauen und Rentnerinnen den PC seltener einschalten. In letzterer Gruppe liegt die PC-Nutzung unter 30 % und beim Internet sogar unter 20 %. Dagegen nutzen weibliche Arbeitslose z. B. den PC erheblich häufiger als die männliche Vergleichsgruppe. Bei Erwerbstätigen und bei Schüler(inne)n, Student(inn)en und Auszubildenden sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern gering.

Betrachtet man den Anteil der PC- und Internetnutzer/-innen nach ihrer sozialen Stellung, so erkennt man, dass Erwerbstätigkeit und Ausbildung wichtige Faktoren für PC- und Internetnutzung sind. Student(inn)en sind die häufigsten Konsumenten von PC- und Internetdiensten. Mehr als 80 % der Erwerbstätigen, Schüler/-innen und Student(inn)en nutzen den PC, mehr als 60 % das Internet. Hausfrauen und



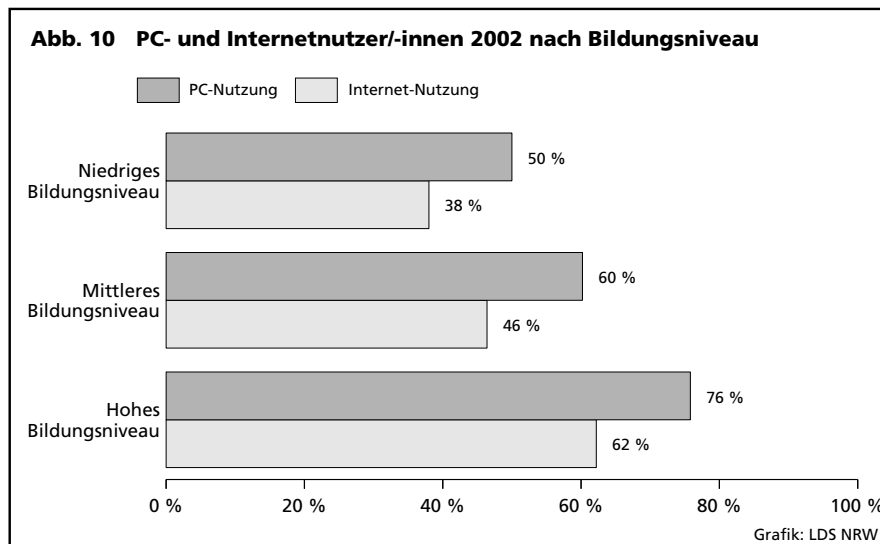
Rentner/-innen schalten den PC nur halb so häufig ein. Auch die Arbeitslosen gebrauchen PC und Internet relativ häufig; immerhin haben mehr als die Hälfte angegeben, einen PC zu nutzen, und etwas mehr als 40 % surfen auch im Internet.

Untersucht man die PC- und Internetnutzer/-innen nach ihrem Bildungsniveau, ergeben sich deutliche Unterschiede hinsichtlich der Verwendung von Computern und Onlinediensten. Um den Einfluss des Bildungsstandes auf die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien prüfen zu können, wurden drei grobe Kategorien formaler Bildung anhand der Anga-

ben der Befragten zum allgemeinen und zum beruflichen Bildungsabschluss dargestellt:

- niedriges Bildungsniveau: weder allgemeiner Schulabschluss noch beruflicher Abschluss vorhanden, Hauptschul- oder Realschulabschluss ohne beruflichen Abschluss
- mittleres Bildungsniveau: Fachhochschul-/Hochschulreife ohne beruflichen Abschluss, Abschluss einer Lehrausbildung, berufsqualifizierender Abschluss an Berufs-/Kollegschulen
- hohes Bildungsniveau: Meister/Technikerausbildung oder gleichwertiger Fachhochschulabschluss, Fachhochschul-/Hochschulabschluss, Promotion

Je niedriger der Bildungsstand desto seltener werden PC und Internet genutzt. Ein ähnliches Verhältnis ergibt sich bei der Untersuchung nach dem persönlichen Nettoeinkommen der Nutzer. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Bildungsniveau und das persönliche Nettoeinkommen miteinander korrelieren. Es fällt auf, dass die PC- und Internetnutzung ab einem Einkommen von 1 500 Euro ansteigt. Für niedrigere Einkommen von 700 bis unter 1 500 Euro liegt die PC-Nutzung bei 50 % und die Internetnut-



zung bei knapp 40 %. Die etwas höheren Werte in den Klassen ohne Einkommen sowie unter 700 Euro werden durch Schüler/-innen, Student(inn)en und Auszubildende verursacht, die eine überdurchschnittliche PC- und Internetnutzung aufweisen.

Wird die PC- und Internetnutzung nach Altersklassen differenziert, so fallen zwei Altersgruppen mit besonders hohen Anteilswerten auf: Jugendliche im Alter zwischen 10 und 18 Jahren sowie die 18- bis 24-Jährigen, die noch in der Ausbildung sind oder am Beginn ihres Berufslebens stehen, nutzen zu 90 % einen PC. Auch bei der Internetnutzung ist es wiederum die Gruppe junger Menschen in Ausbildung oder als Berufseinsteiger, für die die Nutzung des Internets offensichtlich bereits selbstverständlich geworden ist. In den höheren Altersgruppen liegen die Anteile der Internetnutzer/-innen deutlich niedriger. Ein Grund dafür könnte sein, dass in diesen Altersklassen der Wissensstand hinsichtlich PC- und Internetnutzung noch nicht so weit verbreitet ist.

Der größte Teil der PC-Nutzer/-innen schaltet den PC täglich ein (57 %), rund 31 % mindestens einmal in der Woche. Bei der Internetnutzung sieht es etwas anders aus. Täglich surfen 36 % der Internetnutzer/-innen und 44 % mindestens einmal die Woche.

Betrachtet man PC- und Internetaktivitäten nach Ort und Intensität der Nutzung, so fällt auf, dass der PC täglich genauso häufig zu Hause wie am Arbeitsplatz genutzt wird. Diejenigen, die das Internet täglich nutzen, tun dies häufiger von zu Hause aus als am Arbeitsplatz. Auch wer nicht täglich, aber mindestens einmal in der Woche PC oder Internet nutzt, macht dies überwiegend von zu Hause aus. Wird beides seltener genutzt, spielen auch andere Orte wie z. B. Internetcafe oder Nachbarn eine größere Rolle.

Bei der Internetnutzung wurde die Dauer unter zwei verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet. Zum einen wurde der Haushalt hinsichtlich Ein-

Abb. 11 PC- und Internetnutzung 2002 nach persönlichem Nettoeinkommen

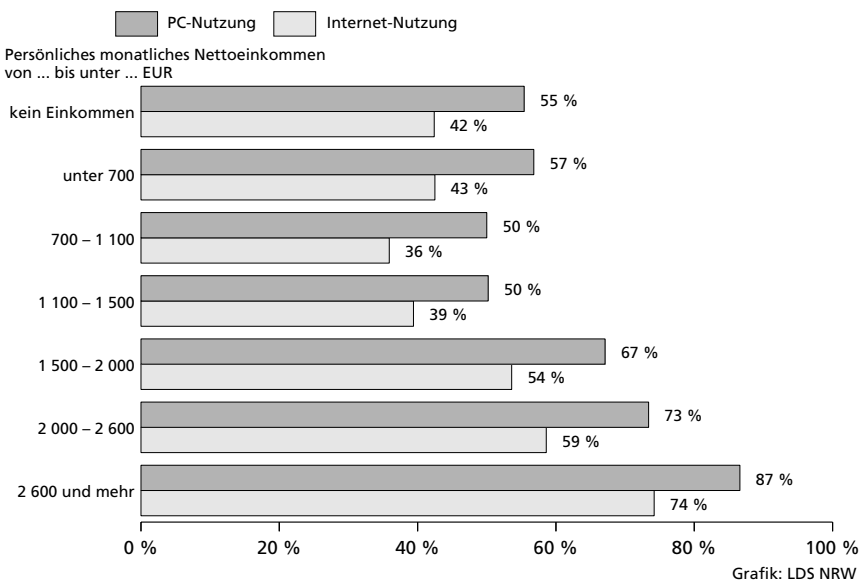


Abb. 12 PC- und Internetnutzung 2002 nach Altersklassen

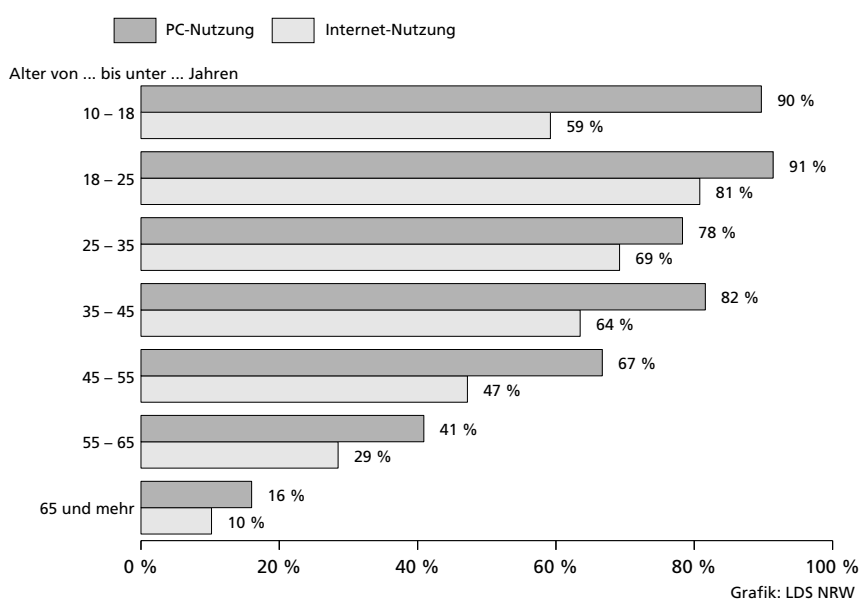
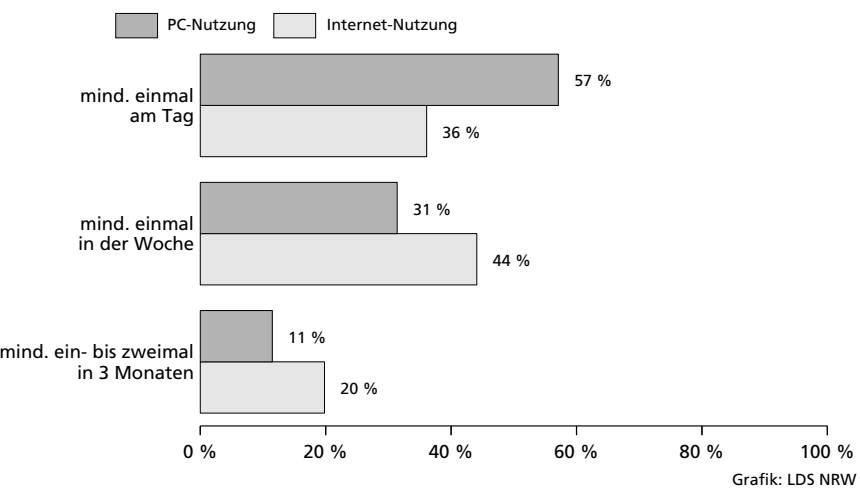


Abb. 13 PC- und Internetnutzung 2002 nach Häufigkeit

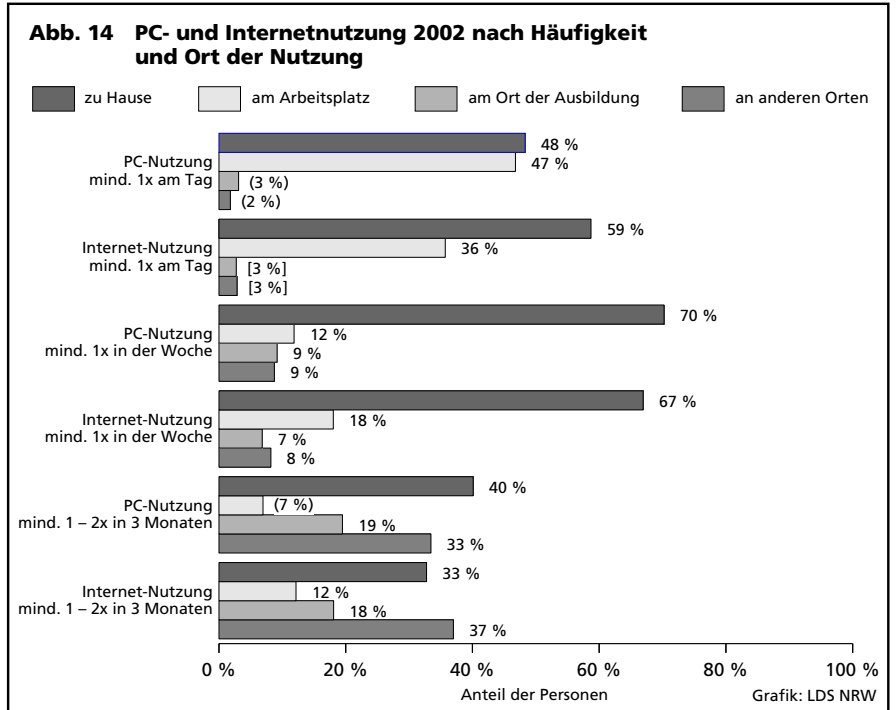


wahldauer und durchschnittlicher Surfzeit des ausschließlich privaten Internetzugangs befragt. Zum anderen wurde die Dauer der persönlichen Internetnutzung, egal ob von zu Hause oder woanders, betrachtet.

Bei der ausschließlich privaten Nutzung des Internets gaben 44 % der befragten Haushalte die Einwahldauer pro Internetsitzung mit unter 30 Minuten an. 34 % blieben zwischen 30 und 60 Minuten online; über ein Fünftel surfte länger als eine Stunde. Ca. 20 % der Haushalte surfen mit einer Flatrate. Eine Flatrate ist ein monatlicher Pauschalpreis eines Onlineanbieters, der unabhängig von der Dauer und Häufigkeit der Internetsitzungen gezahlt wird. Längere Einwahlzeiten und das Benutzen einer Flatrate stehen in unmittelbarem Zusammenhang. Bei Haushalten, die eine Flatrate nutzen, beträgt die Einwahldauer pro Internetsitzung in knapp 50 % der Fälle über 60 Minuten. Ohne Flatrate sind das nur 15 %. Mehr als 51 % der Haushalte, die keine Flatrate nutzen, haben eine Einwahldauer von unter 30 Minuten. Betrachtet man die Gesamtzeit pro Woche, die ein Haushalt online ist, so wird die Bedeutung der Flatrate noch deutlicher. Haushalte mit Flatrate surfen durchschnittlich rd. 10 Stunden pro Woche, wogegen diese Dauer bei Haushalten ohne Flatrate nur ca. 2,5 Stunden pro Woche betrug.

Bei der Frage, wie viele Stunden in der Woche im Durchschnitt pro Haushalt der private Internetanschluss genutzt wurde, stellte sich heraus, dass 50 % der Haushalte 3,5 Stunden und länger surfen. 25 % surfen länger als 5,5 Stunden und immerhin 10 % der Haushalte sind länger als 15,5 Stunden online.

Analysiert man die Zeiten, in denen der private Internetanschluss in den Haushalten genutzt wird, kann man keine spezifischen Gewohnheiten erkennen. Das Surfverhalten ist ein sehr individuelles, von den einzelnen Haushalten abhängiges Merkmal. Es lassen sich nur wenige generelle Aussagen treffen. Montags bis freitags zwischen 8 und 18 Uhr wird der pri-



vate Internetanschluss am wenigsten genutzt. In der Freizeit, also sowohl montags bis freitags nach 18 Uhr wie auch am Wochenende sind die Anteile der Surfzeiten relativ gleichmäßig verteilt. Allerdings fällt auf, dass montags bis freitags in der Freizeit etwas häufiger gesurft wird als am Wochenende.

Im Folgenden wird die Dauer der persönlichen Nutzung des Internets näher betrachtet. Hierbei war es egal ob der private Internetanschluss

oder ein anderer genutzt wurde. Ein Viertel aller befragten Nutzer/-innen gab an, wöchentlich im Durchschnitt 3 bis 5 Stunden online gewesen zu sein. Vergleicht man die Surfzeit von Männern und Frauen, so ergeben sich deutliche Unterschiede. Männer surfen erheblich länger als Frauen. 44 % der Frauen, aber nur 31 % der Männer surfen weniger als 2 Stunden. Dagegen gaben 26 % der Männer aber nur 15 % der Frauen eine Surfzeit von mehr als 5 Stunden an.

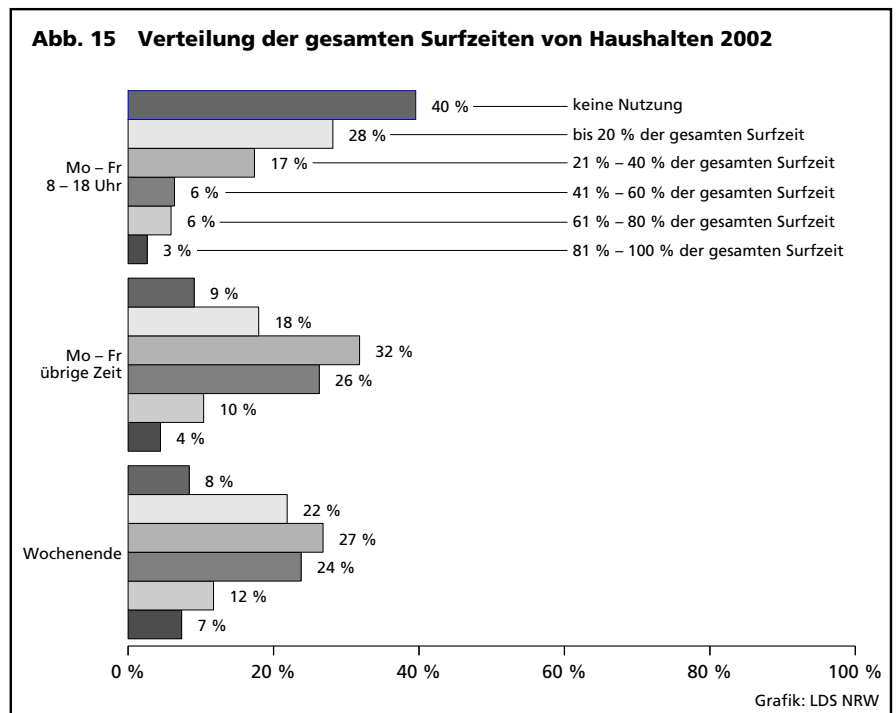
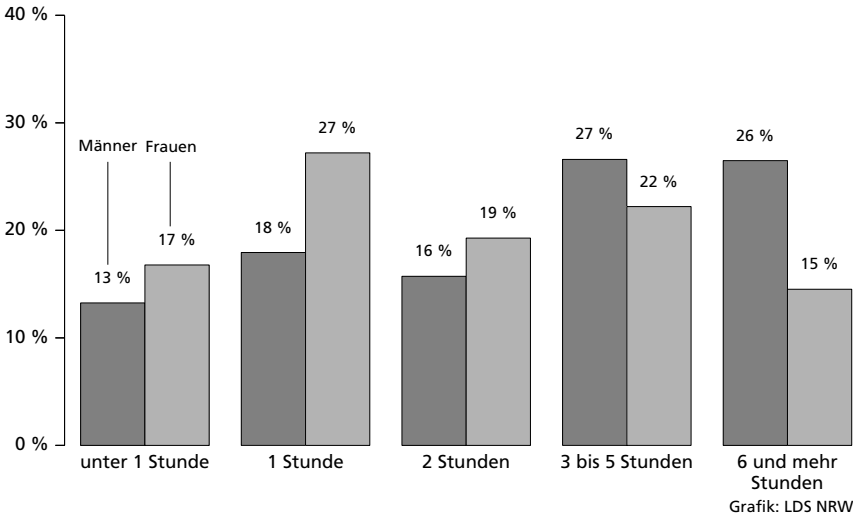


Abb. 16 Wöchentliche Surfdauer 2002



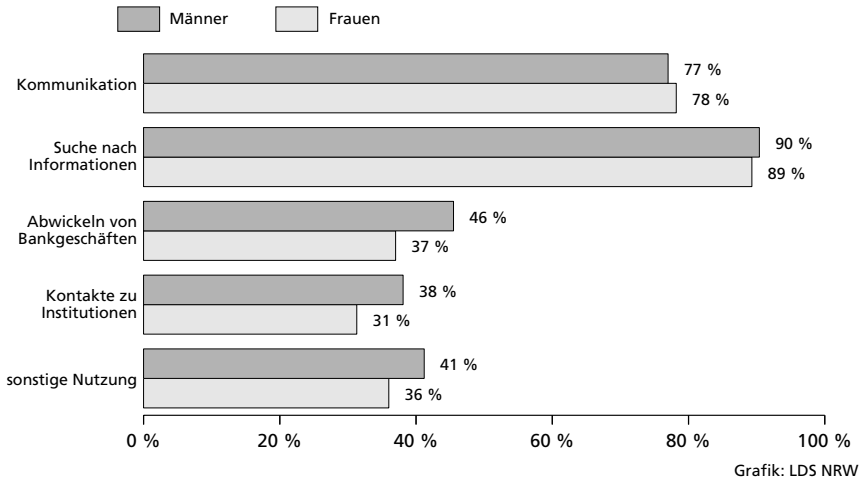
tungen (ohne Homebanking) über das Internet. Dies entspricht ca. 21 % der nordrhein-westfälischen Gesamtbevölkerung. Damit liegt der E-Commerce-Anteil in Nordrhein-Westfalen sehr hoch. Zusammen mit dem Bundesergebnis steht NRW im europäischen Vergleich an zweiter Stelle hinter Großbritannien.

Alle weiteren Analysen beziehen sich auf die Personen, die im 1. Quartal 2002 online eingekauft haben. Internetkäufe werden in erster Linie mittels PC getätigt (98 %). Neue Technologien wie z. B. Internetzugang über Palmtop, Fernseher, Handy oder Spielkonsolen spielen eine unbedeutende Rolle.

Untersucht man, wozu das Internet genutzt wird, stellt man fest, dass am häufigsten nach Informationen gesucht wird. An zweiter Stelle steht die Kommunikation und an dritter Stelle das Abwickeln von Bankgeschäften. Hier fallen allerdings Unterschiede hinsichtlich der Internetaktivitäten zwischen Männern und Frauen auf. Männer betreiben Onlinebanking wesentlich häufiger als Frauen. Auch Kontakte zu Institutionen suchen Männer häufiger als Frauen.

Den privaten Internetanschluss in den eigenen vier Wänden nutzen 23 % auch für berufliche Zwecke, wobei auch hier die Suche nach Informationen im Vordergrund steht. Hier gilt, je höher das Bildungsniveau, desto häufiger auch die berufliche Nutzung des privaten PCs.

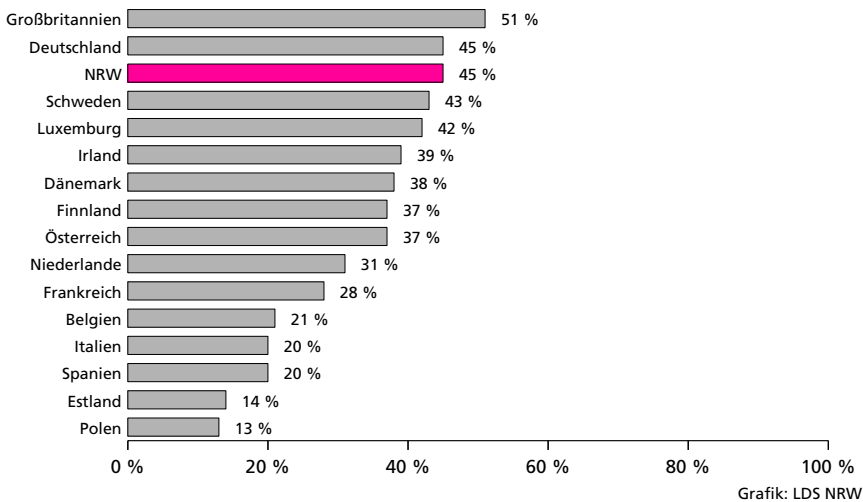
Abb. 17 Art der Internetnutzung 2002



Bereits 45 % der Personen, die im 1. Quartal 2002 das Internet nutzten, haben Erfahrungen im Bestellen oder Kaufen von Waren oder Dienstleis-

Fast die Hälfte aller Onlinebestellungen entfielen auf Bücher und Zeitschriften, etwas weniger als ein Drittel auf Kleidung und Sportartikel, ein Viertel auf Filme und Musik und von weniger als einem Fünftel wurden Reisen via Internet gebucht. Elektronikartikel sowie Soft- und Hardware werden relativ selten online geordert. Zu sonstigen Käufen über das Internet zählten vor allem Spielzeug, Kosmetik und Autozubehör bzw. Ersatzteile. Betrachtet man die durchschnittliche Höhe der Onlineausgaben, ergeben sich andere Kaufschwerpunkte. Hier liegen die durchschnittlichen Ausgaben für Reisen mit 486 Euro deutlich höher als die durchschnittlichen Ausgaben für Bücher und Zeitschriften, was natürlich an den unterschiedlichen Preisen der einzelnen Produkte liegt.

Abb. 18 Anteil der Internetnutzer/-innen, die im I. Quartal 2002 online eingekauft haben, im EU-Vergleich

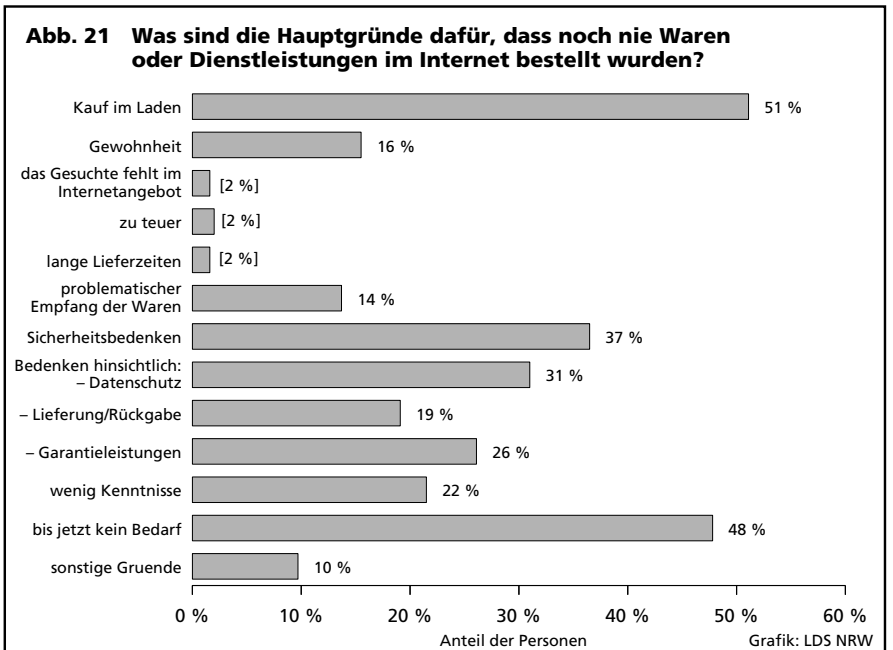
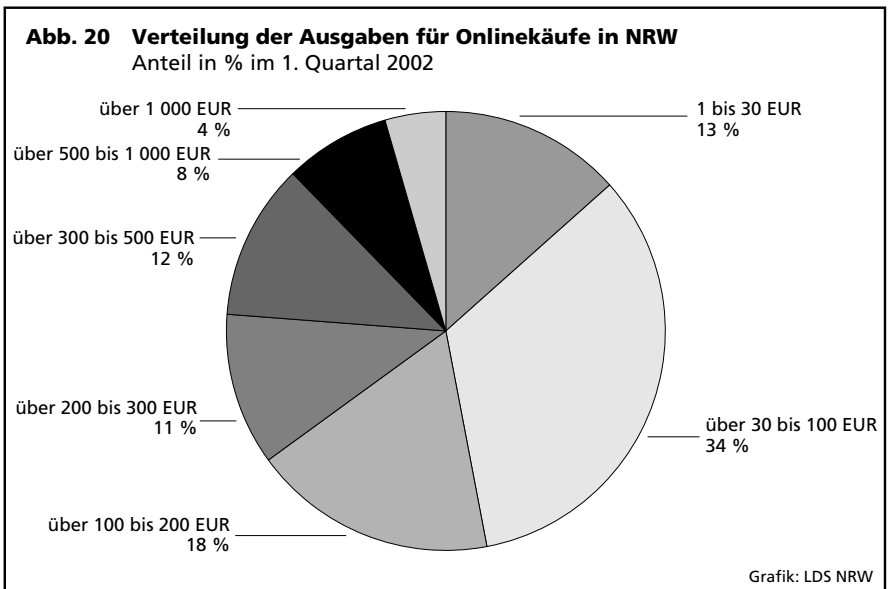
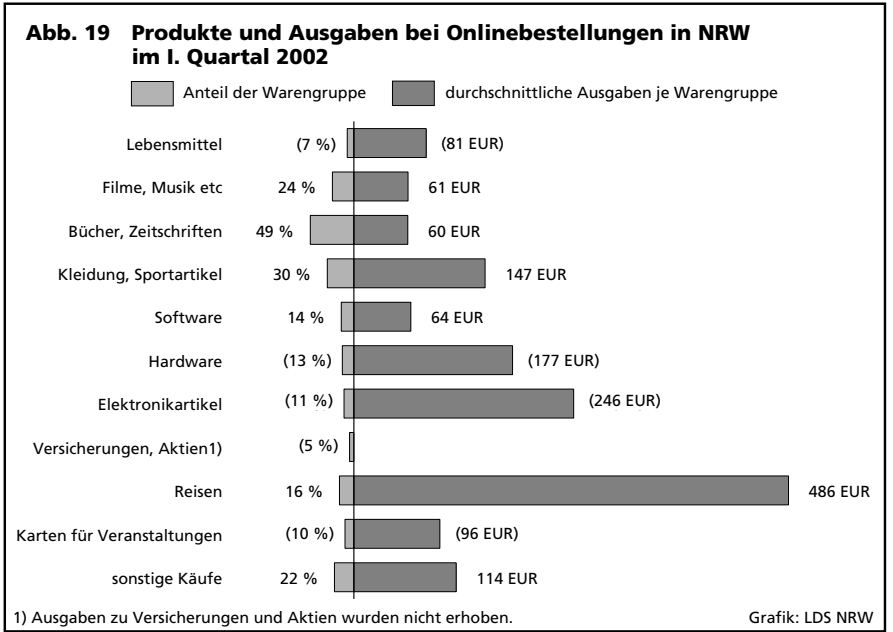


Bei den Angaben über die Kosten für Dienstleistungen und Einkäufe über das Internet ist zu berücksichtigen, dass die befragten Teilnehmer/-innen nur um eine grobe Schätzung der Ausgaben gebeten wurden.

Im 1. Quartal 2002 wurde in NRW insgesamt für rd. 639 Mill. Euro online eingekauft. Im Durchschnitt gaben die Onlinekäufer/-innen in diesem Zeitraum rd. 260 Euro aus. Jedoch bestellte knapp die Hälfte der Onlinekäufer/-innen insgesamt für weniger als 100 Euro.

14 % der E-Commerce-Nutzer/-innen haben bereits Erfahrung im Bezahlen mit Kreditkarte im Netz. In Verbindung mit den Sicherheitsbedenken der privaten E-Commerce-Nutzer/-innen ist zu sehen, dass mehr als die Hälfte (51 %) der Personen nur bei Firmen kauft, die ihnen auch außerhalb des Internets bekannt sind. Ein Fünftel (20 %) gab an, sowohl bei Firmen, die ihnen außerhalb des Netzes bekannt sind, als auch bei Anbietern, die sie ausschließlich nur aus dem Internet kennen, zu kaufen. 27 % kaufen ausschließlich bei Firmen, die sie nur aus dem Internet kennen. Das liegt zum Teil daran, dass einige Firmen nur im Internet handeln und keine Filialen betreiben. Nur 6 % der E-Commerce-Nutzer/-innen haben bislang negative Erfahrungen gemacht. Hauptprobleme waren zu lange Lieferzeiten und sonstige Probleme, wie z. B. technische Schwierigkeiten oder dass bestellte Ware nicht geliefert wurde.

Interessant ist auch, welche Gründe gegen eine Nutzung von E-Commerce genannt wurden. Von den 55 % der Internetnutzer/-innen, die nicht an E-Commerce teilnehmen, gaben mehr als die Hälfte an, lieber im Geschäft zu kaufen, da sie hier persönlich beraten werden bzw. ein Produkt ansehen können. Fast die Hälfte gab an, dass sie bis jetzt keinen Bedarf hatten. Im Gegensatz zur allgemeinen Nutzung des Internets bestehen beim Einkaufen über das Internet doppelt so häufig Sicherheitsbedenken.



Zusammenfassung und Ausblick

Insgesamt ist festzuhalten, dass Informations- und Kommunikationstechnologie eine wichtige Rolle bei der Bevölkerung in NRW einnimmt. Es ist zu erwarten, dass die positive Entwicklung dieser Technologien weiter anhält. Handy und PC sind vor allem bei der jüngeren Bevölkerung inzwischen eine Selbstverständlichkeit und auch der Anteil der Internetnutzung nimmt weiter zu. Dabei ist der Bereich E-Commerce stark ausbaufähig. Insbesondere dann, wenn durch hö-

heres Sicherheitsbewusstsein der E-Commerce-Betreiber die Sicherheitsbedenken der Nutzer/-innen, die bei der normalen Internetnutzung nur noch eine untergeordnete Rolle spielen, verringert werden.

Um diese Entwicklung beobachten zu können, wird im Jahr 2003 eine weitere Erhebung zum Thema Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten durchgeführt. Mit einem etwas modifizierten Fragebogen sollen weitere Themenbereiche, wie z. B. die Ausbildung im EDV-Bereich, untersucht werden. Ver-

mutungen, dass die schlechtere Ausbildung Älterer zu geringerer Nutzung führt, können so überprüft werden. Längerfristig beabsichtigt Eurostat ab dem Jahr 2004 diese Befragungen jährlich in das europäische statistische Programm aufzunehmen. Zusammen mit den europaweiten Erhebungen zu Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen werden dann Zeitvergleiche und die Abbildung eines statistischen Gesamtbildes der Informationsgesellschaft in allen Teilnehmerstaaten möglich.

Statistik regional 2003; NRW regional 2003

Statistik regional 2003

Daten aller statistischen Ämter der Länder und des Bundes auf CD – einschl. Recherchesoftware EASYSTAT; damit lassen sich auf dem eigenen PC wirtschaftliche und soziale Fakten aus dem breiten Angebot der amtlichen Statistik für alle deutschen kreisfreien Städte und Kreise, Länder und den Bund selbst recherchieren, zusammenstellen oder für eigene Auswertungen exportieren. (Bestell-Nr. R 15 8 2003 00; ISBN 3-935372-44-2).

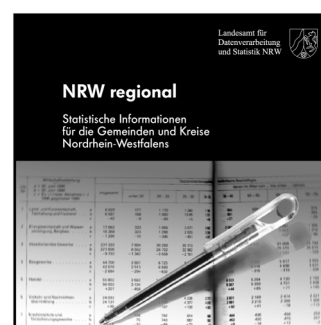
Die CD enthält Informationen zu den Themenbereichen:

- Gebiet und Bevölkerung
- Gesundheitswesen
- Unterricht und Bildung
- Beschäftigung/Erwerbstätigkeit/Arbeitslosigkeit
- Land- und Forstwirtschaft
- Produzierendes Gewerbe
- Gebäude und Wohnungen
- Bautätigkeit
- Baulandverkäufe
- Fremdenverkehr
- Verkehr
- Jugendhilfe
- Öffentliche Finanzen
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
- Umwelt
- Wahlen



NRW regional 2003

Die CD bietet einen umfangreichen und aktuellen Querschnitt (rund sieben Millionen Daten) aus den wichtigsten Bereichen der amtlichen Statistik für alle Gemeinden des Landes, einschl. Summenwerten für die Kreise, Regierungsbezirke und das Land NRW. Mit Recherchesoftware EASYSTAT. (Bestell-Nr. R 20 8 2003 00; ISBN 3-935372-45-0). Die Merkmale ergänzen das Angebot der CD-ROM „Gemeindedaten NRW“ aus dem Taschenbuch „Die Gemeinden Nordrhein-Westfalens, Informationen aus der amtlichen Statistik“.



Arbeitslosigkeit, Erwerbslosigkeit, Stille Reserve – unterschiedliche Messkonzepte zur Beschreibung der Beschäftigungslücke

Dr. Wolfgang Seifert

Das Regierungsprogramm der Bundesregierung sieht für diese Legislaturperiode die Schaffung einer international vergleichbaren Arbeitsmarktstatistik vor, in der nur Personen erfasst werden, die dem Arbeitsmarkt tatsächlich zur Verfügung stehen. Damit soll die Arbeitslosenstatistik aussagekräftiger und transparenter werden.

Die Arbeitslosenstatistik wird derzeit als Bestandsstatistik bei der Bundesanstalt für Arbeit (BA) geführt. Sie erfasst alle Personen, die arbeitslos gemeldet sind und reflektiert somit im Wesentlichen die deutsche Sozialgesetzgebung in diesem Bereich, eine internationale Vergleichbarkeit dieser Statistik ist jedoch nicht gegeben. International haben sich die Standards der International Labour Organization (ILO) durchgesetzt. In Deutschland konnte das ILO-Konzept bislang nur auf Jahresbasis mit dem Mikrozensus umgesetzt werden. Für eine aktive Beschäftigungspolitik sind jedoch aktuelle Monatsdaten erforderlich. Monatsdaten können aus dem Mikrozensus erst ab dem Jahr 2005, d. h. nach Einführung der kontinuierlichen, über das ganze Jahr verteilten (unterjährigen) Erhebung, erzeugt werden. In den Jahren 2003 und 2004 wird der ILO-Erwerbsstatus vom Statistische Bundesamt auf der Basis von telefonischen Interviews erhoben. Aus rechtlichen Gründen (§ 7-Erhebung¹⁾) können dabei bundesweit 10 000 Personen monatlich befragt werden. Allerdings reicht diese hohe Zahl an Interviews nicht aus, um den Qualitätsansprüchen der EU gerecht zu werden.

Trotz der derzeit noch bestehenden Erhebungsschwierigkeiten kann davon ausgegangen werden, dass die Erwerbslosenstatistik nach dem ILO-Konzept künftig an Bedeutung gewinnt. Beide Messkonzepte, d. h. die Arbeitslosenstatistik und die Erwerbslosenstatistik nach ILO, haben jedoch gemeinsam, dass sie nicht alle Personen erfassen, die zwar einen Erwerbwunsch haben, diesen aber aus den verschiedensten Gründen nicht realisieren können. Dieser Personenkreis, der nicht durch die offizielle Arbeits- bzw. Erwerbslosenstatistik erfasst wird, aber dennoch den Wunsch hat, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, wird als Stille Reserve bezeichnet. Wenn es darum geht, die bestehende Beschäftigungslücke auf dem Arbeitsmarkt aufzuzeigen, muss diese Gruppe ebenfalls betrachtet werden²⁾.

Im Folgenden wird zunächst verglichen, in welchen Bereichen sich das ILO-Erwerbslosenkonzent mit der Erfassung der Arbeitslosigkeit nach dem Konzept der BA deckt bzw. wo Unterschiede bestehen. Dabei werden zunächst die unterschiedlichen Definitionen der beiden Ansätze zur Erfassung von Arbeits- bzw. Erwerbslosigkeit dargestellt. Daran anschließend wird auf Basis des Mikrozensus untersucht, welcher Überschneidungsgrad bei beiden Ansätzen gegeben ist und wie sich die Erwerbslosen- und Arbeitslosenzahlen bzw. -quoten absolut voneinander unterscheiden. Darüber hinaus wird dargestellt, wie groß das Potential der Stillen Reserve ist, das in der Definition von Arbeitslosigkeit nicht abgedeckt wird.

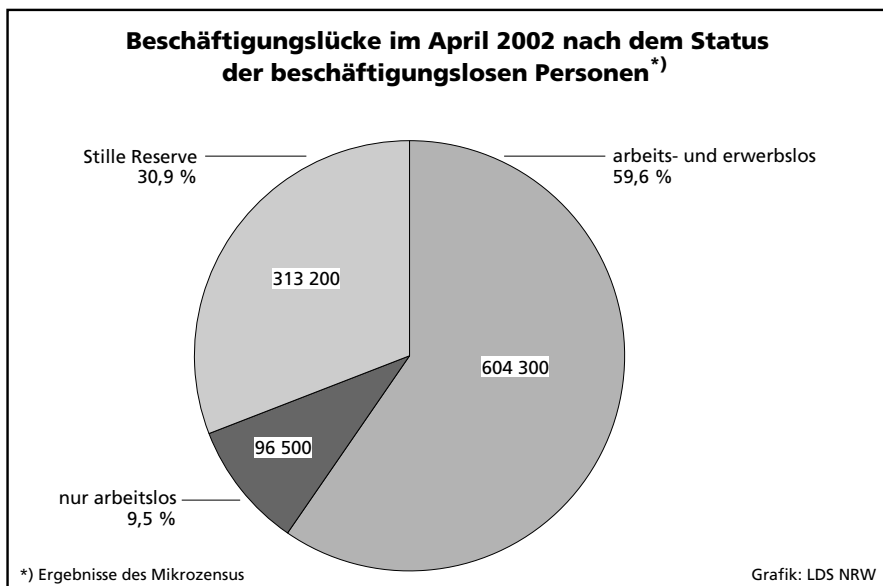
1) Erhebungen nach § 7 BstatG sind Erhebungen, die ohne Auskunftspflicht mit einem Höchstumfang von 10 000 Befragten durchgeführt werden können, um den kurzfristigen Datenbedarf für Zwecke der Vorbereitung und Begründung anstehender Entscheidungen oberster Bundesbehörden oder zur Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragestellungen auf dem Gebiet der Statistik zu befriedigen. – 2) Vgl. Stellmach, Petra: Arbeitslosigkeit: Die halbe Wahrheit über die Beschäftigungslücke, in: Gesundheits- und Sozialpolitik 1 – 2/2003, S. 30 – 35.

Definition von Erwerbslosigkeit, Arbeitslosigkeit und Stiller Reserve

Erwerbslosigkeit und Arbeitslosigkeit unterscheiden sich in der Definition vor allem in zwei Punkten:

- Im Erwerbslosenkonzent nach dem ILO-Ansatz gilt jede Person, die mindestens eine Stunde in der Woche eine Erwerbstätigkeit ausübt, als erwerbstätig. Arbeitslose mit einem Nebenverdienst werden nach diesem Konzept somit nicht als Erwerbslose, sondern als Erwerbstätige gezählt.
- Das ILO-Konzept orientiert sich streng an der Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt und dem aktiven Bemühen um einen Arbeitsplatz. Per Definition gilt dies zwar auch für Arbeitslose, allerdings bestehen beim Erwerbslosenkonzent strenge Richtlinien in Bezug auf Verfügbarkeit und aktive Maßnahmen der Arbeitssuche.

Nach der exakten Definition der Bundesanstalt für Arbeit sind Arbeitslose Arbeitssuchende bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die beschäftigungslos, nicht Schüler/-innen, Student(inn)en oder Teilnehmer/-innen an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger/-innen von Altersrente sind und eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Arbeit suchen. Sie müssen ferner für die Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen. Arbeitslose müssen sich persönlich bei ihrem Arbeitsamt gemeldet haben. Arbeitslosenquoten werden als Anteil der Arbeitslosen an al-



len zivilen Erwerbspersonen berechnet³⁾.

Gemäß dem ILO-Konzept sind Personen erwerbslos, wenn sie keiner Beschäftigung nachgehen, sie dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und sich aktiv um eine Stelle bemühen. Als erwerbslos werden auch diejenigen angesehen, die bereits eine Stelle gefunden haben, diese jedoch zu einem späteren Zeitpunkt antreten. Keiner Beschäftigung nachgehen heißt nach dem ILO-Erwerbskonzept, dass auch keine geringfügige Beschäftigung – und sei es nur von einer Stunde – ausgeübt wird. Dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen bedeutet, dass eine angebotene Stelle innerhalb von zwei Wochen angetreten werden kann. Aktives Bemühen um eine Stelle ist dann gegeben, wenn die Erwerbslosen innerhalb der letzten vier Wochen Aktivitäten ergriffen haben, um einen Arbeitsplatz zu finden. Während nach dem Arbeitslosenkonzept über 65-Jährige nicht arbeitslos sein können, setzt das ILO-Erwerbskonzept die Altersgrenze erst bei 75 Jahren.

Eine Besonderheit des ILO-Konzepts liegt darin, dass methodisch bedingt Erwerbslose geringfügig unter- und Erwerbstätige in gleichem Maße

übererfasst werden. Nach dem ILO-Konzept wird der Erwerbsstatus nicht für einen Stichtag, sondern für eine Berichtswoche erhoben. Da alle Personen als erwerbstätig angesehen werden, die mindestens eine Stunde in der Berichtswoche gearbeitet haben, werden Personen, die in der Berichtswoche von Erwerbslosigkeit in Erwerbstätigkeit oder in der umgekehrten Richtung gewechselt sind, jeweils als Erwerbstätige klassifiziert. Damit kommt es im Vergleich zu Stichtagsauswertungen zu einer geringfügigen Untererfassung der Erwerbslosenzahl und zu einer entsprechenden Überschätzung der Zahl der Erwerbstätigen. Wenn lediglich, wie im Folgenden, Bestandszahlen an Erwerbslosen betrachtet werden, sind die Auswirkungen des beschriebenen Effekts jedoch so klein, dass sie vernachlässigt werden können⁴⁾.

Eine präzise empirische Bestimmung der Stillen Reserve ist schwierig, da die Stille Reserve im Grenzbereich zwischen Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit angesiedelt ist. Im Folgenden wird hier weitgehend der Definition von Stellmach gefolgt, die folgende Personengruppen zur Stillen Reserve zählt⁵⁾:

- Die größte Gruppe sind Personen, die einen Erwerbswunsch haben,

4) Die Untererfassung der Erwerbslosen fällt erst dann ins Gewicht, wenn auf die Veränderung von Erwerbsquoten bei kurzer Periodizität abgezielt wird. – 5) Vgl. Stellmach a. a. O.

aber nicht arbeitslos gemeldet sind. Konkret sind dies Nichterwerbstätige, die eine Stelle suchen, aber nicht arbeitslos gemeldet sind und Nichterwerbstätige, die sich zum Zeitpunkt der Befragung zwar nicht aktiv um eine Stelle bemühen, die aber dennoch den Wunsch äußerten, eine Erwerbstätigkeit aufnehmen zu wollen. Zu dieser „Stillen Reserve im engeren Sinne“ zählen z. B. Frauen, die nach der Kindererziehungsphase wieder erwerbstätig werden wollen, aber den Hausfrauenstatus beibehalten, bis sie eine Stelle finden, oder Jugendliche, die keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz finden. Dieser Personenkreis stellt mit 85,2 % die große Mehrheit der Stillen Reserve.

- Personen, die sich in einer arbeitsamtsgeförderten Beschäftigungsmaßnahme befinden, sind eine weitere Gruppe. Mit dem Mikrozensus kann hier nur die Teilmenge derer abgebildet werden, die an einer beruflichen Fort- und Weiterbildung teilnehmen, so dass das Potential der Stillen Reserve in der folgenden Darstellung noch unterschätzt wird. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit waren zum Befragungszeitpunkt im Frühjahr 2002 rund 12 000 Personen in NRW im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen tätig.
- Eine dritte, kleine Gruppe hat den gleichen Hintergrund wie Personen in arbeitsamtsgeförderter Beschäftigung. Sie üben in irgendeiner Form eine Übergangsbeschäftigung aus, z. B. eine nicht qualifikationsadäquate Beschäftigung. Eine Voraussetzung zur Zuordnung zur Stillen Reserve ist jedoch, dass sie sich aktiv um einen anderen Arbeitsplatz bemühen.

Erwerbslosigkeit, Arbeitslosigkeit und Stille Reserve im Vergleich

Für den folgenden Vergleich wird sowohl für das Erwerbslosenkonzert als auch für die Betrachtung der Arbeitslosigkeit eine einheitliche obere Altersgrenze von 65 Jahren gesetzt.

3) Datenbasis für die Erwerbslosenstatistik sind normalerweise alle Erwerbspersonen. Um eine vergleichende Gegenüberstellung zu ermöglichen, werden hier jedoch auch für die Berechnung der Erwerbslosenquote nur die zivilen Erwerbspersonen herangezogen.

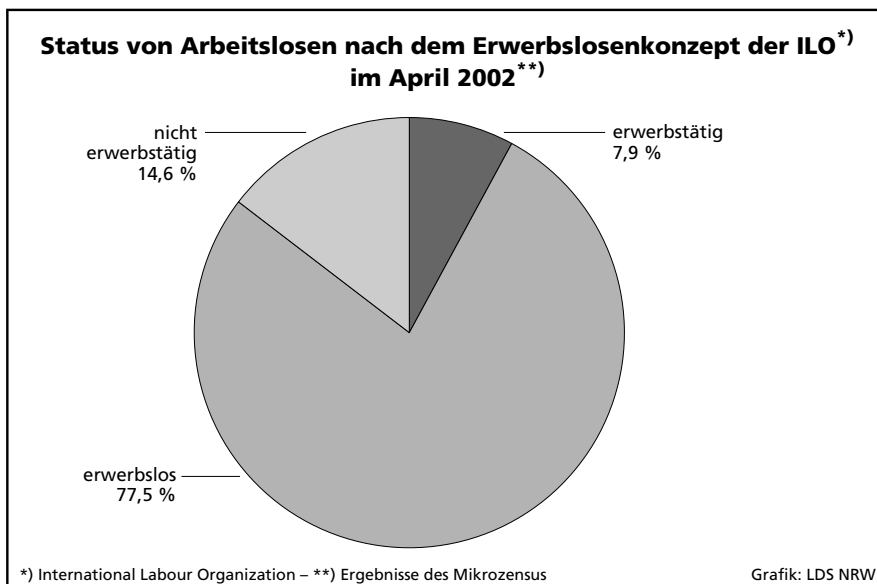
Als arbeitslos gelten diejenigen, die beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet sind.

Gemäß der unterschiedlichen Definitionen ist die Zahl derer, die als erwerbslos bzw. arbeitslos bezeichnet werden, nicht deckungsgleich. Gemäß der ILO-Definition waren im April 2002, berechnet auf der Basis des Mikrozensus, 604 300 Personen in NRW arbeits- und erwerbslos. Weitere 96 500 Personen waren arbeitslos, aber nicht erwerbslos. Insgesamt waren somit – ebenfalls basierend auf dem Mikrozensus – 700 800 arbeitslos⁶⁾. Die Stille Reserve beläuft sich auf weitere 313 200 Personen, die nicht erwerbslos bzw. arbeitslos gemeldet sind. Somit beläuft sich die gesamte Beschäftigungslücke in NRW auf 1 014 000 Personen.

Dementsprechend unterscheidet sich auch die Erwerbs- bzw. Arbeitslosenquote: Jeweils bezogen auf alle Erwerbspersonen⁷⁾ lag die Arbeitslosenquote im April 2002 in NRW bei 8,6 %, während die Erwerbslosenquote bei 7,4 % lag. Wird die Stille Reserve noch zu den Arbeitslosen hinzugerechnet, so beläuft sich der Anteil der gesamten Beschäftigungslücke auf 11,9 %.

Im Folgenden wird der Überschneidungsgrad beider Konzepte zur Erfassung beschäftigungsloser Personen dargestellt. Erwerbslose nach ILO-Definition und Arbeitslose weisen eine deutliche Überschneidung auf. 77,5 % der Arbeitslosen, die beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet sind, sind auch nach der Definition der ILO erwerbslos. 14,6 % der Arbeitslosen würden jedoch nach ILO-Definition als nicht Erwerbstätige angesehen und 7,9 % würden nach ILO-Definition als Erwerbstätige eingestuft. Die Gruppe derjenigen, die nach deutschem Recht zwar arbeitslos, im ILO-Sinne jedoch erwerbstätig

6) Als arbeitslos werden dabei diejenigen gezählt, die Angaben, beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet zu sein. – 7) Mit Erwerbspersonen sind hier Erwerbspersonen nach dem jeweiligen Konzept gemeint. Die Prozentuierungsbasis bilden beim Bezug auf Erwerbslosigkeit Erwerbslose und Erwerbstätige, beim Bezug auf Arbeitslosigkeit Arbeitslose und Erwerbstätige und beim Bezug auf die gesamte Beschäftigungslücke Arbeitslose, Stille Reserve und Erwerbstätige.



sind, besteht überwiegend aus Arbeitslosen, die eine Nebentätigkeit ausüben. Bei der Gruppe der Arbeitslosen, die nach ILO-Konzept als Nichterwerbstätige angesehen werden, handelt es sich überwiegend um Personen, die dem Arbeitsmarkt nicht unmittelbar zur Verfügung stehen.

Strukturelle Merkmale von Erwerbslosen

Im Folgenden wird dargestellt, wie sich die Gruppen der Erwerbslosen, der Arbeitslosen und der Stillen Re-

serve hinsichtlich sozio-demographischer Merkmale unterscheiden. Da es zwischen den Erwerbs- und Arbeitslosen eine deutliche Überschneidung gibt, wird bei den folgenden Analysen nur der Teil der Arbeitslosen betrachtet, der arbeitslos, nicht aber erwerbslos ist. Entsprechend werden bei der Stillen Reserve Personen in die Analyse einbezogen, die der Stillen Reserve zuzuordnen sind, nicht aber arbeitslos gemeldet sind.

Der Frauenanteil der Erwerbslosen liegt bei 36,4 % und ist somit vergleichsweise niedrig. Bei der Gruppe

Sozio-demographische Merkmale von Erwerbslosen, Arbeitslosen und der Stillen Reserve im April 2002^{*)}			
Sozio-demographisches Merkmal	Erwerbslose	Arbeitslose	Stille Reserve
	%		
Insgesamt	100	100	100
Männer	63,6	56,3	36,3
Frauen	35,4	43,7	63,7
Alter von ... bis unter ... Jahren			
15 – 30	21,5	19,0	37,1
30 – 45	39,6	40,5	39,8
45 – 65	38,9	40,5	23,1
Allgemein bildender Abschluss			
kein Abschluss	7,8	7,4	6,4
Hauptschulabschluss	56,4	54,6	39,7
Realschulabschluss	19,7	20,3	23,1
Fachhochschulreife	4,9	4,4	6,8
Abitur	11,1	13,3	24,0
Berufsbildender Abschluss			
kein Abschluss	36,5	37,3	45,3
angelernt	2,2	3,0	1,7
Lehre	48,4	46,2	39,2
Berufsfachschule	2,5	2,8	2,6
Fachschule	3,6	3,7	3,1
Fachhochschule	2,8	3,1	2,6
Hochschule	4,1	3,9	5,6

*) Ergebnisse des Mikrozensus

der Arbeitslosen, die nicht den Erwerbslosen zugezählt werden, liegt der Frauenanteil mit 43,7 % deutlich höher. Nochmals wesentlich höher liegt der Frauenanteil bei der Stillen Reserve mit 63,7 %, so dass festgehalten werden kann, dass bei Frauen ein weit höheres, nicht genutztes Erwerbspersonenpotential besteht als bei Männern.

Differenziert nach dem Alter zeigen sich bei Erwerbslosen und Arbeitslosen, die nicht erwerbslos sind, die gleichen Tendenzen. Die unter 30-Jährigen sind jeweils in deutlich geringerem Maße betroffen als die anderen Altersgruppen. Sowohl bei den Erwerbslosen als auch den Arbeitslosen waren jeweils nur rund 20 % im Alter von unter 30 Jahren. Anders dagegen bei der Stillen Reserve; hier spielen jüngere Personen eine größere Rolle: 37,1 % waren unter 30 Jahre alt. Arbeitnehmer/-innen im Alter von 45 und mehr Jahren sind dagegen bei der Stillen Reserve von geringerer Bedeutung; nur 23,1 % waren in dieser Altersgruppe, während es bei den Arbeits- und Erwerbslosen jeweils rund 40 % waren.

Bezogen auf die schulische Bildung lassen sich zwischen Erwerbslosen und Arbeitslosen nur geringe Unterschiede erkennen. Für beide Gruppen ist der Hauptschulabschluss mit einem Anteil von jeweils über 50 % der dominierende schulische Bildungsab-

schluss. Anders dagegen bei Personen, die der Stillen Reserve zuzurechnen sind, sie weisen durchschnittlich einen höheren Bildungsgrad auf als die beiden anderen Gruppen. Der Anteil derer mit Abitur liegt mit 24,0 % in etwa doppelt so hoch wie bei Erwerbs- bzw. Arbeitslosen. Über einen Hauptschulabschluss verfügen 39,7 % der Stillen Reserve, während dies auf 56,4 % der Erwerbslosen zutrifft.

Bei der beruflichen Bildung zeigt sich hingegen ein anderes Bild. Zwar unterscheiden sich auch in dieser Hinsicht Erwerbslose und Arbeitslose nur wenig, doch die Stille Reserve weist nicht mehr per se eine günstigere Bildungsstruktur auf. Der Hochschulabschluss ist mit 5,6 % bei der Stillen Reserve zwar bedeutsamer als bei den beiden anderen Gruppen, aber 45,3 % der Personen, die der Stillen Reserve zuzuordnen sind, verfügen über keinen beruflichen Bildungsabschluss und somit deutlich mehr als unter den Erwerbslosen, von denen 36,5 % ohne beruflichen Bildungsabschluss waren.

Somit kann festgehalten werden, dass die Stille Reserve im Vergleich zu den Erwerbs- oder Arbeitslosen durchschnittlich jünger ist und Frauen deutlich überproportional vertreten sind. Personen der Stillen Reserve weisen ein höheres schulisches Bildungsniveau auf, allerdings fehlt ih-

nen besonders oft eine Berufsausbildung. Es kann deshalb angenommen werden, dass es sich bei diesem Personenkreis überwiegend um Personen handelt, die (noch) nicht Zugang zum Arbeitsmarkt gefunden haben.

Schlussbemerkung

Eine Umstellung der Arbeitsmarktstatistik von einer Arbeitslosenstatistik hin zu einer Erwerbslosenstatistik hat eine verstärkte Orientierung an der Verfügbarkeit von Arbeitsuchenden zur Folge, die aus arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten sinnvoll ist. Beide Konzepte, das der Arbeitslosigkeit und das der Erwerbslosigkeit, haben jedoch gemeinsam, dass sie nicht das gesamte Ausmaß der bestehenden Beschäftigungslücke abbilden. Bei der bloßen Fokussierung auf die kurzfristige Verfügbarkeit oder die in der Vergangenheit erworbenen Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung wird übersehen, dass es eine nicht unerhebliche Gruppe gibt, die erwerbstätig sein will, aber keine Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung hat. Dies betrifft insbesondere jüngere Personen, die noch nicht erwerbstätig waren. Eine umfassende Arbeitsmarktstatistik sollte deshalb neben dem nach dem internationalen Standard der Verfügbarkeit erhobenen Erwerbslosigkeitskriterium auch das darüber hinausgehende Bedarfskriterium, das auch die Stille Reserve umfasst, darstellen.

Der Verbraucherpreisindex Inflationsmessung in NRW und in der EU

Dipl.-Kfm. Bernd Kreuels

Die Ergebnisse der Verbraucherpreisstatistik zählen zu den bekanntesten und meist beachteten in der amtlichen Statistik. Bis auf geringfügige Änderungen ist ihre gesetzliche Grundlage in Deutschland schon 45 Jahre alt. Nicht nur als Basis für (geld-)politische Entscheidungen der Zentralbanken, sondern auch in öffentlichen Debatten werden die Ergebnisse seit ehedem von den verschiedenen gesellschaftspolitisch bedeutsamen Gruppierungen, Parteien und Verbänden für die jeweilige Interessenslage genutzt. In jüngster Zeit wird der amtlichen Preisstatistik gelegentlich vorgeworfen, die Preissteigerungen nicht adäquat wiederzugeben; so hatte die europäische Gemeinschaftswährung nur kurz nach ihrer Einführung im Volksmund bereits den Beinamen „Teuro“ erhalten, obwohl die amtlich gemessene Inflationsrate schon seit längerem auf sehr niedrigem Niveau verharrt.

Dieser Beitrag stellt daher zunächst das Erhebungs- und Berechnungsverfahren des amtlichen Verbraucherpreisindex am Beispiel Nordrhein-Westfalens dar, beschreibt die jüngsten Veränderungen und beleuchtet sowohl gängige als auch künftige Verfahren der Qualitätsbereinigung. Im Folgenden werden die Probleme bei der Erstellung von Verbraucherpreisindizes auf europäischer Ebene sowie deren Auswirkungen auf die Berechnung der Wertstabilität des Euros dargestellt.

1 Der Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex für Nordrhein-Westfalen bzw. für Deutschland¹⁾ (VPI) misst die durchschnittliche Preisentwicklung von Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Mit diesem Index wird die Veränderung der Preise für Güter des täglichen Bedarfs (z. B. Lebensmittel, Bekleidung), für Mieten und langlebige Gebrauchsgüter (z. B. Kraftfahrzeuge, Kühlschränke), aber auch für Dienstleistungen (z. B. Friseur, Reinigung, Versicherungen) umfassend abgebildet. Der VPI dient Politik, Wirtschaft und Verbrauchern zu verschiedenen Zwecken, beispielsweise als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität (Inflationsrate, s. 3.1) mit Auswirkungen z. B. auf Rentenanpassungen oder Tarifverhandlungen, zur Wertsicherung wie

derkehrender Zahlungen in Preisgleitklauseln (s. 1.2) oder zur Deflationierung von Wertgrößen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, beispielsweise zur Berechnung des realen Wachstums. Rechtsgrundlage der amtlichen Preisstatistik sind das deutsche Preisstatistik-Gesetz in seiner heute gültigen Form²⁾ sowie verschiedene EG-Verordnungen.

In Deutschland wird der Verbraucherpreisindex, wie in vielen anderen Ländern, als Laspeyres³⁾-Preisindex (s. Seite 18) errechnet. Wie die übrigen Preisindizes der amtlichen Statistik (Einzelhandelspreise, Erzeugerpreise, Baupreise, Großhandelsverkaufspreise und Außenhandelspreise) soll der VPI nur reine Preisveränderungen von Gütern messen. Dies wird dadurch erreicht, dass die Preise für ein im Zeitablauf quantitativ und

qualitativ unverändertes Bündel von Konsumgütern, den so genannten Warenkorb (s. 1.1), ermittelt und verglichen werden. Bei den Berechnungen werden deshalb die Verbrauchsstruktur und alle für die Höhe des Preises maßgeblichen Faktoren (u. a. Mengeneinheit, Vertriebsweg, Liefer- und Zahlungsbedingungen) konstant gehalten. Ändert sich eines dieser Merkmale, so kann die Differenz zwischen dem neuen und dem zuletzt gemeldeten Preis eine unechte Preisveränderung enthalten, die man mittels verschiedener Qualitätsbereinigungsverfahren (s. 2) zu eliminieren versucht.

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder berechnen den Verbraucherpreisindex für Deutschland und die einzelnen Länder monatlich. Zu diesem Zweck erheben in Nordrhein-Westfalen jeweils zur Monatsmitte rund 45 Preisermittler im Auftrag des Landesamts für Datenverarbeitung und Statistik NRW die Preise für etwa 630 Waren und Dienstleistungen des Warenkorbs in 20 Berichtsgemeinden und knapp 2 000 Berichtsstellen (z. B. Einzelhandelsgeschäfte, Dienstleister). Weitere rund 120 Güterpreise werden vom Statistischen Bundesamt für alle Länder zentral ermittelt (z. B. Versandhandelspreise, Bahn- und Posttarife, Versicherungsbeiträge, Zigaretten-, Zeitschriften- und Arzneimittelpreise) und gehen als bundeseinheitliche Preise in die Indexberechnung des Landes ein. Insgesamt werden monatlich rund 35 000 Einzelpreise erhoben. Erfasst werden Anschaffungspreise (einschließlich Umsatz- und Verbrauchssteuern) nach Abzug allgemein gewährter Preisnachlässe.

Gegen Ende eines Berichtsmonats schätzt das Statistische Bundesamt eine vorläufige Teuerungsrate für ganz Deutschland auf Grund der Ergebnisse aus sechs Bundesländern

1) bis Januar 2003: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte

2) Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958, zuletzt geändert durch Art. 16 des Gesetzes vom 19. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3158) – 3) Ernst Louis Étienne Laspeyres, deutscher Statistiker (1834 – 1913)

(Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hessen und Sachsen). Etwa zwei Wochen später wird das endgültige Ergebnis für Deutschland mit tief gegliederten Ergebnissen für Waren und Dienstleistungen vorgelegt (Veröffentlichungstermin i. d. R. zwischen dem 10. und 15. des Monats, der auf den Berichtsmonat folgt). Die Abweichungen zwischen der vorläufigen und der endgültigen Teuerungsrate liegen in der Regel bei maximal 0,1 Prozentpunkten. Die Entwicklung der Verbraucherpreisindizes für Nordrhein-Westfalen und für ganz Deutschland verläuft höchst gleichförmig, was natürlich auch an dem großen Gewicht von NRW im deutschen Verbraucherpreisindex liegt.

Die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen, dargestellt anhand des Verbraucherpreisindex, hat sich von 1992 bis 2002, um fast ein Fünftel (+19,0 %) verteuert. Im langfristigen Trend schwächte sich der durchschnittliche jährliche Preisauftrieb in NRW jedoch von etwa 2,5 % (1992 – 1997) auf rund 1,3 % im Schnitt der letzten fünf Jahre ab.

Für die ersten vier Monate des Jahres 2003 errechnet sich in Nordrhein-Westfalen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine durchschnittliche Jahres-Veränderungsrate von +1,1 %; die Veränderung von Januar bis April 2002 gegenüber dem

Der Laspeyres-Preisindex

(1) entspricht dem Quotienten aus den hypothetischen Gesamtausgaben der Berichtsperiode (z. B. Mai 2003) und den Gesamtausgaben der Basisperiode (z.Zt. das Jahr 2000) bei Verwendung des Warenkorbs aus der Basisperiode; d.h. er gibt an, wie viel der Warenkorb der Basisperiode in der Berichtsperiode kosten würde;
 (2) lässt sich als gewogenes arithmetisches Mittel der individuellen Preisverhältnisse schreiben; die Gewichte sind dabei die jeweiligen Ausgabenanteile an den Gesamtausgaben der Basisperiode:

$$I_t = \left(\frac{\sum_{i=1}^n p_{ti} \cdot q_{0i}}{\sum_{i=1}^n p_{0i} \cdot q_{0i}} \right) \cdot 100 \quad (1) \quad I_t = \left(\frac{\sum_{i=1}^n \frac{p_{ti}}{p_{0i}} \cdot \frac{p_{0i} \cdot q_{0i}}{\sum_{i=1}^n p_{0i} \cdot q_{0i}}}{\sum_{i=1}^n \frac{p_{0i} \cdot q_{0i}}{\sum_{i=1}^n p_{0i} \cdot q_{0i}}} \right) \cdot 100 \quad (2)$$

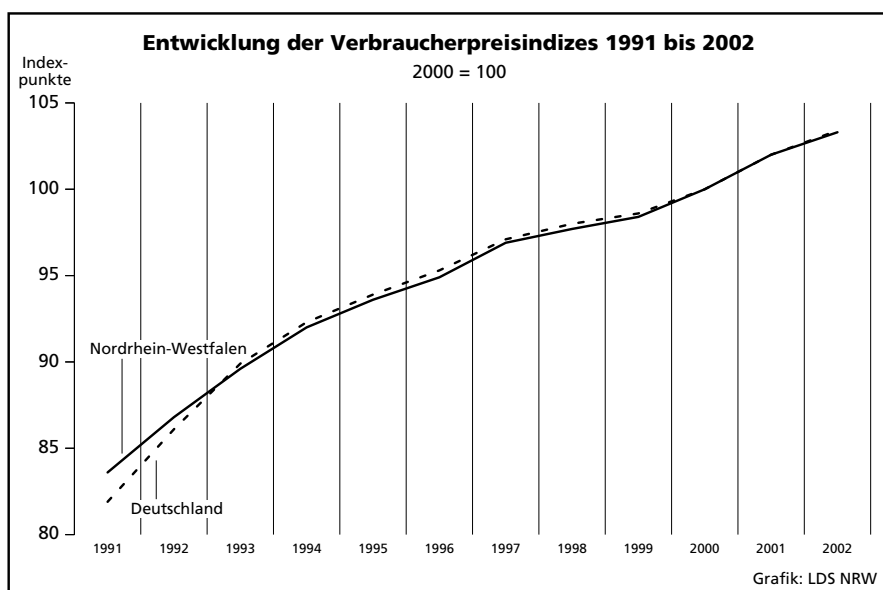
Hierbei bedeuten:

- I_t = Laspeyres-Preisindex im Berichtszeitraum (im Beispiel $t = \text{Mai } 2003$)
- n = Anzahl der im Warenkorb enthaltenen repräsentativen Güter des privaten Verbrauchs
- p_{ti} = Landesdurchschnittspreis des Gutes i ($i = 1, \dots, n$) im Berichtsmonat (Mai 2003)
- p_{0i} = Landesdurchschnittspreis des Gutes i im Basisjahr 2000
- q_{0i} = Monatlich abgesetzte Menge des Gutes i im Basisjahr 2000 je Haushalt
- $p_{0i} \cdot q_{0i}$ = Monatliche Ausgaben für das Gut i im Basisjahr 2000 je Haushalt
- $\sum_{i=1}^n p_{0i} \cdot q_{0i}$ = Monatliche Gesamtausgaben für den privaten Verbrauch im Basisjahr 2000 je Haushalt

gleichen Zeitraum des Jahres 2001 betrug +1,7 %.

Im Jahresdurchschnitt 2002 ist der Preisindex (Basis 2000 = 100) gegen-

über dem Vorjahr um 1,3 % gestiegen, was eine Abschwächung des Preisauftriebs von zuvor 2,0 % im Jahresdurchschnitt 2001 bedeutet. Besonders verteuerten sich die Dienstleistungen der Kreditinstitute (+6,5 %), Tabakwaren (+6,3 %), Personenbeförderung im Luft- (+4,9 %) bzw. Straßenverkehr (+4,7 %), Beherbergungsdienstleistungen (+4,3 %), Verzehr in Gaststätten (+4,2 %), Fische und Fischwaren (+3,9 %), Brot und Dauerbackwaren (+3,5 %), Pauschalreisen (+3,0 %), Schuhe (+2,8 %) und Kraftstoffe (+2,3 %). Preisrückgänge gab es unter anderem beim Heizöl (-8,6 %), im Multimediabereich (-6,0 %), beim Gas (-4,6 %), beim Schweinefleisch (-3,4 %) und bei saisonabhängigen Nahrungsmitteln (-2,7 %). Detaillierte Tabellen der höchsten Veränderungsrate und der wirksamsten Veränderungen auf den Gesamtindex befinden sich auf den Seiten 20f.

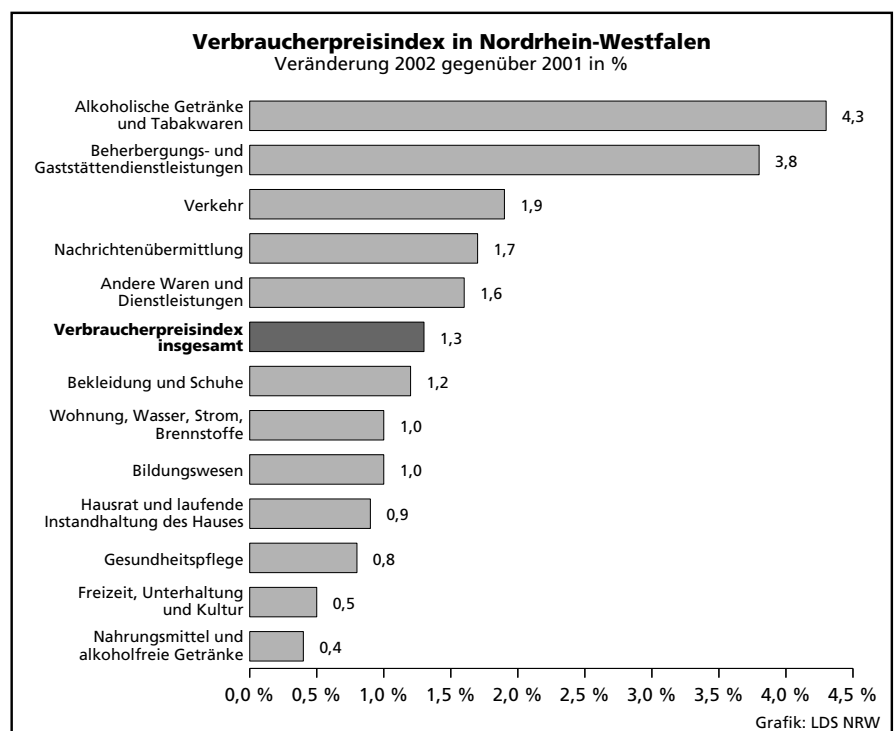
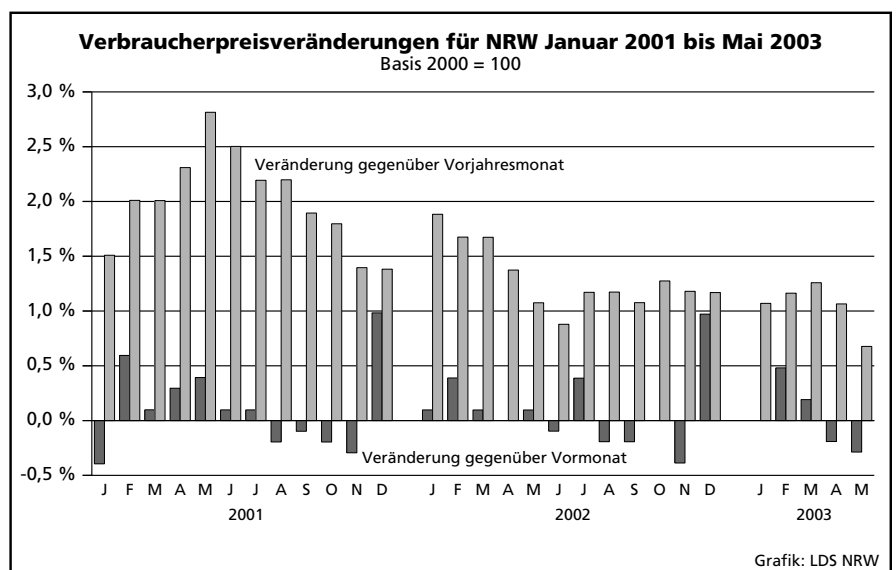
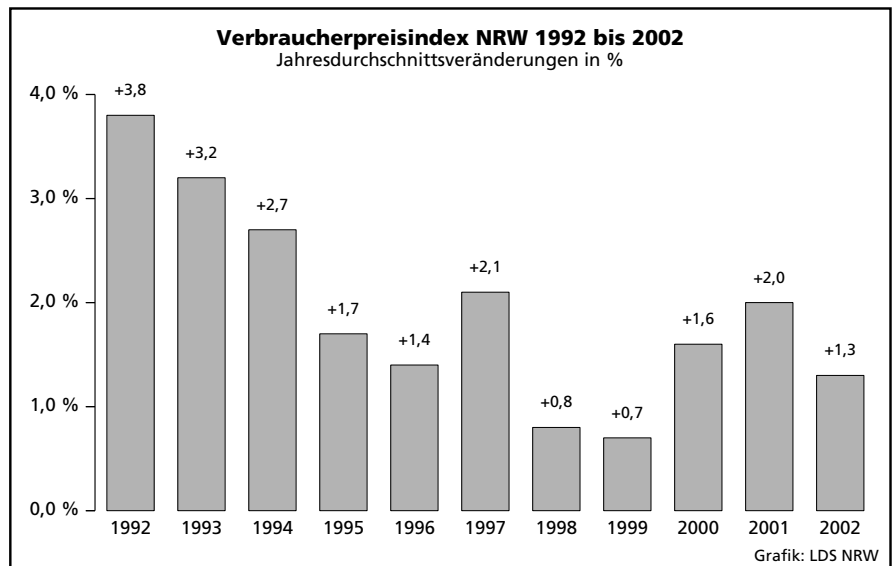


1.1 Wägungsschema

Die Preisveränderungen der einzelnen Waren und Dienstleistungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die ihnen im Budget der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt. Hierzu wird eine Verbrauchsstruktur (Wägungsschema) auf der Grundlage der Ausgaben der privaten Haushalte für die Käufe von Waren und Dienstleistungen bestimmt. Die Höhe und Struktur der Ausgaben der privaten Haushalte für Waren und Dienstleistungen werden ermittelt aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)⁴ und der Statistik der Laufenden Wirtschaftsrechnungen. Ergänzend werden hierfür Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, der Steuerstatistiken und weiterer amtlicher und nicht amtlicher Datenquellen verwendet.

Bei jeder Indexrevision wird der Erhebungskatalog, also die Liste der in die Preiserhebung einbezogenen Waren und Dienstleistungen, aktualisiert. Dies ist erforderlich, weil sich die Verbrauchsgewohnheiten und das Güterangebot im Zeitablauf ändern. Die Erfahrungen zeigen, dass eine Überarbeitung des Warenkorbes im Fünf-Jahres-Turnus hinreichend ist, weil sich die Verbrauchsgewohnheiten der Haushalte relativ langsam verändern. Neben dieser systematischen Revision sind Anpassungen der Güterbeschreibungen, die Aufnahme neuer Güter oder der Austausch von Berichtsstellen bei Bedarf auch in der Zwischenzeit möglich. Solche Änderungen werden aber unter der Zielsetzung eines reinen Preisvergleichs auf wichtige Fälle beschränkt (bisher war die Einbeziehung der Internetgebühren bei den Telekommunikationsdienstleistungen der einzige Fall). Die Umstellung der Komponentengewichte auf ein aktuelleres Wägungsschema

4) Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ist eine Statistik, die alle fünf Jahre (zuletzt 1998) bei rund 14 000 Haushalten im Land durchgeführt wird, während die jährliche Statistik der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) in NRW jährlich knapp 1 000 Haushalte umfasst. Auf freiwilliger Basis geben Privathaushalte Auskunft über ihre Einnahmen und Ausgaben, über ihre Ausstattung mit Computern, Pkws, Mobiltelefonen, Videokameras sowie ihre Wohnverhältnisse.



Veränderungswirksamste Positionen					
Wirksamste Steigerungen			Wirksamste Senkungen		
Gewichtung %	Ware/Dienstleistung	Veränderung JD 1 – 5/2003 gegenüber JD 1 – 5/2002 ¹⁾ %	Gewichtung %	Ware/Dienstleistung	Veränderung JD 1 – 5/2003 gegenüber JD 1 – 5/2002 ¹⁾ %
19,07	Zigaretten	+8,3	4,97	PC, IBM kompatibel	-29,1
96,97	Freifinanzierter Wohnungsbau, Zentralheizung, bis 70 m ² , netto	+1,1	9,06	Umlagen für Zentralheizung	-3,2
13,38	Superbenzin, Markenware, Selbstbedienung	+7,0	1,05	Tomaten	-25,0
7,90	Extra leichtes Heizöl	+11,8	0,92	Farbdrucker	-23,4
10,68	Normalbenzin, Markenware, Selbstbedienung	+7,1	1,21	Monitore	-17,5
9,53	Flaschenbier	+6,7	0,53	Salatgurken	-36,6
9,11	Strom: Monatsverbrauch 325 kWh	+5,0	7,58	Kraftfahrzeugversicherung	-2,1
71,51	Freifinanzierter Wohnungsbau, Zentralheizung, über 70 m ² , netto	+0,6	1,37	Speisekartoffeln	-11,4
8,98	Abwasser	+3,8	9,51	Medikamente (einschl. Rezeptgebühr)	-1,6
3,36	Dieseldieselkraftstoff, Markenware, Selbstbedienung	+9,5	0,50	Kopfsalat	-29,6
6,64	Strom: Monatsverbrauch 200 kWh	+4,8	2,95	Bohnenkaffee	-4,4
23,12	Altbau, Zentralheizung, bis 70 m ² netto	+1,1	1,55	Weintrauben	-7,1

1) Jahresdurchschnitt

Veränderungsstärkste Positionen					
Stärkste Steigerungen			Stärkste Senkungen		
Gewichtung %	Ware/Dienstleistung	Veränderung JD 1 – 5/2003 gegenüber JD 1 – 5/2002 ¹⁾ %	Gewichtung %	Ware/Dienstleistung	Veränderung JD 1 – 5/2003 gegenüber JD 1 – 5/2002 ¹⁾ %
0,73	Ambulante Pflege für gesetzlich Pflegeversicherte	+24,0	0,53	Salatgurken	-36,6
0,47	Bienenhonig	+20,8	0,50	Kopfsalat	-29,6
7,90	Extra leichtes Heizöl	+11,8	4,97	PC, IBM kompatibel	-29,1
3,36	Dieseldieselkraftstoff, Markenware, Selbstbedienung	+9,5	1,05	Tomaten	-25,0
0,52	Dieseldieselkraftstoff, Ringfrei, Selbstbedienung	+9,3	0,92	Farbdrucker	-23,4
1,24	Schokoladenriegel	+8,8	0,36	Mohrrüben	-22,7
19,07	Zigaretten	+8,3	0,07	Eisbergsalat	-19,4
2,12	Superbenzin, Ringfrei, Selbstbedienung	+7,7	0,03	Organizer	-18,3
2,90	Strom: Monatsverbrauch 1275kWh	+7,6	1,21	Monitore	-17,5
0,69	Tabak, Feinschnitt	+7,5	0,44	Zwiebeln	-16,9
1,39	Eintrittskarteum Fußballspiel	+7,5	0,59	Tulpen	-16,4
0,57	Pay-TV	+7,4	0,36	Pelargonien	-14,2

1) Jahresdurchschnitt

alle fünf Jahre, normalerweise in den auf 0 und 5 endenden Jahren, beeinflusst die Jahresdurchschnittsergebnisse nur geringfügig (Revisionsdifferenzen).

Ein Vergleich der Wägungsschemata von 1962 und 2000 spiegelt die Entwicklung des Landes vom anfänglichen Wohlstand zur modernen Informations- und Dienstleistungsgesellschaft wider:

Heute machen das Wohnen sowie Freizeit- und Bildungsdienstleistungen einen größeren Anteil der privaten Konsumausgaben als Anfang der 60er-Jahre aus, während die Bedeutung der Ernährungskosten mehr als halbiert wurde. Nahrungsmittel kosten heute real nur noch etwa die Hälfte bis ein Drittel des damaligen Werts. Der elektrische Strom hat sich nicht nur bezogen auf

die Kaufkraft verbilligt, sondern sogar im nominalen Kaufpreis.

Da das früher in Deutschland verwendete Systematische Verzeichnis der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte und die aktuelle, international gebräuchliche COICOP-Klassifikation⁵⁾ (Classification of Individual Consumption by Purpose – Klassifikation der Verwendungszwecke des

Veränderungswirksame Positionen					
Wirksamste Steigerungen			Wirksamste Senkungen		
Gewichtung %	Ware/Dienstleistung	Veränderung 2002 gegenüber 2001 ¹⁾ %	Gewichtung %	Ware/Dienstleistung	Veränderung 2002 gegenüber 2001 ¹⁾ %
96,97	Freifinanzierter Wohnungsbau, Zentralheizung, bis 70 m ² , netto	+1,6	4,97	PC, IBM kompatibel	-23,8
19,07	Zigaretten	+6,2	7,90	Extra leichtes Heizöl	-8,6
28,59	Neue Personenkraftwagen	+1,8	7,58	Kraftfahrzeugversicherung	-4,4
71,51	Freifinanzierter Wohnungsbau, Zentralheizung, über 70 m ² , netto	+0,7	4,54	Gas: Monatsverbrauch 1 600 kWh	-4,7
20,96	Telekommunikationsdienstleistungen	+2,1	0,92	Farbdrucker	-17,7
23,12	Altbau, Zentralheizung, bis 70 m ² netto	+1,9	9,51	Medikamente (einschl. Rezeptgebühr)	-1,7
14,46	Flugreisen	+3,0	1,21	Monitore	-11,7
6,08	Wettgebühren	+6,6	0,63	Lauch	-21,9
9,11	Strom: Monatsverbrauch 325 kWh	+3,9	2,83	Gas: Monatsverbrauch 1 000 kWh	-4,5
13,38	Superbenzin, Markenware, Selbstbedienung	+2,3	0,78	Paprikaschoten	-16,0
5,29	D Fleischgericht z.B. Schweineschnitzel	+5,8	1,55	Weintrauben	-7,2
9,53	Flaschenbier	+2,9	9,06	Umlagen für Zentralheizung	-1,2

1) Jahresdurchschnitt

Veränderungsstärkste Positionen					
Stärkste Steigerungen			Stärkste Senkungen		
Gewichtung %	Ware/Dienstleistung	Veränderung 2002 gegenüber 2001 ¹⁾ %	Gewichtung %	Ware/Dienstleistung	Veränderung 2002 gegenüber 2001 ¹⁾ %
0,61	Kiwi	+14,9	4,97	PC, IBM kompatibel	-23,8
0,05	Linsen	+13,4	0,63	Lauch	-21,9
1,05	Tomaten	+13,4	0,50	Kopfsalat	-19,6
0,10	Z. B. Enzyklopädien, Atlanten	+12,4	0,92	Farbdrucker	-17,7
0,17	Weißkohl	+10,7	0,78	Paprikaschoten	-16,0
0,24	Rollmops	+10,0	0,03	Organizer	-15,4
0,24	E Bohnenkaffee	+9,1	0,57	Pay-TV	-15,3
0,06	E Schnaps	+8,6	0,11	Blumentopf	-14,1
0,97	Schülerverkehr (Kraftomnibus)	+7,8	0,27	Sauerkirschen in Gläsern	-13,9
0,17	Wandergitarre	+7,8	1,21	Monitore	-11,7
0,69	Tabak, Feinschnitt	+7,5	0,26	Joystick, Gamepad o. Racing wheel für PC	-11,7
3,15	Dienstleistungen der Kreditinstitute	+7,3	0,36	Mohrrüben	-11,0

1) Jahresdurchschnitt

Individualverbrauchs) einander nicht entsprechen, wurden für die grafische Darstellung (s. Abb. 5) geringfü-

5) veröffentlicht von den Vereinten Nationen (Serie F Nr. 2 Rev. 4 und Serie M Nr. 84), geändert durch die OECD (DES/NI/86.9), Paris 1993, von der OECD nach Anhörung von Eurostat, United Nations Statistics Division (UNSD) und den nationalen statistischen Ämtern ihrer Mitgliedstaaten im Oktober 1998 in der aktuell gültigen Fassung erstellt; in Deutschland mit der Umstellung auf das Basisjahr 1995 eingeführt

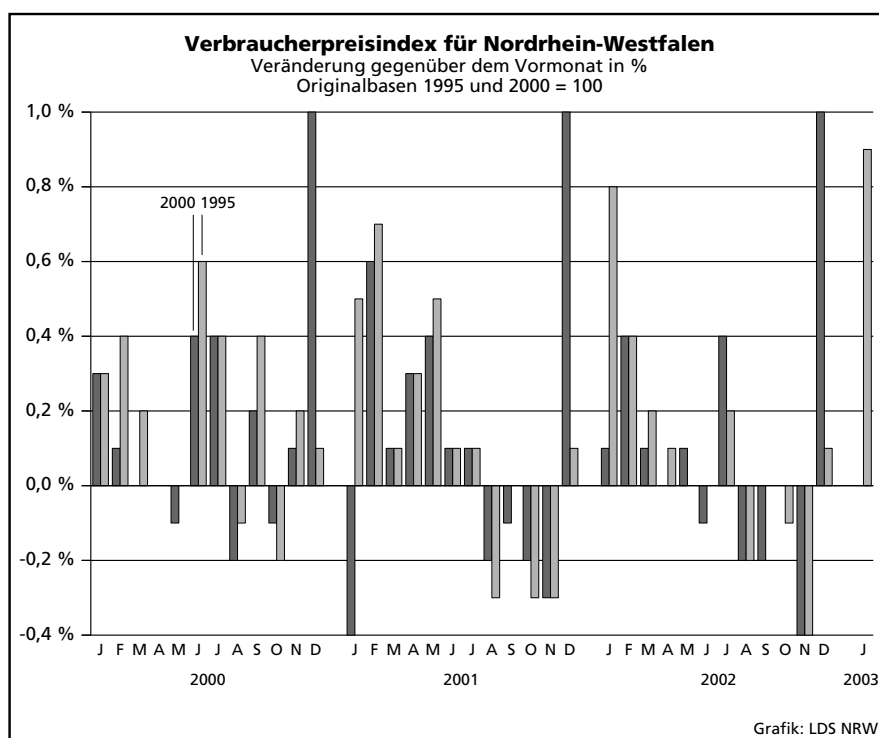
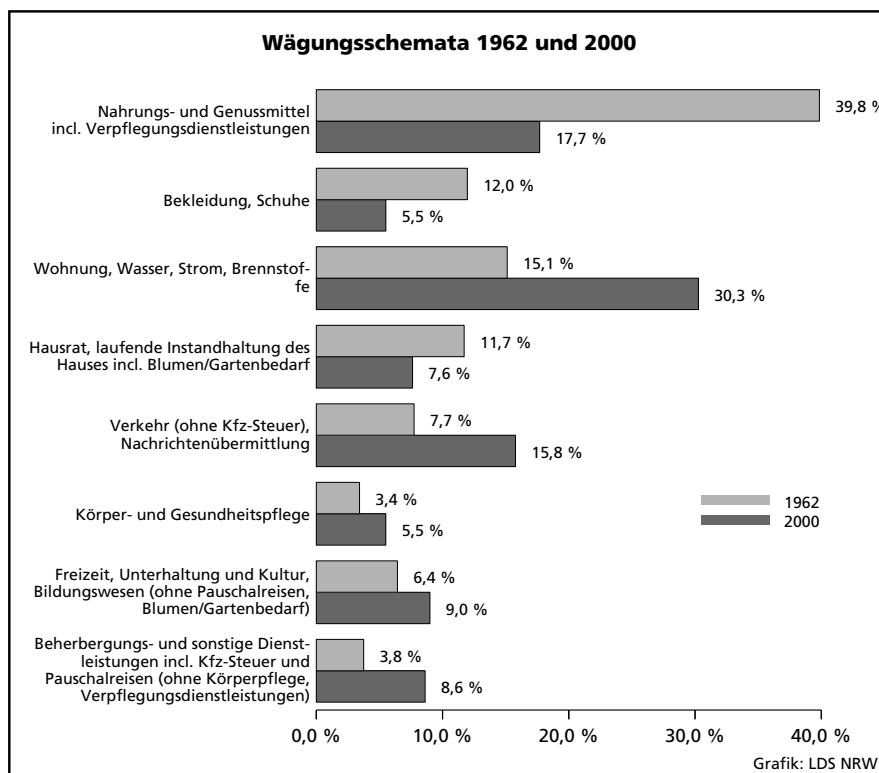
gige Umgruppierungen vorgenommen. Außerdem ist zu beachten, dass der aktuelle Warenkorb (Basisjahr 2000) Güter enthält, die 1962 noch nicht existierten (z. B. PCs, Mobilfunk etc.), dafür aber auch Güter eliminiert wurden, deren Bedeutung seither geschwunden ist (z. B. Kaffeefilter aus Plastik). Am Rande erwähnt sei, dass es auch Güter gibt, die zwar in beiden Wägungsschemata nicht

enthalten sind, wohl aber in den Jahren dazwischen, wie z. B. das Dampf- bügeleisen.

Mit der Bekanntgabe des Ergebnisses für Februar 2003 wurde der Verbraucherpreisindex für Nordrhein-Westfalen erstmalig auf der Basis des Jahres 2000 = 100 vorgestellt. Mit dem neuen Basisjahr wurde gleichzeitig das Wägungsschema an die veränderten

Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte angepasst. So wurden Dienstleistungen im Bereich der sozialen Sicherung wie Unterbringungen in Altenheimen, mobile Pflegedienste und Essen auf Rädern in den Warenkorb neu aufgenommen. Erweitert wurden die Bankdienstleistungen um die Gebühren für Finanztransaktionen (Gebühren für Kauf/Verkauf von Wertpapieren). Auf Grund des technischen Fortschritts verringerte sich die Verbrauchsbedeutung einzelner Güter wie elektrische Schreibmaschine oder Dia-Projektor, die deshalb nicht mehr im Warenkorb enthalten sind, während andere zeitgemäß ersetzt wurden, z. B. Disketten durch CD-Rohlinge, oder PVC-Bodenbelag durch Laminat-Fertigboden-Paneele.

Basiseffekte können einen überlagernden Einfluss auf Veränderungsraten haben und damit eine hohe oder niedrige Teuerung vortäuschen. Sie können durch verschiedene Ursachen entstehen: Erstens können stark veränderte Preise durch außergewöhnliche Einflüsse im Referenzmonat auftreten (z. B. klimatische Schwankungen wie langer Frost, wovon Saisonnahrungsmittel und Heizöl oft betroffen sind). Zweitens könnte die Einführung oder Erhöhung von Steuern, Abgaben oder Gebühren (z. B. die Erhöhung der Rezeptblattgebühr) einen entsprechenden Preissprung auslösen. Schließlich können Basiseffekte auch durch methodische Veränderungen in der Berechnung des Verbraucherpreisindex hervorgerufen sein, wie z. B. der zwischen den Basisjahren 2000 und 1995 jeweils zum Jahreswechsel auftretende Basiseffekt: Wurden Pauschalreisen über Weihnachten oder Silvester vormals zum großen Teil in den Preisindex für Januar gerechnet (weil der Erhebungstag jeweils der 15. des Berichtsmonats ist, im Dezember also der 15.12.), wird nun versucht, diese bis Ende Dezember auch noch in den Preisindex für Dezember mit einzubeziehen. Die beispielhaft oben genannten Preisänderungsgründe bewirken bei der Betrachtung des jeweils aktuellen Monats (im Vergleich zum Vorjahr bzw. Vormonat) den Basiseffekt.



1.2 Haushaltstypen und Wertsicherungsklauseln

Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse des Verbraucherpreisindex für den Monat Januar 2003 haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder die Berechnung der bisherigen Preisindizes für spezielle Haushaltstypen⁶⁾ eingestellt. Die Unterschiede in der Preisentwicklung wi-

chen für die drei genannten Haushaltstypen kaum noch von der des Indexes aller privaten Haushalte ab. Zudem repräsentierten die drei eng beschriebenen Haushaltstypen zuletzt weniger als sieben Prozent aller Haushalte im Land.

6) 4-Personen-Haushalte mit höherem Einkommen, 4-Personen-Haushalte mit mittlerem Einkommen, 2-Personen-Haushalte mit geringem Einkommen.

Weil Verbraucherpreisindizes häufig als Bezugsgrößen für Wertsicherungsklauseln in Miet-, Pacht-, Übergabe-, Pensions- und anderen Verträgen über laufende Zahlungen dienen, ist ein rechnerischer Übergang auf den Verbraucherpreisindex für Nordrhein-Westfalen für solche privatrechtlichen Verträge (z. B. für Mieten, Pachten usw.) erforderlich, die Wertsicherungsklauseln auf Basis eines alten Preisindex für die Lebenshaltung eines speziellen Haushaltstyps enthalten. Dazu wird auch der neue Verbraucherpreisindex auf der Basis 2000 bis zum Jahr 1962 (erstes Basisjahr) zurückgerechnet. Damit der Umstieg einfach und nutzerfreundlich vollzogen werden kann, bietet das LDS NRW in seinen Publikationen eine Hilfestellung für den Umstieg von den Preisindizes früherer Basisjahre und spezieller Haushaltstypen auf den neuen Verbraucherpreisindex für Nordrhein-Westfalen bzw. Deutschland. Für bestehende Verträge empfiehlt sich grundsätzlich, Änderungsverträge abzuschließen, in denen die Bezugnahme auf den neuen Verbraucherpreisindex für Nordrhein-Westfalen oder für Deutschland ausdrücklich vereinbart wird.

Bei langfristigen Schuldverträgen schützt die Vereinbarung einer Wertsicherungsklausel gegen eine schleichende Entwertung der Geldschuld. Beim Erreichen vertraglich festgelegter Schwellenwerte wird die Höhe des zu leistenden Entgeltes automatisch angepasst. Die gesetzlichen Regelungen zu Wertsicherungsklauseln sind in der Preisklauselverordnung (PrKV) vom 23. September 1998 (BGBL 1998, Teil I, Nr. 66) festgehalten.

2 Qualitätsbereinigungsverfahren

Um Preise im Zeitablauf miteinander vergleichen zu können, muss gewährleistet sein, dass dafür jeweils die gleiche Menge des gleichen Guts mit gleichbleibender Qualität herangezogen wird. Das entspricht dem Laspeyres-Prinzip, bei dem ein Warenkorb mit bestimmten Gütern einmal definiert und dieser dann über einen be-

stimmten Zeitraum (meist fünf Jahre) möglichst konstant gehalten wird. Dies stellt die Bestimmung des amtlichen Preisindex gleich vor zwei Probleme. Einerseits stellt die Ermittlung der gleichen Menge gelegentlich ein Problem dar, wenn Packungsgrößen verändert werden. Andererseits führt die Dynamik des technologischen Fortschritts zu erheblichen Qualitätsveränderungen, was sich in kurzen Produktlebenszyklen und im häufigen Modellwechsel eines Produkts widerspiegelt, was in der Praxis aber oft unter demselben Produktnamen geschieht, z. B. „VW Golf GTI“ vom Typ Golf I anno 1974, bis „VW Golf GTI“ vom heutigen Typ Golf IV. Gerade für Konsumgüter finden Änderungen der Qualität und des Preises häufig gleichzeitig statt, so dass das Konstanthalten von Menge und Qualität zur Beobachtung der reinen Preisveränderung schier unmöglich erscheint, weil die Güter des Warenkorbes in ihrer anfänglichen Form am Markt nicht mehr erhältlich sind und deshalb für die ursprünglichen Güter keine Preise mehr beobachtet werden können. Wenn diese qualitativen Veränderungen jedoch nicht angemessen einbezogen werden, können weder der Preisindex noch infolgedessen andere Indikatoren, wie z. B. das Wirtschaftswachstum oder die Produktivität, korrekt wiedergegeben werden. In solchen Fällen wird in der amtlichen Statistik eine Qualitätsbereinigung vorgenommen. Diese zielt in der Regel darauf ab, den Geldwert der veränderten Güterqualität bei der Preismessung zu berücksichtigen. Im Folgenden werden Verfahren der Qualitätsbereinigung beschrieben.

2.1 Hedonik

Bei der hedonischen Qualitätsbereinigung wird ein Gut zunächst in seine Qualitätseigenschaften zerlegt und dann der Einfluss dieser Qualitätsmerkmale auf den Preis mit Hilfe einer Regressionsanalyse⁷⁾ ermittelt. Dadurch können diejenigen Preisänderungen, die nur auf qualitativen Veränderungen bestimmter Eigenschaften beruhen, von den reinen Preisveränderungen rechnerisch ge-

trennt und eliminiert werden. Die Regression ermittelt somit den Geldwert der Qualitätsveränderung, der von der beobachteten Preisveränderung abgezogen wird, um dadurch die reine Preisveränderung zu erhalten. Hedonische Preisindizes können prinzipiell nach zwei verschiedenen Methoden ermittelt werden, der Zeitvariablenmethode und der Imputationsmethode.

Bei der Zeitvariablenmethode wird davon ausgegangen, dass die Bestimmungursachen der Preisänderung zerlegt werden können in die Qualitätsmerkmale des Guts und eine Zeitkomponente. Beispielsweise besteht das Gut „Personal Computer (PC)“ aus den Merkmalen Arbeitsspeichergröße, Prozessorgeschwindigkeit, Festplattengröße etc. Der Regressionsansatz bedeutet demnach, dass der Preis eine Funktion der Qualitätseigenschaften und der Zeit ist. Da sowohl die nominalen monatlichen Preisänderungen als auch die jeweiligen Qualitätsmerkmale bekannt sind, ergibt sich der monatliche Preisindex aus dem in der Regressionsanalyse berechneten Einfluss der Zeitvariablen auf den Preis. Dieses Verfahren ist zwar recht einfach in der Anwendung, kann aber aufgrund der erforderlichen großen Stichprobe nicht zeitnah durchgeführt werden, weil die notwendigen Daten (Scanner-Daten der GfK) erst etwa zwei Monate nach dem Berichtsmonat verfügbar sind. Die Zeitvariablenmethode wird daher eher für retrospektive Berechnungen eingesetzt.

Bei der Imputationsmethode werden zwei getrennte Stichproben verwendet. Mit den Daten der ersten (kleineren) Stichprobe wird eine Regressionsgleichung berechnet, um die Preisunterschiede zwischen den Gütern durch Qualitätsunterschiede zu erklären, also ohne Berücksichtigung des Zeitfaktors. Der so ermittelte Preis-Qualitäts-Zusammenhang wird etwa alle drei Monate neu berechnet. Dieser Zusammenhang geht

⁷⁾ Mit Hilfe der Regressionsanalyse können lineare Abhängigkeitsbeziehungen zwischen Variablen überprüft werden. Vgl. Backhaus et al., Multivariate Analysemethoden, 9. Aufl., Berlin u. a., 2000.

dann als Gewichtungsfaktor, ähnlich der unten beschriebenen Ausstattungsvereinigung, in die monatliche Indexberechnung mit Hilfe der zweiten Stichprobe ein. Für die laufende Preisbeobachtung wird wegen der früheren Verfügbarkeit der Daten die Imputationsmethode angewendet.

Mit der Einführung der hedonischen Methode wurde im Juni 2002 ein neues Verfahren der Qualitätsbereinigung in die amtliche deutsche Preisstatistik aufgenommen, das sich vor allem für innovative technische Güter eignet, die einem raschen Fortschritt unterliegen und die nicht über einen längeren Zeitraum mit identischer Qualität beobachtet werden können. Als erste Stufe bei der Nutzung hedonischer Methoden wird seither der Teilindex für Personalcomputer hedonisch berechnet, was jedoch wegen des geringen Gewichts von Personalcomputern im Warenkorb der privaten Haushalte zu keiner nennenswerten Abweichung des Ergebnisses des Verbraucherpreisindex führt. Bis Ende 2004 sollen schrittweise für weitere Teile der Preisstatistik hedonische Methoden genutzt werden; dazu müssen neben der traditionellen Ermittlung der Preisveränderungen durch Preisermittler noch die Qualitätseigenschaften der erfassten Modelle dieser Produktkategorie gesammelt und in einer Datenbank abgelegt werden. Diese werden sekundärstatistisch durch Internetrecherchen oder notfalls mittels telefonischer Erkundigungen eingezogen, was z. Zt. das Statistische Bundesamt als zentrale Koordinierungsstelle übernimmt und bei künftiger Ausweitung der Anwendung hedonischer Methoden auf dezentral erhobene Preisrepräsentanten (z. B. Fernseher, Waschmaschinen) von den statistischen Landesämtern durchgeführt wird.

In den USA werden hedonische Methoden zur Qualitätsbereinigung in der Preisstatistik seit längerer Zeit eingesetzt: Im Dezember 1996 erschien dort der Abschlussbericht der „Advisory Commission to Study the Consumer Price Index“ (Boskin-Kommission); diese wurde vom amerikanischen Senat eingesetzt, um die Rolle

des Verbraucherpreisindex in staatlichen Sozialprogrammen zu untersuchen und entsprechende Veränderungen des Indexes vorzuschlagen⁸⁾. Hauptsächlich sind es vier Arten von Verzerrungen, die laut Boskin-Bericht in den herkömmlichen Statistiken unzureichend berücksichtigt sind und so zu einer systematischen Überschätzung der Preissteigerung von jährlich etwa einem Prozentpunkt führen: die Substitution teurer Produkte durch billigere (Substitutions-Bias), die Möglichkeit, bei Diskountern billiger einzukaufen (Absatzkanal-Bias), Qualitätsverbesserungen (Qualitäts-Bias) und die Einführung neuer Produkte (Neuprodukt-Bias). Die Anwendung hedonischer Methoden zur Qualitätsbereinigung versucht, diese Verzerrungen zu berücksichtigen, und führte in den USA (in Verbindung mit der Verwendung von Kettenindizes⁹⁾) zu einem geringeren Anstieg der Preisindizes und einer höheren Zuwachsrate des realen Wirtschaftswachstums. Auf Grund der unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen in den USA und in Deutschland sind diese rechnerischen Effekte bei der Einführung hedonischer Methoden in Deutschland nicht in ähnlichem Umfang zu erwarten. Die Qualitätsbereinigung unter Nutzung hedonischer Methoden wird aber zu einer besseren internationalen Vergleichbarkeit der Wirtschaftsstatistiken gerade bei möglicherweise veränderten Strukturen in der Zukunft führen.

Die hedonische Methode spielt insofern eine wichtige Rolle bei der Messung des realen Bruttoinlandsproduktes. Im Rahmen der Deflationierung wird das nominale Bruttoinlandsprodukt mit Hilfe von Preisindizes in reale Größen umgerechnet. Die Umrechnung erfolgt im Prinzip so, dass die Nominalwerte durch die entsprechenden Preise dividiert werden. Je niedriger die gemessene Preisentwicklung bei einer Produktkategorie ausfällt,

8) „Toward A More Accurate Measure Of The Cost Of Living“, The Boskin Commission Report 1996, URL: <http://www.ssa.gov/history/reports/boskinrpt.html> [12.05.2003] – 9) Kettenindex: Nach der Aktualisierung des Wägungsschema zu Beginn jedes Jahres werden Teilindizes intern mit Basis Vorjahres-Dezember = 100 berechnet und anschließend verkettet, um formal den Indexstand des Basisjahres = 100 zu erhalten.

desto höher sind die gemessenen realen Umsatzzuwächse dieser Branche. Weiterhin fällt die Preisentwicklung umso geringer aus, je größer die Qualitätszuwächse bei einer Produktgruppe sind. Wenn zum Beispiel die direkt beobachteten Preise eines Produktes nahezu konstant bleiben, die Qualität dieses Gutes aber ansteigt, so handelt es sich aus ökonomischer Sicht um einen Preistrückgang und entsprechend werden in der Statistik qualitätsbereinigt sinkende Preise ausgewiesen. Produktivitätsfortschritte finden daher auch über die Qualitätsbereinigung der Preisstatistik ihren Niederschlag in der Messung des realen Wirtschaftswachstums. Der Einsatz der hedonischen Methode in der Preisstatistik führt in bestimmten Fällen zu stärkeren gemessenen Preistrückgängen und damit zu größeren Zuwächsen beim realen Bruttoinlandsprodukt als bei der Anwendung traditioneller Verfahren der Qualitätsbereinigung. Folglich werden indexgebundene Sozialleistungen, Renten, Mieten oder Löhne und Gehälter durch den Einsatz hedonischer Verfahren geringer ansteigen.

Zur Preisermittlung wird in Deutschland wie auch in den USA und in den meisten industrialisierten Ländern das Laspeyres-Konzept verwendet, das auf einem über Jahre festgewichteten Warenkorb basiert und die Änderung der Lebenshaltungskosten als Folge von Preisvariationen erfasst, ohne jedoch Konsumverhaltens- oder Güterqualitätsveränderungen zu berücksichtigen. In Deutschland wird dazu etwa alle fünf Jahre, in den USA nur alle zehn bis 15 Jahre eine Verbraucherhebung durchgeführt. In den USA wurde aufgrund des Berichts vorgeschlagen, den Laspeyres-Index durch einen „Cost of living-Index“ (Lebenshaltungskosten-Index) zu ersetzen, der Qualitäts- und Verhaltensänderungen sowie auch Lebensstandardentwicklungen mitberücksichtigt. Jährliche Verbrauchserhebungen, die dazu eine Voraussetzung wären, sprengen jedoch den Kosten-Nutzen-Rahmen, nicht nur in den USA. Darüber hinaus befürchten Kritiker, dass der politisch motivierten Manipulation des Verbraucherpreisindex Tür und Tor geöffnet würden.

2.2 Weitere Verfahren der Qualitätsbereinigung

Wenn ein Produktmerkmal, das ursprünglich als Sonderausstattung extra bezahlt werden musste, ab einem bestimmten Zeitpunkt zur Serienausstattung gehört (z. B. Zentralverriegelung beim Auto) und somit im Preis inbegriffen ist, dann wird versucht, den Wert dieses Merkmals zu bestimmen. Ein Teil dieses Wertes wird vom Verkaufspreis des Autos abgezogen, um den Vergleich zum Vormonat herstellen zu können, in dem die Zentralverriegelung noch nicht zur Serienausstattung gehörte. Diese Vorgehensweise wird als Qualitätsbereinigung bezeichnet und gehört zu den gängigen Qualitätsbereinigungsverfahren in der amtlichen Preisstatistik.

Ein weiteres bewährtes Verfahren ist die Verkettung im überlappenden Zeitraum. Dabei werden neben den eigentlichen Preisrepräsentanten immer auch Ersatzprodukte beobachtet, so dass im Falle einer Produktänderung auf das Ersatzprodukt umgestiegen werden kann. Ein Umstieg auf Ersatzprodukte erfolgt allerdings nur dann, wenn beide Produkte gleichzeitig zu Gleichgewichtspreisen am Markt erhältlich sind. Unter dieser Voraussetzung kann davon ausgegangen werden, dass der beobachtete Preisunterschied zwischen dem alten und dem neuen Produkt auf Qualitätsunterschiede zurückzuführen ist, sodass dieser „Geldwert des Qualitätsunterschieds“ bei der Verkettung berücksichtigt werden kann.

Eine Vielzahl weiterer Erhebungs- und Berechnungsprobleme wird die amtliche Preisstatistik in Zukunft noch lösen müssen:

- Auswahl der Erhebungsorte: Neben der Landeshauptstadt befinden sich verschiedene größere und kleinere Städte und Gemeinden in der nicht-rotierenden Stichprobe, sodass die abgeleiteten Indexberechnungen auf einer bewussten Auswahl basieren;
- Auswahl der Erhebungsstätten: Mit der Entstehung neuer Vertriebsformen, z. B. Internet-Händler oder so genannte Power-Shopping-Agenturen¹⁰,

entwickeln sich häufig preisgünstigere Einkaufsmöglichkeiten, was durch die starre Auswahl der Berichtsstellen tendenziell zu einer überhöhten ausgewiesenen Teuerung führt;

- Zeitnähe des zugrunde gelegten Warenangebots: Die Aktualisierung des Warenkorbs und des Wägungsschema findet nur alle fünf Jahre statt, deren Berechnung wiederum auf den Ergebnissen der jeweils letzten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) basiert, die zum Zeitpunkt ihrer Anwendung in der Regel auch schon mindestens zwei Jahre alt sind. Private Haushalte reagieren auf Preiserhöhungen oft durch eine Umschichtung des Verbrauchs zu günstigeren Produkten; ein Preisindex mit einem festen Wägungsschema würde dann den Preisauftrieb überzeichnen, weil die teurer gewordenen Güter ein zu hohes Gewicht erhalten;
- Subjektivität des Preiserhebers: Wenn bestimmte Artikel aus dem Programm genommen wurden (sog. Auslisten) oder schlicht nicht auffindbar sind, ist der Preiserheber gezwungen, vor Ort ein Resampling durchzuführen, indem er das Produkt entweder durch das ähnlichste oder das meistverkaufte Produkt ersetzt.

Sowohl auf Bundes- als auch auf europäischer Ebene sind Arbeitsgruppen mit der Weiterentwicklung der Qualitätsbereinigung in der amtlichen Preisstatistik beauftragt worden, Lösungsvorschläge für die umrissenen Probleme zu erarbeiten. Aber neben finanziellen Restriktionen erschweren teilweise auch politische Vorbehalte einen zügigeren Fortschritt.

3 Harmonisierte Verbraucherpreisindizes in der EU

Damit die im Vertrag über die Europäische Union festgelegten Ziele und insbesondere die Wirtschafts- und

¹⁰ Power-Shopping oder CoShopping (z. B. letsbuyit.com): Elektronische Einkaufsgemeinschaften realisieren Preisvorteile (Mengenrabatte) durch die Bündelung ihrer Kaufkraft auch für private Kunden.

Währungsunion erreicht werden können, werden auch statistische Instrumente hoher Qualität benötigt. Sie liefern den Europäischen Institutionen, den Regierungen sowie den Akteuren des wirtschaftlichen und sozialen Lebens harmonisierte und zuverlässige Informationen als Grundlage für ihre Entscheidungen. Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) mit Sitz in Luxemburg hat den Auftrag, die Union mit europäischen Daten zu versorgen, die Vergleiche zwischen Ländern und Regionen ermöglichen.

Bei den Harmonisierten Verbraucherpreisindizes (HVPI) handelt es sich um eine Gruppe der Verbraucherpreisindizes, die nach einem harmonisierten Ansatz und festgelegten Definitionen berechnet werden. Im Herbst 1995 erließ der Rat der EU die grundlegende Verordnung¹¹ über Harmonisierte Verbraucherpreisindizes, die die zweistufige Einführung in allen 15 Mitgliedstaaten mit einem gemeinsamen Referenzzeitraum (1996 = 100), einem gemeinsamen Korb von Waren und Dienstleistungen und einer gemeinsamen Klassifikation verbindlich festlegte. In den folgenden sechs Jahren wurden weitere EG-Verordnungen mit Durchführungsvorschriften für o. g. Verordnung sowie eine Kommissionsentscheidung über die Finanzierung von Durchführungsmaßnahmen erlassen; in zwei Berichten der Kommission an den Rat über die Harmonisierung der Verbraucherpreisindizes in der Europäischen Union werden die Qualität sowie Probleme mit den HVPI beschrieben, Probleme insbesondere bezüglich der Qualitätsanpassung, der Stichprobenverfahren und des Erfassungsbereichs für Waren und Dienstleistungen¹².

Von vorrangiger Bedeutung im Rahmen der Harmonisierten Verbraucherpreisindizes ist der Verbraucherpreisindex der Europäischen Währungsunion (VPI-EWU = Verbraucher-

¹¹ Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates vom 23. Oktober 1995 (Amtsblatt L 257 vom 27. Oktober 1995, S. 1) – 12) „Sammlung von HVPI Referenzdokumenten“ (2/2001/B/5), Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Nr. KS-AO-01-005-DE-I, Luxemburg: 2001

preisindex für die Eurozone), die momentan aus zwölf der 15 EU-Mitgliedstaaten¹³⁾ besteht. Der VPI-EWU ist der Schlüsselindikator für die Preisstabilität des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) und der Europäischen Zentralbank (EZB). In Verbindung mit den weiteren drei Konvergenzkriterien, nämlich der Finanzlage der öffentlichen Hand (d. h. jährliches staatliches Budgetdefizit und Gesamtschuldenquote), der Stabilität des Wechselkurses und der Höhe der langfristigen Nominalzinsätze, entscheidet die Geldwertstabilität darüber, ob ein Land die Voraussetzung für den Beitritt zur Währungsunion erfüllt. Gemäß Art. 121 (ex-Art. 109 j Abs. 1) des Vertrags über die Europäische Union¹⁴⁾ darf dazu dessen Inflationsrate höchstens 1,5 Prozentpunkte über der durchschnittlichen Inflationsrate der drei preisstabilsten Mitgliedstaaten liegen. Darüber hinaus wurde die Verwendung der HVPI auf nichtmonetäre Bereiche der Politik ausgedehnt, und ihre Funktion als Benchmarkindizes für Wirtschafts- und Finanzwerte wird weiter ausgebaut.

Harmonisierte Verbraucherpreisindizes bieten die Grundlage für statistische Vergleiche der Verbraucherpreis-inflation in der EU. Durch die verwendete Methodik soll gewährleistet werden, dass die Daten aus den einzelnen Mitgliedstaaten miteinander vergleichbar sind. Formal wird der HVPI als Kettenindex berechnet, weil unterschiedliche Basisjahre für die Gewichtung der Ausgabekategorien der nationalen Verbraucherpreisindizes auftreten. Die HVPI werden von Eurostat monatlich, etwa drei Wochen nach Ende des Monats veröffentlicht. Die HVPI-Zeitreihe beginnt mit dem Index für Januar 1995. Um Vergleiche zu erleichtern, werden die HVPI mit einem gemeinsamen Basisjahr (1996 = 100) dargestellt. Die HVPI erfassen praktisch alle Arten von Haushaltsausgaben für Waren und Dienstleistungen (Konsumausgaben der privaten Haushalte). Der Erfassungsbereich des HVPI

folgt dem internationalen Klassifizierungssystem COICOP, die speziell an die Erfordernisse des HVPI angepasst wurde. Dieser ist kleiner als der Erfassungsbereich des Verbraucherpreisindex für Deutschland; sie unterscheiden sich im Wesentlichen durch die zusätzliche Einbeziehung des vom Eigentümer selbst genutzten Wohneigentums durch Mietäquivalente, die vom Statistischen Bundesamt berechnet werden, und der Kraftfahrzeugsteuer im deutschen VPI. Darüber hinaus schränken die unterschiedlichen nationalen Bildungs- und Sozialsysteme die Vergleichbarkeit ein, weil Bildungsausgaben und Gesundheitskosten teilweise in bestimmten volkswirtschaftlichen Aggregaten bereits enthalten sind (d. h. über Steuern und Sozialabgaben staatlich finanziert), teilweise von den privaten Haushalten direkt bezahlt werden. Insofern werden Besonderheiten in den nationalen Verbrauchsgewohnheiten zwar nicht eliminiert, Vergleiche jedoch dadurch erschwert.

Auf der Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindizes werden drei aggregierte Indizes erstellt, und zwar der Verbraucherpreisindex der Europäischen Währungsunion (VPI-EWU) für die gegenwärtig zwölf Länder der Eurozone, der Europäische Verbraucherpreisindex (EVPI) für die EU-15 und der Verbraucherpreisindex des Europäischen Wirtschaftsraums (VPI-EWR), in den zusätzlich Daten aus Island und Norwegen einfließen.

Die HVPI-Methodik bietet die Möglichkeit, die Ländergewichte jedes Jahr zu ändern:

- Für den VPI-EWU dient der Anteil der Konsumausgaben der privaten Haushalte des betreffenden Mitgliedstaats am EWU-Gesamtwert als Ländergewicht. Bis zur Bargeldeinführung des Euro im Januar 2002 wurden die Gewichte in Landeswährung anhand der festen Wechselkurse in Euro umgerechnet.
- Für den EVPI und den VPI-EWR dient der Anteil der Konsumausgaben der privaten Haushalte des betreffenden Mitgliedstaats am Gesamtwert für die EU bzw. für den EWR als Ländergewicht. Bei diesen beiden Indizes werden die Ausga-

ben in Landeswährung anhand der Kaufkraftparitäten entsprechend umgerechnet. Seit 1999 wird der VPI-EWU innerhalb des EVPI als eine Einheit behandelt.

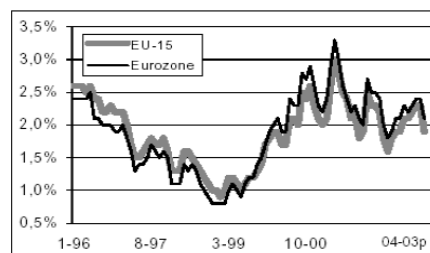


Abb.7: Harmonisierte Verbraucherpreisindizes (Veränderung gegenüber dem Vorjahr)

Im Jahr 1997 erfolgte die erste Veröffentlichung der monatlich Harmonisierten Verbraucherpreisindizes durch Eurostat. Von Anfang 1996 bis Ende 1998 zeigte die jährliche Änderungsrate des Indexes für die Eurozone (VPI-EWU) einen Abwärtstrend, dem dann ein allgemeiner Aufwärtstrend folgte. Dieser Aufwärtstrend dürfte zu einem großen Teil auf die steigenden Energiepreise zurückzuführen sein. Für den HVPI der EU-15 (EVPI) ergibt sich, aufgrund des großen Gewichts der Eurozone innerhalb der EU, ein ähnlicher Trend.

3.1 Kerninflation

Die Europäische Zentralbank (EZB) ist durch den Vertrag von Maastricht¹⁵⁾ dazu verpflichtet, die Preisniveaustabilität im Euro-Raum zu wahren. Sie operationalisiert dieses Ziel, indem sie Preisniveaustabilität als einen Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex von unter zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr definiert. Sie weist allerdings darauf hin, dass die Entwicklung des HVPI kurzfristig von Schwankungen einzelner Preise oder Preisindizes beeinflusst werden kann, die sich nicht auf den Inflationstrend auswirken. Dazu zählen die Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen, Veränderungen der Einfuhr- oder Rohstoffpreise sowie witterungsbedingte Effekte, die sich insbesondere auf die Lebensmittel-

15) Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, zuletzt geändert durch den am 26. Februar 2001 unterzeichneten Vertrag von Nizza, Art. 105, Amtsblatt Nr. C 325 vom 24. Dezember 2002

13) Dänemark, Großbritannien und Schweden haben sich den späteren Beitritt vorbehalten. – 14) Verträge von Maastricht (1993) und Amsterdam (1997)

telpreise auswirken. Auf derartige Effekte sollte die Geldpolitik nicht reagieren. Die EZB hat nicht zuletzt aus diesem Grund die mittelfristige Beibehaltung der Preisniveaustabilität als ihr Ziel definiert.

Hinweise auf die geldpolitisch relevante aktuelle Inflationsentwicklung kann die so genannte Kerninflationsrate (Core Rate) liefern. Sie misst die Preisstabilität der Waren und Güter, deren Preise sich nur mittelfristig ändern. Besonders volatile Komponenten, die im Verbraucherpreisindex die stärksten monatlichen Schwankungen verursachen, werden daher nicht mit einbezogen. Zur Berechnung der Kerninflationsrate finden sich in der Literatur verschiedene Verfahren. Ein theoretisch präziser, praktisch aber komplizierter Ansatz ist es, mittels eines Modells die durch monetäre Faktoren verursachte Inflation aus der Gesamtveränderung des Preisniveaus herauszufiltern; problematisch ist hierbei insbesondere die korrekte Identifizierung und Einschätzung eben dieser Faktoren. Eine einfache, gut nachzuvollziehende Methode besteht darin, einzelne Warengruppen aus dem Wägungsschema des Verbraucherpreisindex zu entfernen; dieses Verfahren ist relativ populär, vor allem in Ländern mit einem ausdrücklichen Inflationsziel. Die EZB verwendet einen Harmonisierten Verbraucherpreisindex ohne Energie und unverarbeitete bzw. Saisonnahrungsmittel zur Bestimmung der Kerninflationsrate. Zusammen haben diese Warengruppen einen Anteil von etwa 18 Prozent am harmonisierten Warenkorb. Auch die indirekten Steuern, die mit der Geldpolitik nichts zu tun haben, werden oft herausgenommen. Weil ein Zinsanstieg zwar vorübergehend zu einer höheren Teuerung führen kann, letztlich aber eine preisdämpfende Wirkung hat, werden z. B. in Großbritannien auch die Schuldzinsen eliminiert.

Damit nicht ganze Warengruppen aus der Berechnung aussortiert werden, können auch detailliert einzelne volatile Komponenten betrachtet und gegebenenfalls ausgeschlossen werden, indem man die Standardabweichung der jeweiligen Preisveränderungsraten

betrachtet. Gerade Teilaggregate wie leichtes Heizöl, Kraftstoffe für Pkw, frisches Obst und Gemüse, alkoholische Getränke, Tabakwaren sowie Kaffee, Tee und Kakao weisen erhebliche kurzfristige Preisschwankungen auf, während z. B. die Untergruppen „Fischwaren“ oder „Feste Brennstoffe“ sich durch einen relativ glatten Verlauf auszeichnen und daher in der Berechnung des Preisindex enthalten bleiben sollten. Grundsätzlich birgt aber auch diese Methode des vollständigen und dauerhaften Herausrechnens die Gefahr, die Preisschwankungen dieser Güter als rein transitorisch anzusehen, als besäßen sie keine relevanten Informationen über den fundamentalen Preistrend. Dies ist umso problematischer, je weniger Substitutionsmöglichkeiten für diese Güter den privaten Haushalten zur Verfügung stehen; beispielsweise müssen die Menschen auch bei steigenden Brennstoffpreisen im Winter heizen. Um solche Informationsverluste zu vermeiden, können auch sämtliche Komponenten im Warenkorb verbleiben, wobei jedoch gleichzeitig der Einfluss volatiler Komponenten reduziert wird, indem sie über ihre relative Preisvariabilität gewichtet werden.

Ein weiteres Verfahren, das sich allerdings nicht an historischen Preisschwankungen orientiert und daher besser in der Lage ist, temporäre Preisschocks zeitnah abzufangen, besteht darin, in jeder Periode einen bestimmten Prozentsatz der Gütergruppen mit den extremsten Preisveränderungen auszuklammern, also die stärksten und die schwächsten Ausreißer. Diese flexible Ausschlussmethode wird als Methode des getrimmten Mittelwertes bezeichnet, da für den Rest ein neuer gewichteter Durchschnitt berechnet wird. Werden nahezu 50 Prozent an beiden Enden abgeschnitten und nur die Preisänderungsrate beibehalten, die in der „Mitte“ liegt, so erhält man den gewichteten Median, ein statistisch robusteres Maß als der Mittelwert bei Extremwerten. Allerdings sollten die mittels dieser Methode ausgeschlossenen Komponenten inhaltlich darauf überprüft werden, ob die Vermutung der transitorischen Preisveränderung sinnvoll ist, was

z. B. bei Saisonwaren oder Heizöl sicherlich gerechtfertigt ist. Problematisch sind dauerhafte Ausreißer, wie z. B. eine Vielzahl an Waren und Dienstleistungen der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), die über längere Zeiträume hinweg einen permanent sinkenden Preistrend aufweisen, der aus dem anhaltenden technischen Fortschritt und der staatlichen Deregulierung auf dem Telekommunikationsmarkt resultiert. Bei ansonsten steigenden Preisen liegen solche Güter stets am unteren Rand der Verteilung und werden durch die Trimmung fast dauerhaft eliminiert. Da die Preisbewegungen der IKT-Güter aber nicht transitorischer Natur sind, lässt sich das Ergebnis dann kaum noch als Maß des durchschnittlichen Preistrends verstehen, wenn sie dauerhaft herausgerechnet würden.

Das o. g. Messkonzept der EZB wird vor allem auf der Ebene der Notenbanken und Regierungen angewendet, da in der Geldpolitik – z. B. zur Steuerung der Geldmenge – eher das mittelfristige Preisniveau ohne saisonale Einflüsse relevant ist. Die Kerninflationsrate hat aufgrund der zuvor beschriebenen Berechnungsmethode meist einen glatteren Verlauf als der gesamte Verbraucherpreisindex. Anhand der Kerninflationsrate lässt sich ausmachen, ob bzw. ab wann und in welchem Ausmaß Kostenüberwälzung stattfindet. Frühzeitige Hinweise auf einen veränderten Preistrend erhält man durch die Beobachtung der Kerninflationsrate allerdings nicht. Verglichen mit der allgemeinen Inflationsrate wird die Kernrate deshalb Wendepunkte im Inflationstrend immer erst relativ spät anzeigen.

3.2 Einfluss der Euro-Bargeldeinführung auf die Preisentwicklung

Anfang 2002 ist der Ersatz des nationalen Bargeldes durch den Euro in zwölf der 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union als großer Erfolg der Europäischen Wirtschaftspolitik gefeiert worden. Innerhalb von zwei Monaten ging der Austausch nationaler Münzen und Banknoten zu meist reibungslos vonstatten. Dieses

Bild wurde allerdings von Vorwürfen getrübt, die Umstellung sei von den Anbietern auf breiter Front zu Preiserhöhungen genutzt worden. Tatsächlich stieg die Inflationsrate in NRW (gemessen am Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) im Jahresdurchschnitt 2002 um 1,3 %. Es erhöhten sich insbesondere die Preise für Tabakwaren (+6,3 %), Beherbergungen (+4,3 %) und Kraftstoffe (+2,3 %). Preisrückgänge gab es u. a. beim Heizöl (-8,6 %), Gas (-4,6 %) und Frischgemüse (-5,8 %). Die Zunahme ist freilich zum Teil auf die zu Jahresbeginn 2002 wirksam gewordenen Erhöhungen der Tabak-, Versicherung- sowie Ökosteuer zurückzuführen: Jede Zigarette verteuerte sich dadurch um 0,49 Cent, Kraftstoffpreise stiegen um 3,07 Cent je Liter, Strom wurde um 0,26 Cent je Kilowattstunde teurer (alle jeweils ohne Mehrwertsteuer), und für die meisten Versicherungsarten wurde der Steuersatz der Versicherungsteuer auf 16 % angehoben¹⁶). So könnte man zum vorsichtigen Schluss kommen, der Übergang auf Euro-Preise habe den Gesamtindex in Deutschland nur geringfügig beeinflusst.

Die Analyse der Preisentwicklung einzelner Warengruppen gibt allerdings Anlass, die Eindrücke der Verbraucher („gefühlte Inflation“, „Euro = Teuro“-Debatte) ernst zu nehmen, zumal sich gerade Güter des täglichen Verbrauchs verteuerten, die überwiegend bar bezahlt werden und deren Bezahlung die Verbraucher „erleben“, im Gegensatz zu abgebuchten Posten wie z. B. die Miete. Offensichtlich wurde der Währungswechsel zumindest im Schnitt der betrachteten Warengruppen dazu genutzt, die Preise leicht anzuheben. Im Gefolge der Währungsumstellung scheinen die Konsumenten sich ihrer Unsicherheit mit den neuen Preisen bewusst zu gewesen sein: Preise werden seit Anfang 2002 besonders intensiv verglichen, und manche Verbraucher rechnen Euro-Preise immer noch in D-Mark zurück.

Für Anbieter wäre es zu teuer, die Preise ihrer Waren und Dienstleistungen täglich auf ihr gerade optimales Niveau zu setzen. Dafür muss neu kalkuliert werden, Auszeichnungen sind vorzunehmen, Verkäufer und Kunden müssen sich umstellen. Deshalb werden normalerweise Preise nicht ständig, sondern erst dann an neue Verhältnisse angepasst, wenn die erwarteten Kosten aufgrund eines weiteren Festhaltens am (aus Anbietersicht) zu niedrigen Preis die Kosten der Preisänderung zu überwiegen beginnen. Weil an jedem Tag nur ein kleiner Teil aller Anbieter an diesem Punkt anlangt, bewegen sich Indizes, die das Gesamtpreisniveau messen, gewöhnlich nur nach und nach. Die Währungsumstellung verpflichtete allerdings alle Anbieter, sämtliche Waren zum Jahreswechsel 2001/02 neu auszuzeichnen. Dabei wurden viele Preis Anpassungen vorgenommen, für die ansonsten die Zeit erst später reif gewesen wäre. Die Preise sind im allgemeinen dort gestiegen, wo Euro induziert von attraktiven D-Mark-Preisen (z. B. 1,99 DM, entspricht 1,02 EUR) auf attraktive Euro-Preise umgestellt wurde, d.h. tendenziell eher auf 1,09 EUR als auf 0,99 EUR. Es wird auch bisweilen lohnend gewesen sein, im Vorfeld auf Preisänderungen zu verzichten, um nicht zweimal kurz hintereinander die Preissetzungskosten tragen zu müssen. Die Preise wurden jedenfalls eher nach oben als nach unten gesetzt, denn Preis Anpassungen folgen im Schnitt einem schwach positiven Preistrend, der als „unvermeidliche Inflation“ geldpolitisch hingenommen wird. Der gleichzeitige Vollzug dieses Trends durch alle Anbieter führte aber zu einem kleinen Sprung des Preisniveaus nach oben.

Anschaulich ist auch ein Blick auf die Inflationsrate der Warengruppe Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe im Vorjahresvergleich. Sie stieg mit +1,0 % im Jahresdurchschnitt nur geringfügig. Die Erklärung ist einfach: Die Euro-Umstellung machte bei den Bestandsmieten, welche den größten Anteil an dieser Warengruppe ausmachen, keine Neufestsetzungen im

Januar erforderlich, sie wurden automatisch von D-Mark in Euro umgerechnet.

Der Preissprung bei Dienstleistungen (+2,2 %) war im Schnitt besonders kräftig (z. B. Beherbergung +4,3 %, Gaststättendienstleistungen +3,7 %). Dass die Preise für Dienstleistungen im Januar 2002 besonders kräftig angehoben worden sind, liegt wohl daran, dass die Preise für Dienstleistungen relativ selten geändert werden. Geht man davon aus, dass sich auch die Dienstleistungspreise langfristig parallel mit der allgemeinen Inflationsrate entwickeln, diese Preise jedoch nur relativ selten verändert werden, müssen die einzelnen Preis Anpassungen entsprechend deutlicher ausfallen. Das erklärt die größeren Preissprünge bei vielen Dienstleistungen im Zuge der Euro-Bargeldeinführung. Auf den gesamten Preisindex haben Dienstleistungen (ohne Wohnungsmieten) einen geringeren Einfluss als Waren, weil sie im Warenkorb, der dem Index zugrunde liegt, eine etwas geringere Rolle spielen (30,3 % zu 48,5 %); die verbleibenden 21,2 % entfallen vollständig auf die Wohnungsnutzung.

Weil alle Preise nach der Währungsumstellung gerade erst auf den neuesten Stand gebracht wurden, entwickelte sich in der Folgezeit ein besonders träger Preisindex. Allerdings hat der kleine Preissprung den Konsumenten ein wenig Kaufkraft entzogen. Insoweit als die Anbieter mit den gesamtwirtschaftlichen Effekten ihres Preissetzungsverhaltens nicht gerechnet haben, fielen nachfolgende Preisänderungen im Schnitt niedriger aus. Die Verbraucherpreise stagnierten bereits im Februar 2002 gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt. Im Laufe des Jahres 2002 ist der Preisindex auf den Trend zurückgefallen, der sich ohne Euro-Umtausch eingestellt hätte. Der Einfluss der Euro-Einführung auf das Preisniveau lässt sich allerdings nicht genau quantifizieren, weil reine Preisbeobachtungen für die Ursachenbestimmung nicht ausreichen. Sie können bestenfalls darlegen, wie sich Gestaltung und Verteilung der Preise im Zeitablauf verändert haben.

16) Berechnung von Lohnsteuer, Einkommensteuer und Ökosteuer für die Jahre 1998 – 2005. URL: <http://www.bundesfinanzministerium.de/fach/steuerber/start.htm> [12. 05. 2003]

Rentner sein und Rentner werden: Rentnereinkommen und private Altersvorsorge

Ergebnisse des Mikrozensus

Dr. Olivia Wüthrich-Martone

Die Altersstruktur der Bevölkerung hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert, die Geburtenrate ist gesunken und die Lebenserwartung hat sich erhöht: Allgemein ist die Bevölkerung älter geworden. Der Anteil der Personen, die von Altersruhegeld leben, ist aufgrund der veränderten Altersstruktur und der zunehmenden Frühverrentung gestiegen und betrug im Jahr 2002 in Nordrhein-Westfalen mehr als ein Fünftel der gesamten Bevölkerung.

Das Thema dieses Berichtes ist die Beschreibung der Lage der Rentnerinnen und Rentner¹⁾. Dieses Thema ist besonders interessant und aktuell, weil die Art der Bürgerinnen und Bürger für das Alter vorzusorgen durch den heutigen Zustand des Rentenversorgungssystems möglicherweise beeinflusst wird.

Zuerst wird die sozioökonomische Situation der Personen mit vorwiegend Lebensunterhalt aus Rente oder Pension im Jahr 2002 geschildert. Es wird dann eine Aufteilung der Personen mit Rentenbezug²⁾ nach Art der Einkünfte dargestellt. Dadurch wird die Tatsache, dass Einkünfte aus mehreren Quellen stammen können, präziser abgebildet. Im Jahr 2002 war die eigene Rente nur für ca. die Hälfte der Rentnerinnen und Rentner die einzige Einkommensquelle. Geschlechtsspezifische Unterschiede werden in Bezug auf die Art und den Umfang der bezogenen Renten und der zusätzlichen Einkünfte festgestellt und beschrieben.

Anschließend wird untersucht, ob die aktuelle Unsicherheit in Bezug auf das Versorgungsniveau im Alter zu einem verstärkten Engagement im Bereich der privaten Altersvorsorge führt. Zu diesem Zweck werden die Daten des Mikrozensus aus dem Jahre 2001 mit den Daten von 1997 verglichen³⁾. Verschiedene Faktoren, die das Bestehen und den Umfang von Lebens- oder Rentenversicherungsverträgen als Altersvorsorge beeinflussen, werden dargestellt. Hierbei hat sich die Höhe des Einkommens als sehr entscheidend erwiesen. Zum Abschluss dieses Berichtes wird der Zusammenhang zwischen dem Bestehen einer betrieblichen Altersvorsorge und der Entscheidung, das Lebensniveau im Alter durch Lebens- oder Rentenversicherungsverträge abzusichern, geschildert.

Methodische Vorbemerkungen

Diesem Bericht liegen die Daten des Mikrozensus 2002, 2001 und 1997 zugrunde. Der Mikrozensus ist eine bundesweite Befragung, die jedes Jahr bei einem Prozent (Auswahlsatz) der Haushalte durchgeführt wird. Zugrunde liegt eine repräsentative Flächenstichprobe der Bevölkerung,

die auf sogenannten „Auswahlbezirken“⁴⁾ basiert. Die Stichprobenergebnisse des Mikrozensus werden für Haushalte und Personen hochgerechnet. Die Hochrechnung erfolgt anhand der Merkmale Geschlecht, Nationalität (deutsch/nicht deutsch) und Anpassungsschicht⁵⁾.

Die aktuelle Rechtsgrundlage für den Mikrozensus, das Mikrozensusge

setz⁶⁾ vom 17. Januar 1996, legt das Erhebungsprogramm bis 2004 fest. Das Erhebungsprogramm des Mikrozensus besteht grundsätzlich aus einem jährlich wiederkehrenden Grundprogramm (mit einem Auswahlsatz von einem Prozent und Auskunftspflicht) und aus vierjährlichen, themenbezogenen Zusatzprogrammen (mit einem Auswahlsatz von ca. 0,5 % – 1 %, zum Teil auch ohne Auskunftspflicht).

Neben allgemeinen demografischen Angaben werden im Grundprogramm Angaben zur Lebenssituation, zum Schulbesuch, zur Beteiligung am Erwerbsleben sowie zum Lebensunterhalt erfragt.

Im April 1997 und im April 2001 wurde das Zusatzprogramm „Private und betriebliche Altersvorsorge“ durchgeführt. Der Auswahlsatz war 0,5 %. Für dieses Zusatzprogramm bestand keine Auskunftspflicht.

Für Auswertungen aus dem Mikrozensus sind folgende Bevölkerungsbegriffe relevant:

Bevölkerung (am Ort der Hauptwohnung):

Dazu gehören alle Personen mit nur einer Wohnung und von den Personen mit mehreren Wohnungen nur die in ihrer vorwiegend genutzten Wohnung. Für Verheiratete, die nicht dauernd getrennt von ihrer Familie leben, gilt die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie als Hauptwohnung. Nicht zur Bevölkerung gehören die Angehörigen der ausländischen Stationierungsstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.

1) bzw. Pensionärinnen und Pensionäre

2) bzw. Pensionsbezug

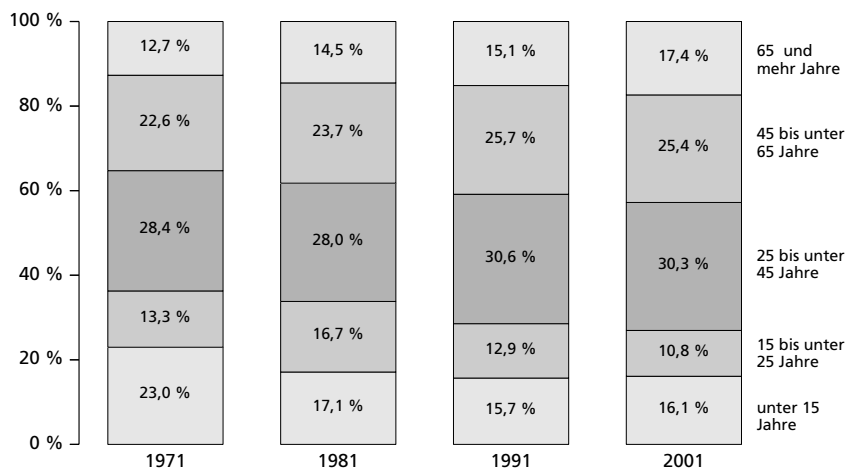
3) Die Befragung nach der privaten Altersvorsorge fand in den Jahren 1997 und 2001, aber nicht in 2002 statt.

4) Straßenabschnitte, die nach einem mathematischen Zufallsverfahren für alle Regionen des Landes ausgewählt worden sind

5) regionenbasierte Schichtung der Auswahlbezirke

6) Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der Haushalte (BGB1. I S. 34)

Abb. 1 Anteil der Bevölkerung*) am 31.12. in den Jahren 1971, 1981, 1991 und 2001 nach Altersgruppen



*) Ergebnisse der Bevölkerungsstatistik

Grafik: LDS NRW

Privathaushalt (oder einfach Haushalt):

Jede zusammenwohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft sowie alle Personen, die allein wohnen und wirtschaften (z. B. Einzeluntermieter). Zum Haushalt können verwandte und familienfremde Personen gehören (z. B. Hauspersonal). Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünfte gelten nicht als Haushalte.

In diesem Bericht wird die Bevölkerung in Privathaushalten am „Ort der Hauptwohnung“ untersucht. Durch diese Bedingung werden eventuelle Doppelzählungen vermieden. Eine Person, die in mehreren Privathaushalten wohnberechtigt ist, könnte sonst mehrmals gezählt werden.

Ein kleiner Anteil der Bevölkerung⁷⁾ wohnt nicht in Privathaushalten, sondern in Gemeinschafts- oder Anstaltsunterkünften (Kinderheime, Altersheime, psychiatrische oder medizinische Anstalten usw.). Auf eine Auswertung der Daten von Rentner(inne)n in Gemeinschaftsunterkünften wurde verzichtet, weil die Qualität dieser Daten beeinträchtigt ist. Diese Personen können oft nicht persönlich befragt werden, z. B. aus gesundheitlichen Gründen, und gerade bei den Einkommensangaben ist die Nonresponse Quote sehr hoch (im Jahr 2001 hatten nur ca. 29 % der Personen in Gemeinschaftsunterkünften Angaben über ihr Einkommen gemacht).

7) im Jahre 2001 ca. 0,9 % der gesamten Bevölkerung

1 Einleitung

Die Altersstruktur der Bevölkerung vieler Industriegesellschaften hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert: Die Bevölkerung ist älter geworden, und der Anteil der Personen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Rente oder Pension beziehen, ist gestiegen. Auch in Nordrhein-Westfalen (siehe Abb. 1) ist der Anteil der Personen im Alter von 65 und mehr Jahren seit Anfang der siebziger Jahre deutlich und kontinuierlich gestiegen⁸⁾, und zwar von 12,7 % auf 17,4 % zwischen 1971 und 2001. Der Anteil der Bevölkerung im Alter von unter 15 Jahren

8) Daten aus der Bevölkerungsstatistik; Statistiken aus dem Mikrozensus mit der hier gewünschten Altersaufteilung lagen nicht vor.

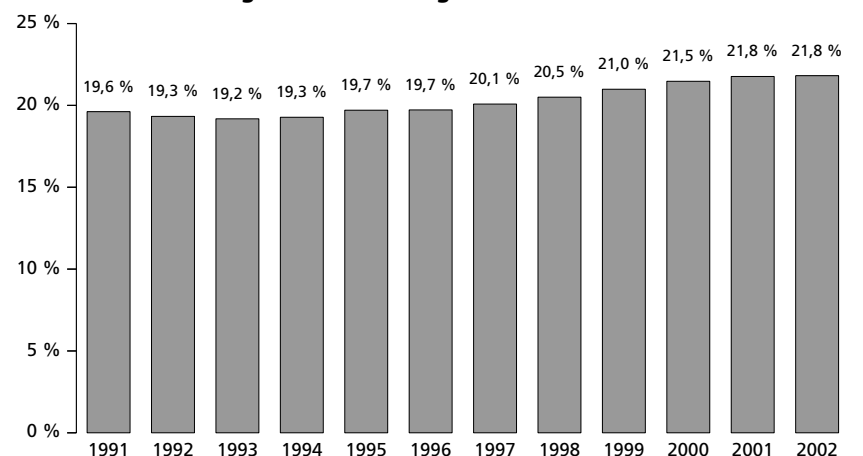
hat sich im gleichen Zeitraum um ca. sieben Prozentpunkte verringert und lag im Dezember 2001 mit 16,1 % unter dem Anteil der Bevölkerung im Rentenalter.

Diese demografischen Veränderungen sowie die zunehmende Frühverrentung sind einige der Gründe, die dazu beigetragen haben, dass der Anteil der Personen, die überwiegend von Renten und Pensionen leben, stieg. Im April 2002 (siehe Abb. 2) lebte bereits 21,8 % der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen vorwiegend von Renten oder Pensionen.

Dadurch hat sich auch das zahlenmäßige Verhältnis von Erwerbstätigen zu Rentner(inne)n zu Ungunsten der Erwerbstätigen entwickelt (vgl. Abb. 3): Bei den Männern kamen im Jahre 1991 noch 3,2 Erwerbstätige auf einen Rentner, im Jahre 2002 nur noch 2,2. Bei den Frauen ist dieses Verhältnis mit 1,4 erwerbstätigen Frauen auf eine Rentnerin noch ungünstiger. Allerdings hat sich diese Relation im Zeitvergleich kaum verändert. Hauptgrund dafür ist die zunehmende Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben, die den gewachsenen Anteil der Frauen im Rentenalter zum Teil kompensiert. Die Erwerbsquote⁹⁾ der Frauen im Alter ab 15 Jahren stieg von 40,5 % im Jahr 1991 auf 45,1 % im Jahr 2002.

9) Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) im Alter zwischen 15 und 65 Jahren an der gleichaltrigen Bevölkerung (Ergebnisse des Mikrozensus)

Abb. 2 Bevölkerungsanteil mit überwiegender Lebensunterhalt aus Rente/Pension Entwicklung 1991 – 2002 – Ergebnisse des Mikrozensus



Grafik: LDS NRW

Diese Daten verdeutlichen die Probleme, die sich sowohl für das Alterssicherungssystem insgesamt als auch für den Einzelnen ergeben. Die demografische Entwicklung mit dem wachsenden Anteil älterer Menschen, die erhöhte Lebenserwartung, der gestiegene Anteil der Personen, die vorwiegend von Altersruhegeld leben sowie das sich quantitativ verschlechternde Verhältnis der Erwerbstätigen (Beitragszahler) zu den Rentner(inne)n führen zu enormen Belastungen des gesetzlichen Rentenversicherungssystems.

Die Suche nach zusätzlichen Möglichkeiten der Altersvorsorge, die Diskussion über die Neustrukturierung des Rentenversicherungssystems und der Wunsch, den eigenen Lebensstandard im Alter aufrecht zu halten, lassen ein verstärktes Engagement der Bürgerinnen und Bürger für ihre Altersvorsorge erwarten. Der Abschluss eines privaten Lebensversicherungsvertrages wird oft als Möglichkeit gesehen, die eigenen Einnahmen im Alter zu erhöhen. Der Impuls in Richtung einer Zunahme der privaten Vorsorge wurde mit der im Januar 2002 in Kraft getretenen Rentenreform (Riester-Rente) öffentlich propagiert¹⁰⁾ und unterstützt.

10) Die Rentenreform wurde z. B. in der Broschüre „Die neue Rente: Solidarität mit Gewinn“ vom damaligen Bundesarbeits- und Sozialminister Riester wie folgt vorgestellt: „... das Herz der Renten-Reform ist der Aufbau einer staatlichen Förderung für Ihre zusätzliche private Altersvorsorge.“

Die Daten aus dem Zusatzprogramm „Private und betriebliche Altersvorsorge“ des Mikrozensus bieten eine gute Grundlage um festzustellen, ob eine stärkere Gewichtung der privaten Altersvorsorge stattgefunden hat. Darüber hinaus ist es möglich, mit den Daten des Grundprogramms die sozioökonomische Lage der heutigen Rentnerinnen und Rentner zu beschreiben.

Im Rahmen dieses Berichtes werden deswegen zwei unterschiedliche Aspekte dargestellt, die Situation der Personen, die schon Rentner/-in sind, und die Auswirkungen der sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre auf die Maßnahmen der Bürger/-innen, für das Alter vorzusorgen.

In Abschnitt 2 wird die sozioökonomische Lage der Rentnerinnen und Rentner beschrieben. Zuerst wird in Abschnitt 2.1 die Situation der Personen mit vorwiegendem Lebensunterhalt aus Rente oder Pension kurz geschildert. Danach wird in Abschnitt 2.2 eine breitere Gruppe von Rentner(inne)n (alle Nichterwerbspersonen mit Rente oder Pension) betrachtet und genauer untersucht. Des Weiteren erfolgt eine Aufteilung der Rentner/-innen nach Art und Umfang der Einkommen. In Abschnitt 3 wird untersucht, wie die Bürger/-innen, die noch nicht in Rente sind, für ihr Leben im Alter vorsorgen. In Abschnitt 3.1 werden das Bestehen von Lebens- oder Rentenversicherungen

und die soziodemografischen und wirtschaftlichen Parameter, die dieses beeinflussen, beschrieben. Thema von Abschnitt 3.2 ist die betriebliche Altersvorsorge und ihr Einfluss auf die private Vorsorge. Zusammenfassung und Ausblick folgen in Abschnitt 4.

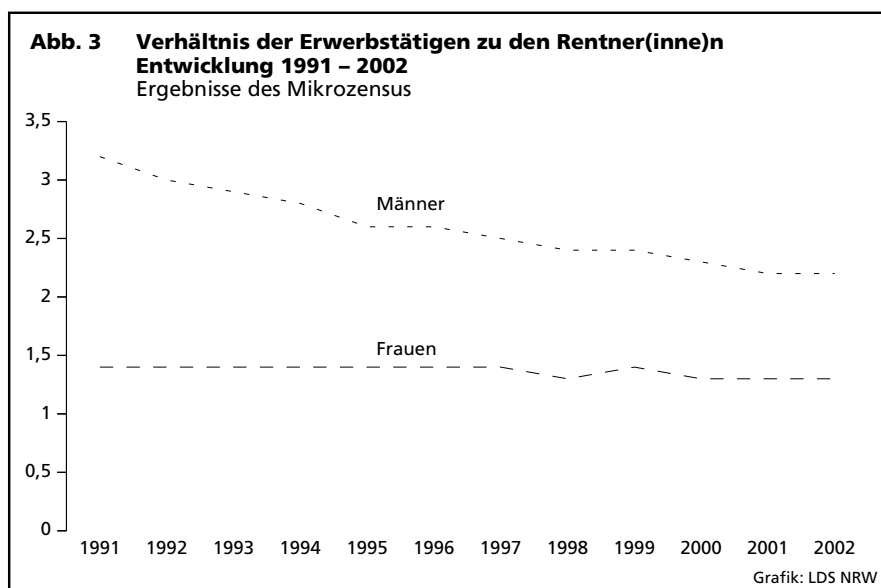
2 Rentner/-in sein: Wer sind die Rentnerinnen und Rentner und wie hoch ist ihr Nettoeinkommen?

Obwohl im Wörterbuch¹¹⁾ eine klare Definition von „Rentner“ gegeben wird – jemand, der eine Rente bezieht –, werden in Artikeln, Berichten und Veröffentlichungen viele, mehr oder weniger voneinander abweichende Definitionen von Rentner(inne)n benutzt. Jede dient einem besonderen Ziel und ist oft von den zur Verfügung stehenden Daten abhängig.

Eine Befragung der gesetzlichen Rentenversicherung¹²⁾ führte z. B. zu Informationen über die Anzahl, Art und Höhe der bezogenen Renten pro Person. In diesem Fall kann, wie im Duden, ein(e) Rentner/-in als eine Person mit Rentenbezug bezeichnet werden. Wenn man aber nur an Altersrenten interessiert ist, betrachtet man gewöhnlich Personen ab einer bestimmten Altersgrenze, z. B. ab 65 Jahren. Bei einem Vergleich mit den Erwerbstätigen kann zwischen Erwerbstätigen ohne Rentenbezug, Rentner(inne)n ohne Erwerbstätigkeit und Mischsituationen unterschieden werden. In der amtlichen Statistik spielt das Konzept vom überwiegenden Lebensunterhalt eine große Rolle, z. B. bei Auswertungen aus dem Mikrozensus. Ein(e) Rentner/-in wird dann definiert als jede Person im Alter von über 15 Jahren, die weder erwerbstätig noch erwerbslos (Nichterwerbsperson) ist und die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Rente oder Pension bestreitet. Ein Vorteil einer solchen Definition

11) Duden, Deutsches Universalwörterbuch, 4., neu bearbeitete und erweiterte Auflage, Dudenverlag, Mannheim.

12) Vgl. z. B. Rentenversicherungsbericht 2002, § 2.3.



ist, dass bei den so definierten Rentner(inne)n die Rente oder Pension die Haupteinnahmequelle ist. Darüber hinaus entsprechen solche Rentner/-innen einem großen Anteil aller Personen, die eine Rente beziehen. In 2002 machten die so definierten Rentner/-innen ca. 94 % aller Nichterwerbspersonen im Alter ab 15 Jahren, die eine Rente beziehen, aus.

Wenn aber im Vordergrund eine tiefere Beschreibung der wirtschaftlichen Lage der Rentner/-innen steht, zeigt sich ein Nachteil dieser Definition. Bei dieser Definition werden Personen mit Rentenbezug, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus anderen Quellen (z. B. Wohngeld, Sozialhilfe, Vermögen oder Vermietung) bestreiten, nicht berücksichtigt. Insbesondere bei niedrigeren Renten ist die Rente oder Pension nicht immer die Haupteinkommensquelle.

In den nächsten Abschnitten wird zuerst eine allgemeine Beschreibung der Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Rente bzw. Pension vorgelegt. Danach wird die Lage aller Nichterwerbspersonen mit Rente bzw. Pension im Detail dargestellt. Für diese Personen erfolgt eine Darstellung der wirtschaftlichen Lage aufgrund verschiedener Einkommensquellen (eigene Rente, Transferleistungen, Vermögen usw.). Dadurch wird insbesondere eine eindeutigere Zuordnung des monatlichen Einkommens zu den Einkommensquellen gewährleistet.

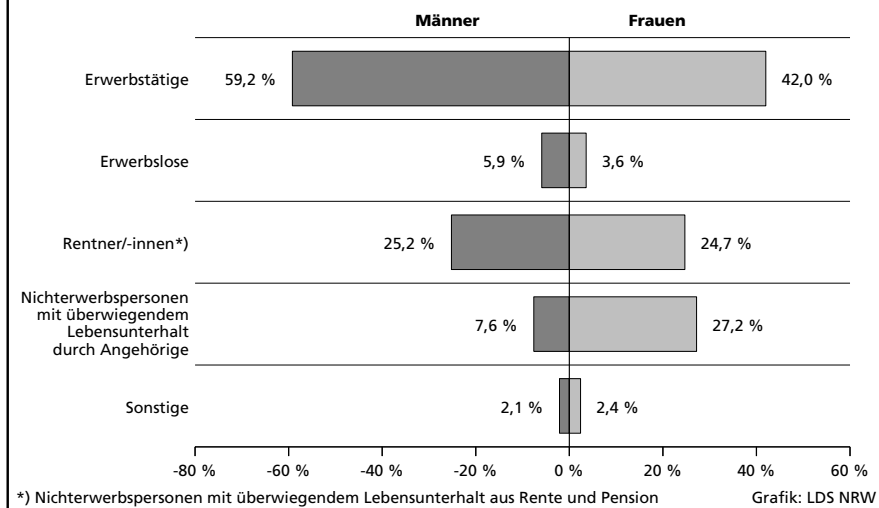
2.1 Rentner/-innen als Nichterwerbspersonen mit vorwiegendem Lebensunterhalt aus Rente oder Pension

Als Rentner/-in wird hier jede Person im Alter ab 15 Jahren bezeichnet, die weder erwerbstätig noch erwerbslos ist (Nichterwerbsperson) und ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Rente oder Pension bestreitet.

Im April 2002 bestand die Bevölkerung¹³⁾ in Privathaushalten in Nordrhein-Westfalen aus 17,9 Mill. Perso-

13) hochgerechnete Ergebnisse

Abb. 4 Bevölkerung im Alter ab 15 Jahren im April 2002 nach Geschlecht und Einkommensquellen



nen, darunter waren 2,8 Mill. Kinder und Jugendliche im Alter von unter 15 Jahren. Es gab 3,77 Mill. Rentner/-innen, davon 1,93 Mill. Frauen und 1,84 Mill. Männer. Damit lag der Anteil der Rentner/-innen insgesamt bei einem knappen Viertel (24,9 %) der Bevölkerung im Alter von über 15 Jahren.

In Abb. 4 sind die Rentner/-innen gegenüber den Gruppen der Erwerbstätigen, der Erwerbslosen und der Nichterwerbspersonen¹⁴⁾ mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige dargestellt. Unter Sonstige werden alle Personen, die nicht unter die oben genannten Kategorien fallen, wie z. B. Nichterwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt aus BAföG oder Stipendien, zusammengefasst.

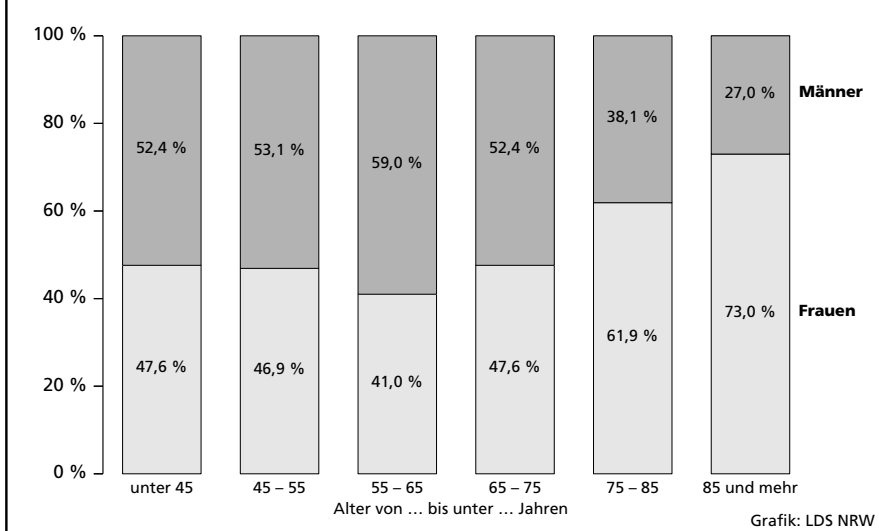
14) Personen im Alter von über 15 Jahren, die weder erwerbstätig noch erwerbslos sind

sonen mit überwiegendem Lebensunterhalt aus BAföG oder Stipendien, zusammengefasst.

Im Jahr 2002 waren ca. 2,78 Mill. Rentner/-innen im Alter von 65 und mehr Jahren, was einem Anteil von 73,8 % der Rentner/-innen insgesamt entsprach. Der Anteil der Rentner/-innen im Alter zwischen 55 und 65 Jahren lag, vor allem aufgrund des vorzeitigen Ausscheidens aus dem Berufsleben (Vorruhestandregelungen), bei 22,4 %.

Der Anteil der Rentnerinnen steigt deutlich mit dem Alter (siehe Abb. 5): Knapp 62 % der Rentnerinnen und Rentner im Alter zwischen 75 und 85 Jahren waren Frauen. Bei den über 85-Jährigen lag der Anteil der Rentnerinnen sogar bei 73 %, was

Abb. 5 Geschlechtsverhältnis bei den Rentner(inne)n je Altergruppe



auf die höhere Lebenserwartung der Frauen zurückzuführen ist¹⁵⁾.

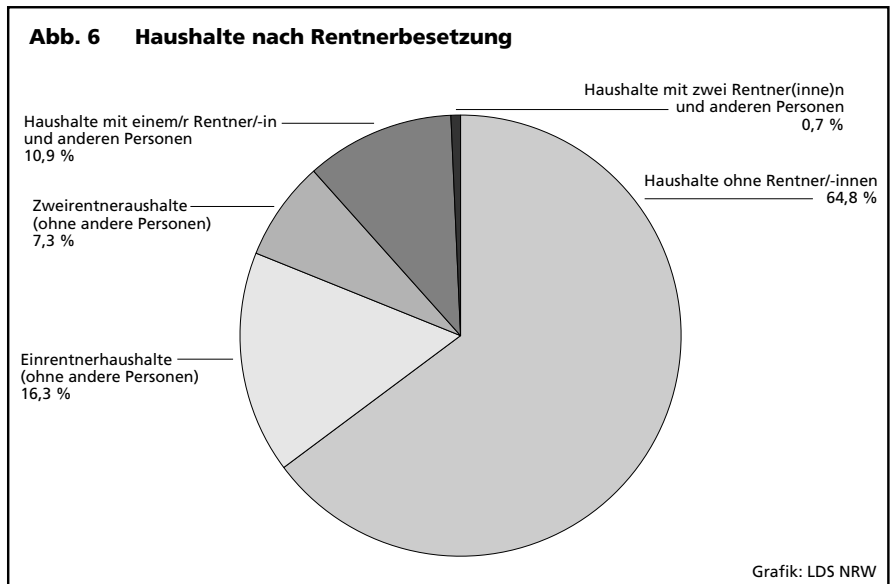
Mehr als ein Drittel der Rentner/-innen (36 %) lebte allein. Auch hier zeigen sich allerdings deutlich geschlechtsspezifische Unterschiede, die zum Teil durch die höhere Lebenserwartung der Frauen verursacht sind. Jede zweite Rentnerin wohnte im Jahre 2002 allein, aber nur jeder sechste Rentner. Die alleinlebenden Rentnerinnen waren zu 78,8 % verwitwet und ihr durchschnittliches Alter lag mit 75 Jahren fünf Jahre über dem entsprechenden Alter eines allein lebenden Rentners. Der Anteil der verwitweteten Männer unter den allein lebenden Rentnern betrug nur 52 %.

In Abb. 6 sind die Haushalte nach Besetzung mit oder ohne Rentner/-in und zusätzlich nach Anzahl der Rentner/-innen abgebildet. In 64,8 % aller Haushalte lebte kein(e) Rentner/-in. Unterschieden wurde zwischen Haushalten mit ausschließlich Rentner(inne)n und Haushalten mit Rentner(inne)n und anderen Personen.

Der Anteil der Einrentnerhaushalte, d. h. der Einpersonenhaushalte mit einer Rentnerin bzw. einem Rentner, betrug 16,3 % aller 8,32 Mill. Haushalte in Nordrhein-Westfalen. Die Zweirentnerhaushalte entsprachen 7,3 % der Haushalte. Die Zweirentnerhaushalte sind zum großen Teil Haushalte mit Rentnerhepaaren: 90,4 % ihrer Mitglieder sind verheiratete Rentner/-innen.

Abb. 7 zeigt einen Vergleich der Verteilung des monatlichen Nettoeinkommens der Rentner/-innen mit dem Nettoeinkommen der Erwerbstätigen und der Erwerbslosen. Ein Drittel der Rentner/-innen verfügte über ein Nettoeinkommen unter 900 Euro. Der Anteil der Erwerbstätigen in der gleichen Klasse lag bei nur einem Viertel, der von Erwerbslosen bei 73,3 %. Das Einkommen von 17,1 % der Rentner/-innen lag über 1700 Euro.

15) Bei dieser Altersklasse spielen auch die Kriegseffekte noch eine bedeutende Rolle (höhere Mortalitätsrate bei den Männern).



Die Daten in Abb. 8 geben einen Überblick über die bestehenden Einkommensunterschiede zwischen Rentnerinnen und Rentnern. Diese deutlichen Unterschiede sind auf verschiedene, oft zusammenhängende Ursachen zurückzuführen. Frauen arbeiten aus familienpolitischen Gründen häufig „weniger“ als Männer, zum Teil weil sie mit einer geringen wöchentlichen Stundenzahl erwerbstätig sind, zum Teil wegen der Elternzeit. Darüber hinaus gehören Frauen im Rentenalter zu einer Generation mit einer niedrigeren

Frauenerwerbsquote. Hinzu kommen die oft bestehenden geschlechtsspezifischen Verdienstunterschiede.

Mehr als ein Viertel der Rentner hatte ein monatliches Nettoeinkommen von 1700 und mehr Euro. Der Anteil der Rentnerinnen mit einem solchen Einkommen lag bei nur 9 %. Knapp jede fünfte Frau (19 %) hatte weniger als 500 Euro monatlich zur Verfügung. Der vergleichbare Männeranteil lag dagegen bei 2,4 %.

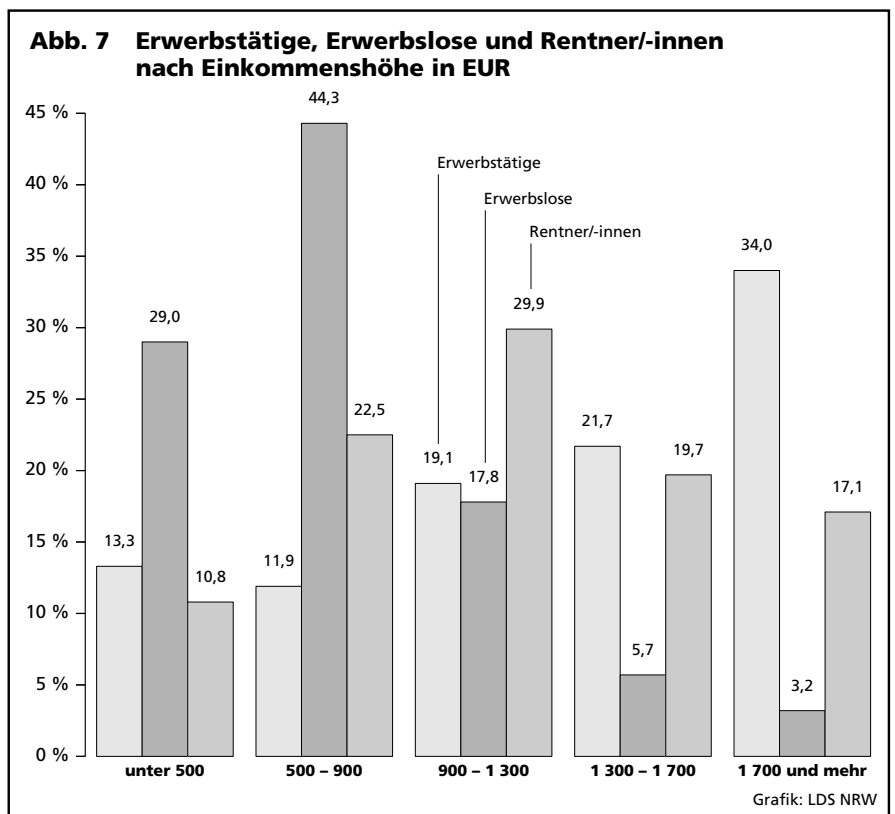
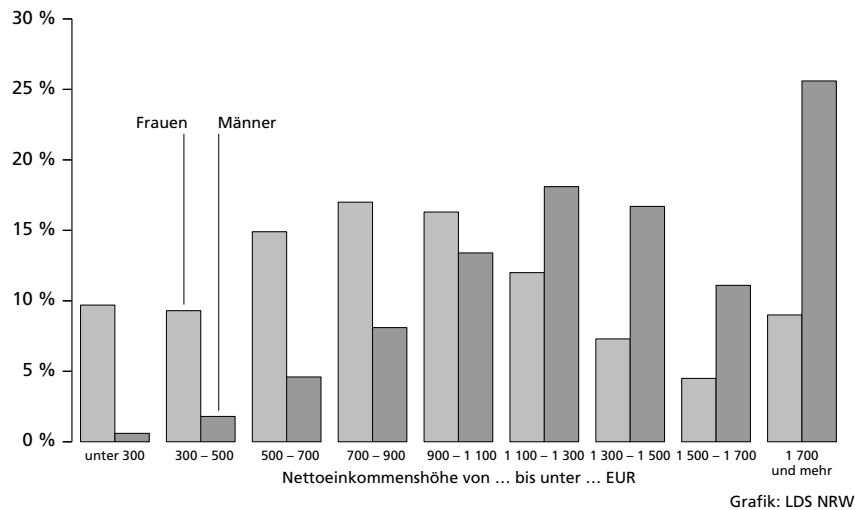


Abb. 8 Rentnerinnen und Rentner nach Einkommenshöhe



Ein alleinlebender Rentner verfügt durchschnittlich über ein monatliches Nettoeinkommen zwischen 1 100 und 1 300 Euro, während eine alleinlebende Rentnerin monatlich mit einem Einkommen zwischen 900 und 1 100 Euro auskommen muss. Rentner/-innen, die in einem Zweirentnerhaushalt wohnen, haben zusammen monatlich zwischen 1 700 und 2 000 Euro zur Verfügung, um ihren Haushalt zu führen.

Im Rentenversicherungsbericht 2002 der Bundesregierung wurden ähnliche Zahlen veröffentlicht¹⁶⁾. Laut diesem Bericht verfügten in den alten Bundesländern Ehepaare im Durchschnitt über ein monatliches Nettoeinkommen von 1 997 Euro, alleinstehende Männer über 1 391 Euro und alleinstehende Frauen über 1 115 Euro je Monat. Diese Werte beziehen sich auf das Jahr 1999 und auf Personen im Alter ab 65 Jahren, aber nicht ausschließlich auf Rentner/-innen. Deswegen sind sie mit den hier veröffentlichten Ergebnissen des Mikrozensus 2002 nur bedingt vergleichbar. Es ist trotzdem festzustellen, dass die beiden Ergebnisse eine hohe Ähnlichkeit zeigen.

Ca. 2,2 % aller Rentner/-innen bekamen Wohngeld, 2,4 % Pflegegeld. Sehr klein war mit 0,7 % der Anteil der Rentnerinnen und Rentner, die Leistungen aus einer Lebensversicherung bezogen. Es ist zu vermuten,

dass die Unsicherheit in Bezug auf das Versorgungsniveau im Alter und die Notwendigkeit, sich persönlich dafür zu engagieren, bis vor einigen Jahren nicht so besonders verbreitet waren.

Der Anteil der Rentner/-innen, die Sozialhilfe bezogen, lag bei knapp 0,7 %. Dieser Wert ist auch aufgrund der hier angewandten Definition von Rentner/-innen so niedrig. Bei den Bürgerinnen und Bürgern mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Rente oder Pension werden nicht alle Rentenbezieher/-innen einbezogen, am wenigsten die mit sehr niedrigen Renten. Personen mit so niedrigen Renten, dass deren vorwiegender Lebensunterhalt aus Sozialhilfe besteht, werden in dieser Definition nicht als Rentner/-in berücksichtigt. Darüber

hinaus ist zu beachten, dass alle Informationen über das Nettoeinkommen der oben definierten Rentner/-innen keine eindeutige Aussage über die Höhe der bezogenen Renten erlauben. Die bezogene Rente ist die vorwiegende Lebensunterhaltsquelle, aber nicht immer die einzige Einkommensquelle. Im nächsten Abschnitt werden deswegen die Daten des Mikrozensus aus einer neuen, einkommensquellenbezogenen Perspektive ausgewertet.

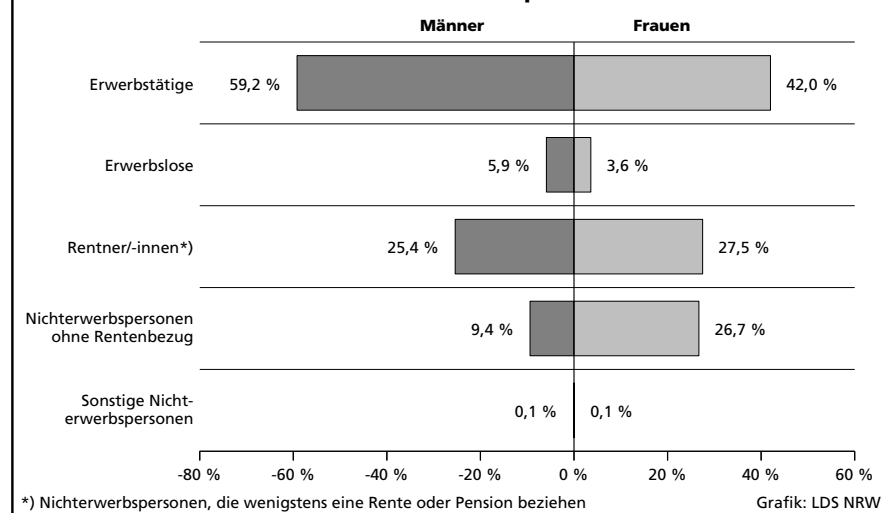
2.2 Rentner/-innen als Nichterwerbspersonen mit Rente oder Pension

Als Rentner/-in wird im Folgenden jede Person im Alter ab 15 Jahren bezeichnet, die weder erwerbstätig noch erwerbslos ist (Nichterwerbsperson) und mindestens eine Rente oder eine Pension bezieht.

Der Unterschied zwischen dieser Definition und der im vorherigen Abschnitt liegt darin, dass es hier nicht entscheidend ist, ob die Rente¹⁷⁾ die vorwiegende Lebensunterhaltsquelle ist. Entscheidend ist nur der Rentenbezug und nicht, inwieweit die bezogene Rente zum Lebensunterhalt beiträgt. In der neudefinierten Gruppe von Rentner(inne)n sind deswegen alle Personen mit eingeschlossen, die auch gemäß der alten Definition Rentner/-in waren.

17) bzw. Pension

Abb. 9 Bevölkerung im Alter ab 15 Jahren im April 2002 nach Geschlecht und Einkommensquellen



16) Rentenversicherungsbericht 2002, § 3.3.

Die neue Definition eignet sich besser, die Realität der verschiedenen Einkommensquellen bei den Rentner(inne)n zu beschreiben. Bei vielen Personen ist die Rente tatsächlich nur eine Quelle des Einkommens, weil sie außerdem Einkommen aus Transferleistungen (Wohngeld, Sozialhilfe usw.), Betriebsrenten, Vermietung, Verpachtung oder Lebensversicherung beziehen. Die Rente ist insbesondere bei niedrigeren Renten nicht immer die Hauptquelle des Einkommens. Personen mit solchen niedrigen Renten sind jedoch hier aufgrund der neuen Definition als Rentner/-in erfasst worden und können entsprechend berücksichtigt werden.

Ähnlich zur Darstellung in Abb. 4 wurden in Abb. 9 den Rentner(inne)n die Gruppen der Erwerbstätigen, der Erwerbslosen und der Nichterwerbspersonen ohne Rentenbezug gegenübergestellt. Die Anteile der Erwerbstätigen und der Erwerbslosen sind gleich geblieben. Der Anteil der Rentnerinnen¹⁸⁾ ist wie erwartet größer geworden, weil die neue Definition von Rentner(inne)n einen größeren Personenkreis als zuvor umfasst.

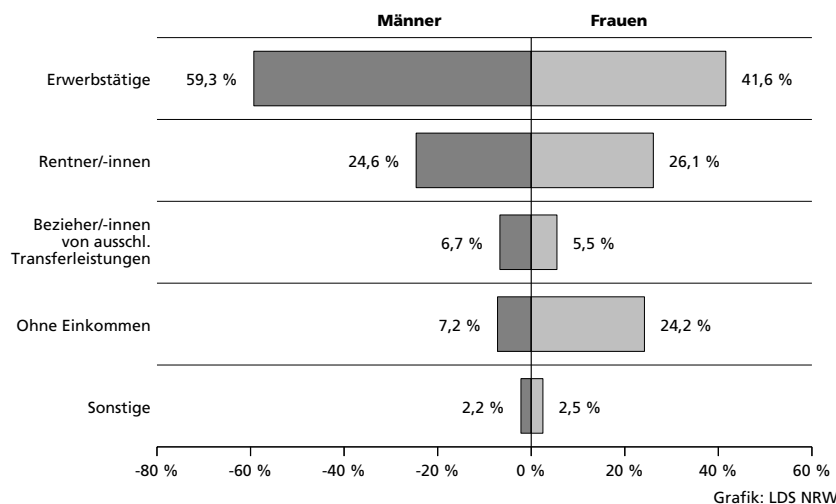
Die Bevölkerung im Alter ab 15 Jahren mit Einkommensangaben ist in Abb. 10 nach Geschlecht und Einkommensart abgebildet. Hier wurden die Rentner/-innen¹⁹⁾ mit folgenden Vergleichsgruppen dargestellt: Erwerbstätige, Bezieher/-innen ausschließlich von Transferleistungen wie Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, und Personen ohne Einkommen. Personen, die nicht unter diese Kategorien fielen, wie Nichterwerbspersonen mit Einkommen aus Vermögen, wurden unter „Sonstige“ zusammengefasst.

Insgesamt lag der Anteil der Rentner/-innen bei 25,6 %, bezogen auf die Bevölkerung im Alter ab 15 Jahren mit Einkommensangaben. Dem standen 50,1 % Erwerbstätige gegenüber. Der Anteil der Bezieher/-innen von Sozialeinkommen belief sich insgesamt auf 6 %.

18) Die niedrigeren Renten werden hauptsächlich von Frauen bezogen.

19) Kleine Abweichungen zwischen Abb. 9 und Abb. 10 in den Anteilen der Rentner/-innen und Erwerbstätigen sind auf die unterschiedlichen Grundgesamtheiten zurück zu führen. In Abb. 9 handelte es sich um Bevölkerung im Alter ab 15 Jahren, hier um die Bevölkerung im Alter ab 15 Jahren, die Einkommensangaben gemacht hat

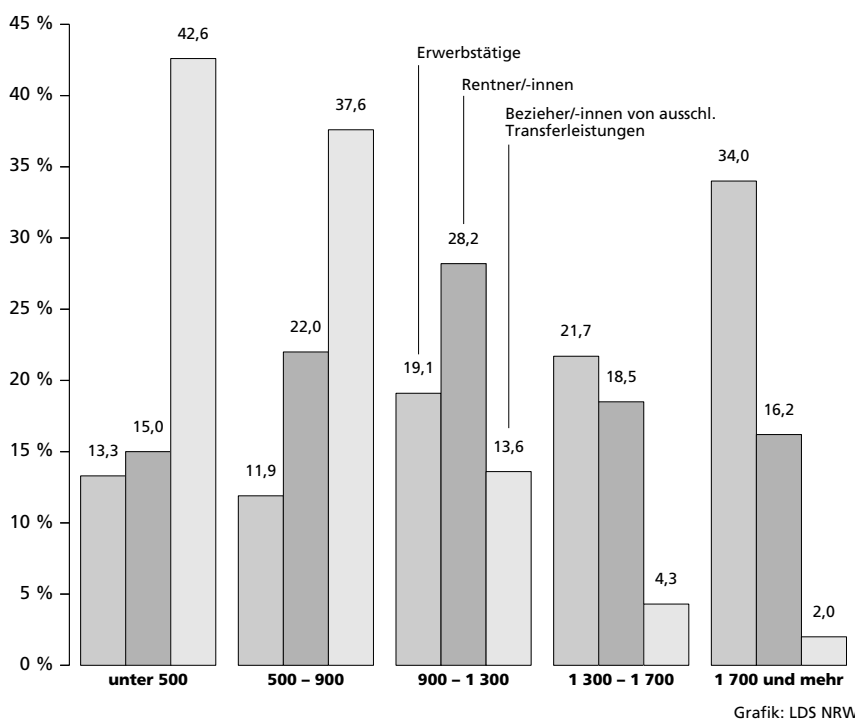
Abb. 10 Bevölkerung im Alter ab 15 Jahren nach Geschlecht und Einkommensquellen



Auffällig sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den Erwerbstätigen und bei den Personen ohne Einkommen. Bei den Erwerbstätigen bestand, trotz der gestiegenen Erwerbsbeteiligung der Frauen, immer noch ein Unterschied von fast 18 Prozentpunkten zwischen Frauen und Männern. Ebenfalls unterschiedlich war der Anteil der Personen ohne Einkommen. Fast jede vierte Frau verfügte über kein eigenes Einkommen. Bei den Männern waren dies nur 7,2 %. Der Anteil weiblicher (26,1 %) und männlicher (24,6 %) Rentner war nahezu gleich.

Aus der Abb. 11 ergibt sich ein Vergleich des monatlichen Nettoeinkommens der Rentner/-innen mit dem Nettoeinkommen der Erwerbstätigen und der Bezieher/-innen von ausschließlich Transferleistungen. Der Anteil der Rentnerinnen und Rentner mit einem Nettoeinkommen unter 500 Euro lag bei 15 %, der der Erwerbstätigen in der gleichen Klasse bei 13,3 % und der von Bezieher(inne)n von Transferleistungen schon bei 42,6 %. Nur 16,2 % der Rentner/-innen hatte ein Einkommen über 1700 Euro.

Abb. 11 Erwerbstätige, Rentner/-innen und Bezieher/-innen von aussch. Transferleistungen nach Einkommenshöhe



Um genauere Informationen über die wirtschaftliche Lage der Rentner/-innen zu gewinnen, wurden sie nach dem Bezug verschiedener Rentenarten und zusätzlicher Einkünfte in folgende Gruppen aufgeteilt:

- Rentnerinnen und Rentner mit
- ausschließlich eigener Rente,
 - ausschließlich Hinterbliebenenrente,
 - eigener und Hinterbliebenenrente,
 - Rente und Transferleistungen²⁰⁾,
 - Rente und anderen Einkommen²¹⁾,
 - sonstigem Einkommen

Anhand dieser Aufteilung lassen sich bei jedem die einzelnen „Einkommensbausteine“ erkennen. Es kann z. B. unterschieden werden zwischen Einkommen nur aus Rente oder aus Rente und anderen Einnahmequellen.

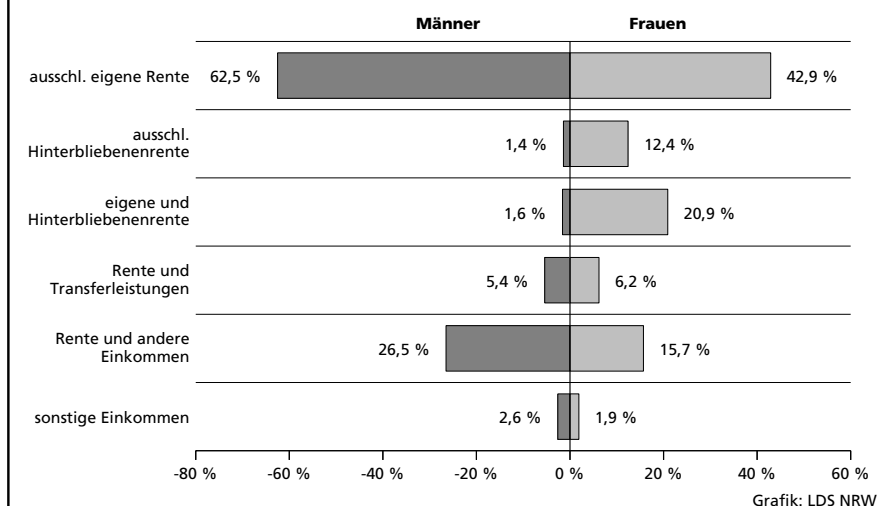
Innerhalb der verschiedenen Gruppen bestanden erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede (vgl. Abb. 12). Bei den Rentnern lebten 62,5 % von der eigenen Rente oder Pension, ein gutes Viertel bezog zusätzlich zur Rente ein Einkommen aus Vermögen, Vermietung, Betriebsrente oder Altenteil. Dagegen lebte nur 42,9 % der Rentnerinnen ausschließlich von der eigenen Rente. Der Anteil der Frauen mit Hinterbliebenenrente war vergleichsweise hoch, da Frauen eine höhere Lebenserwartung als Männer haben und deshalb häufiger ihre Männer überleben als umgekehrt. 12,4 % der Frauen lebten ausschließlich von Hinterbliebenenrente, weitere 20,9 % bezogen zusätzlich zur Hinterbliebenenrente eine eigene Rente. Der Anteil von Rentner(inne)n mit Transferleistungen lag insgesamt bei 5,8 %.

Geschlechtsbedingte Unterschiede sind beim persönlichen Nettoeinkommen in fast allen betrachteten Rentnergruppen festzustellen. Das (monatliche) Nettoeinkommen ergibt sich im Mikrozensus aus dem Brutto-

20) Unter „Transferleistungen“ sind Wohngeld, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld/Arbeitslosenhilfe, Stipendien, Pflegegeld und sonstige öffentliche Zahlungen einschließlich Kindergeld zu verstehen.

21) Unter „andere Einkommen“ sind Betriebsrente, Altenteil, Leistungen aus einer Lebensversicherung, Einkommen aus Vermögen, Vermietung oder Verpachtung und private Unterstützungen zu verstehen.

Abb. 12 Rentnerinnen und Rentner nach Einkommensart



einkommen im Erhebungsmonat abzüglich Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen²²⁾. Innerhalb jeder betrachteten Bevölkerungsgruppe wurde für den Vergleich der Einkommenslage der Median des monatlichen Nettoeinkommens berechnet. Der Median oder Zentralwert ist derjenige Wert in der nach der Größe der Einzelwerte geordneten Reihe, der die Reihe halbiert²³⁾. Hier sind die Einzelwerte die monatlichen Nettoeinkommen der Personen in der betrachteten Gruppe. Der Median gibt ein zutreffendes Bild: Er besagt, dass

jeweils die Hälfte der Personen in der betrachteten Gruppe ein Einkommen unter bzw. über diesem Wert bezog²⁴⁾.

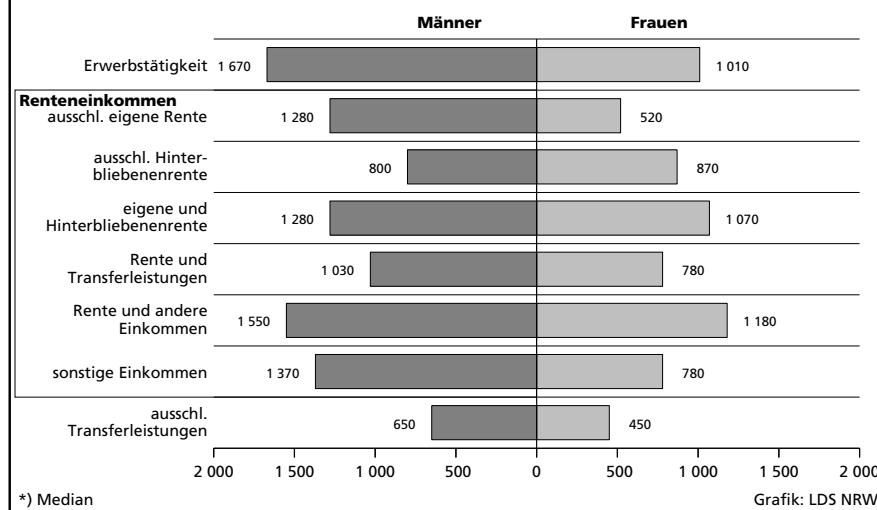
Die Medianwerte für die Rentnergruppen sind in Abb. 13 gegenüber denen für die Erwerbstätigen und die Bezieher von Transferleistungen dargestellt. Die Männer hatten fast in allen Gruppen ein deutlich höheres Einkommen als Frauen. Hierbei spielen die unterschiedliche Teilnahme der Geschlechter am Berufsleben und die geschlechtsspezifischen Ver-

22) Diese Angabe wird nicht offen, sondern verschlüsselt erfragt. Die Befragten werden gebeten aus vierundzwanzig vorgegebenen Einkommensklassen diejenige, in die ihr Nettoeinkommen fällt, anzugeben. Bei selbständigen Landwirten und mithelfenden Familienangehörigen wird das Nettoeinkommen nicht erfragt.

23) Vgl. L. Sachs, Angewandte Statistik: Anwendung statistischer Methoden, 9. Aufl. Springer-Verlag, S. 154.

24) Die Häufigkeitsverteilungen der Einkommen sind positiv schiefe Verteilungen, was dazu führt, dass der anhand des arithmetischen Mittels berechnete Durchschnittsverdienst viel zu hoch liegt. Bei solchen asymmetrischen Verteilungen ist der Medianwert im Gegensatz zum arithmetischen Mittelwert robust (vgl. L. Sachs, Angewandte Statistik: Anwendung statistischer Methoden, 9. Aufl. Springer-Verlag, S. 154 – 155).

Abb. 13 Monatliches Nettoeinkommen*) in EUR nach Einkommensarten und nach Geschlecht der Bezieher



dienstunterschiede eine große Rolle. Die niedrigeren Erwerbseinkommen der Frauen und das oft nicht kontinuierliche Erwerbsleben führen auch zu niedrigeren eigenen Renten. Frauen, die von ihrer eigenen Rente lebten, verfügten im Durchschnitt über ein Einkommen, das nur 40,6 % eines Mannes in der gleichen Situation betrug. Bei den Erwerbstätigen war dieser Unterschied kleiner: Das Einkommen erwerbstätiger Frauen betrug 60,5 % dessen der erwerbstätigen Männer. Frauen mit Hinterbliebenenrente schnitten insgesamt deutlich besser ab als Frauen mit nur eigener Rente, auch gegenüber den Männern. Besser war die wirtschaftliche Lage von Rentnerinnen mit zusätzlichen Einkommen wie Vermögen oder Vermietung. In diesem Fall wiesen Frauen mit 1 180 EUR ein Einkommensniveau von 76 % dessen eines Mannes auf. Das Einkommensniveau der Frauen blieb aber immer deutlich unter demjenigen der Männer.

Auch gegenüber Erwerbstätigen schnitten Rentner besser als Rentnerinnen ab. Das Einkommen eines Rentners mit ausschl. eigener Rente war knapp ein Viertel geringer als das eines Erwerbstätigen. Das Einkommen einer Rentnerin machte dagegen nur 51,5 % desjenigen einer erwerbstätigen Frau aus.

Frauen mit Rente und Transferleistungen wiesen ein höheres Einkommen als Frauen mit ausschließlich eigener Rente auf. Das liegt zum Teil daran, dass unter Transferleistungen auch Leistungen, die nicht vom Einkommen abhängig sind, wie z. B. Pflegegeld, erfasst wurden.

Insgesamt war die finanzielle Lage der Rentner deutlich besser als die der Rentnerinnen, sowohl in den einzelnen Rentnergruppen als auch in Relation zu den jeweiligen Erwerbseinkommen. Da aber der Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen bei den Erwerbstätigen weniger groß war als bei den Rentner(inne)n, kann man vermuten, dass in den nächsten Jahren Rentnerinnen nicht mehr ganz so schlecht im Vergleich zu den Rentnern abschneiden werden.

3 Rentner/-in werden: Was tun wir für unsere Altersvorsorge?

Das Zusatzprogramm „Private und betriebliche Altersvorsorge“ des Mikrozensus wurde mit einem Auswahl-satz von 0,5 % im April 1997 und April 2001 zusätzlich zum Grundprogramm durchgeführt. Die Daten, die hier zugrunde liegen, sind die der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung (kurz Bevölkerung) aus den Unterstichproben von 1997 und 2001. Für die Daten aus der Unterstichprobe erfolgt eine Hochrechnung ähnlich der für die aus der Gesamtstichprobe.

Kern des Zusatzprogramms „Private und betriebliche Altersvorsorge“ waren zwei Fragen. In der ersten wurde nach dem Bestehen und der Art einer betrieblichen Altersversorgung gefragt. Zum zweiten wurde gefragt, ob private Lebens- oder Rentenversicherungen als Altersvorsorge – und wenn ja, mit welcher Gesamtversicherungssumme – abgeschlossen wurden.

Beide Fragen wurden allen Personen im Alter ab 15 Jahren, die keine (Voll)-Rente aus Altersgründen bezogen, gestellt. Für die Frage nach der betrieblichen Altersvorsorge bestand Auskunftspflicht, während die Beantwortung der Frage über die private Lebensversicherung freiwillig war. Insbesondere die Angaben über die private Lebensversicherung geben

Auskunft über die Auseinandersetzung der Bürgerinnen und Bürger mit der Erwartung einer Verringerung des gewohnten Lebensstandards im Alter.

3.1 Lebens- und Rentenversicherungen als private Altersvorsorge

Im Jahr 2001 hatten 27,9 % der Bürgerinnen und Bürger²⁵⁾ in NRW bereits Lebens- oder Rentenversicherungen als Altersvorsorge. Dieser Anteil blieb fast unverändert gegenüber 1997 (im Jahr 1997 betrug der Anteil der Bürger/-innen²⁶⁾ mit Lebens- oder Rentenversicherungen 28,1 %). Ca. jeder dritte Mann hatte in beiden Jahren eine solche Versicherung, aber weniger als jede vierte Frau²⁷⁾ (siehe Abb. 14).

Allgemein sind zwischen den Jahren 1997 und 2001 kaum bedeutsame Veränderungen beobachtet worden. Gründe dafür sind möglicherweise die relativ kurze Zeit zwischen beiden

25) 10,4 Mill. (hochgerechnete Ergebnisse) Bürger/-innen machten Angaben über die private Lebensversicherung, 2,9 Mill. davon hatten Lebens- oder Rentenversicherungen.

26) Im Jahr 1997 hatten von 11,33 Mill. Bürger/-innen 3,18 Mill. Lebensversicherungen bzw. Rentenversicherungen.

27) Um die Einstellung der Frauen zu ihrer Altersvorsorge besser schildern zu können, wären Daten über die subjektive Wahrnehmung der Frauen in diesem Bereich wichtig. Laut einer Studie des Deutschen Institutes für Altersvorsorge – Frauen und Altersvorsorge II, Wunsch und Wirklichkeit, Köln, Oktober 2001 – überschätzen über zwei Drittel der Frauen ihre Rentenansprüche oder verlassen sich auf die durch den Mann erworbenen Ansprüche.

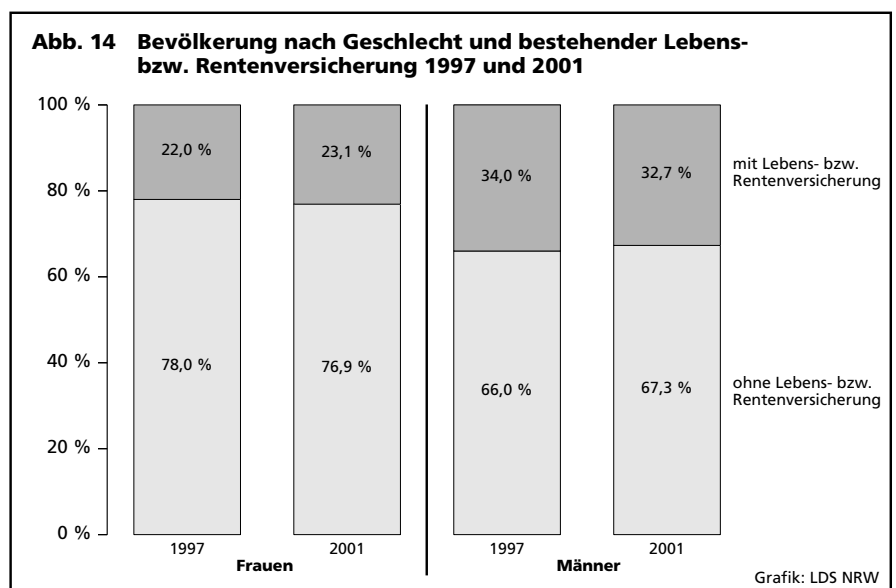
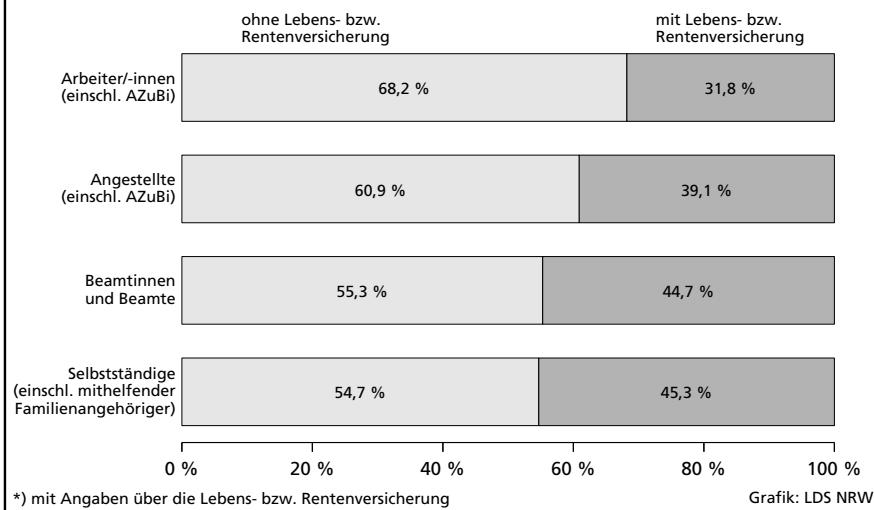


Abb. 15 Erwerbstätige im April 2001*) nach Stellung im Beruf und bestehender Lebens- und privater Rentenversicherung



Befragungen sowie die zum Zeitpunkt der zweiten Befragung noch nicht in Kraft getretene Rentenreform. Diese Reform mit dem Impuls zur privaten Altersvorsorge ist zum 1. Januar 2002 in Kraft getreten. Die Faktoren, die eine Entscheidung für eine Lebens- oder Rentenversicherung beeinflussen, wie die eigene Erwerbstätigkeit, das Einkommen oder der Familienstand, bleiben trotzdem weiterhin gültig. Es folgt deswegen eine allgemeine Beschreibung solcher Faktoren für das Jahr 2001. Wenn Abweichungen gegenüber 1997 festgestellt worden sind, wird darauf ausdrücklich hingewiesen.

Die Entscheidung für den Abschluss eines Lebens- bzw. Rentenversicherungsvertrages als Altersvorsorge hängt sehr stark von der eigenen Erwerbstätigkeit sowie von der Stellung im Beruf und vom Nettoeinkommen ab. Der Anteil der Erwerbstätigen mit Lebensversicherung lag mit 37,8 % im Jahr 2001 fast zehn Prozentpunkte über dem Anteil in der gesamten Bevölkerung. Die Erwerbslosen und die Nichtserwerbspersonen lagen dagegen mit 13,4 % und 10,9 % weit unter dem Durchschnitt. Bei den Erwerbstätigen waren es insbesondere Selbstständige (45,3 %) und Beamtinnen und Beamte (44,7 %), die einen Lebens- bzw. Rentenversicherungsvertrag abgeschlossen hatten (vgl. Abb. 15). Bei diesen zwei Gruppen sind die Gründe für den Abschluss eines solchen Vertrages ziemlich unterschiedlich. Die

Selbstständigen können damit ihren Lebensstandard im Alter sichern, eine Vorsorge für die Hinterbliebenen gewährleisten und auch das eigene Unternehmen absichern²⁸⁾.

Der Anteil der Personen mit Lebens- bzw. Rentenversicherung steigt auch mit dem monatlichen Nettoeinkommen deutlich an. Während nur 18,8 % mit einem Einkommen unter 716 Euro²⁹⁾ einen solchen Vertrag hatten, hatte mehr als die Hälfte aller Personen mit einem Einkommen zwi-

28) In der gestellten Frage hätten nur die Lebensversicherungen, die tatsächlich zur Altersvorsorge abgeschlossen wurden, angegeben werden müssen. Da aber oft unterschiedliche Überlegungen dazu führen, einen solchen Vertrag abzuschließen, kann man insbesondere bei den Selbstständigen vermuten, dass sie das eigene Unternehmen damit absichern wollten.

29) Die Angaben wurden in DM gemacht und sind hier in Euro umgerechnet.

schen 2 045 und 3 068 Euro ihre Altersvorsorge damit abgesichert. Der Familienstand ist auch ein wichtiger Einflussparameter, insbesondere im Zusammenhang mit dem monatlichen Einkommen. Verheiratete wiesen den höchsten Anteil abgeschlossener Verträge nicht nur insgesamt (32,5 %), sondern auch innerhalb jeder Einkommensklasse auf.

In Abb. 16 sind die Anteile der Bürger/-innen mit Lebens- bzw. Rentenversicherungsverträgen innerhalb verschiedener Einkommensklassen insgesamt und bei den Ledigen und den Verheirateten dargestellt. Die Anteile bei den Verheirateten lagen fast immer über denen der Ledigen. Das lässt sich mit dem Wunsch erklären, die eigene Familie besser abzusichern. Sogar Verheiratete mit niedrigeren Einkommen waren bereit, einen Teil ihres Einkommens dafür zu investieren. Schon jeder vierte Verheiratete mit einem Einkommen unter 716 Euro hatte eine Lebensversicherung.

Darüber hinaus wurde festgestellt, dass auch der Haushaltstyp ein wichtiger Faktor für eine Lebens- oder private Rentenversicherung ist. Die Haushalte wurden in folgende Klassen aufgeteilt:

- Einpersonenhaushalte,
- Paare ohne Kinder (und ohne weitere Personen im Haushalt),
- allein Erziehende mit minderjährigen Kindern (und ohne weitere Personen im Haushalt),

Abb. 16 Bevölkerung im Jahr 2001 mit Lebens- bzw. Rentenversicherung nach Einkommensklassen und Familienstand

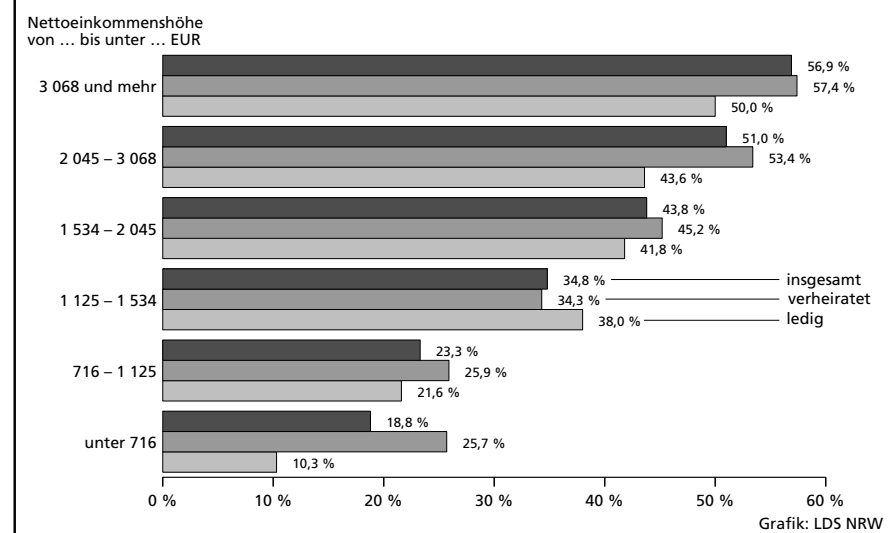
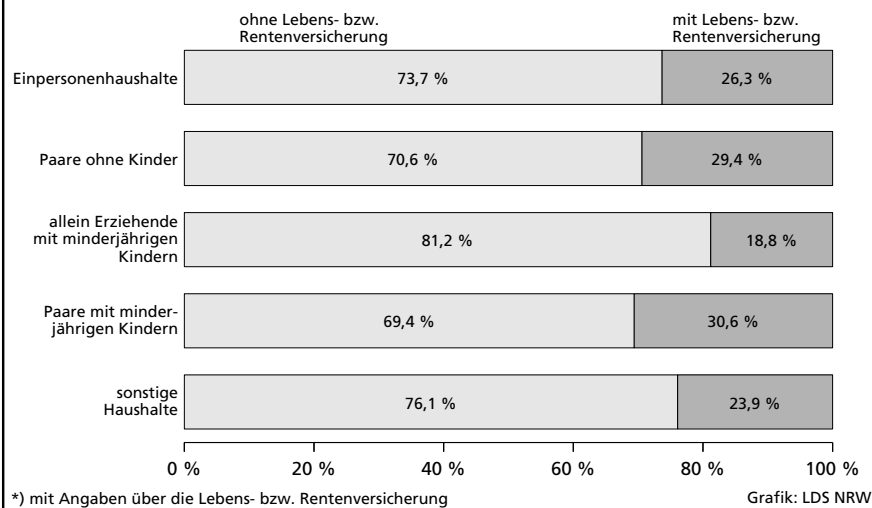


Abb. 17 Bevölkerung*) im April 2001 nach Haushaltstyp und bestehender Lebens- bzw. privater Rentenversicherung



- Paare mit minderjährigen Kindern (und ohne weitere Personen),
- sonstige Haushalte.

Lebens- oder Rentenversicherungsverträge waren am häufigsten verbreitet bei Paaren mit minderjährigen Kindern (30,6 %) und bei Paaren ohne Kinder (29,4 %) (vgl. Abb. 17). Bei beiden stiegen diese Anteile mit der Anzahl der Erwerbstätigen im Haushalt deutlich an. Wenn beide Erwachsene erwerbstätig waren, wuchsen sie auf 41,1 % bei den Paaren ohne Kinder an, bei den Paaren mit Kindern auf 30,6 %. Entscheidend ist weiterhin das Einkommen. Bei den allein Erziehenden, die den niedrigeren Einkommensklassen angehören, wurde der niedrigste Anteil von Lebens- bzw. Rentenversicherungen (18,8 %) festgestellt.

Das Einkommen spielt eine entscheidende Rolle auch bei der Höhe der abgeschlossenen Verträge. Drei Klassen von Verträgen sind betrachtet worden:

- mit einer Gesamtsumme³⁰⁾ bis 25 565 Euro,
- mit einer Gesamtsumme von 25 565 bis 51 129 Euro,
- mit einer Gesamtsumme von mehr als 51 129 Euro.

In Abb. 18 sind die Anteile der Versicherungsverträge bei den unterschiedlichen Einkommensklassen abgebildet. Je höher das Einkommen war, desto höher war auch der Anteil der Verträge mit höheren Versicherungssummen. Jede(r) dritte Bürger/-

30) Jede Person wurde gebeten, die Gesamtversicherungssumme aller bestehender Lebens- oder Rentenversicherungsverträgen anzugeben.

in mit einem Einkommen von 3 068 und mehr Euro besaß Lebens- oder Rentenversicherungen mit einer Gesamtsumme über 51 129 Euro.

Gerade bei den Versicherungssummen hat sich in den vier Jahren zwischen den beiden Befragungen etwas verändert. Allgemein (siehe Abb. 19) ist eine Tendenz zu Verträgen mit höheren Versicherungssummen festzustellen. Der Anteil der Verträge mit einer niedrigen Versicherungssumme (bis unter 25 565 Euro³¹⁾) ist vom Jahr 1997 bis zum Jahr 2001 um 3,6 Prozentpunkte zurückgegangen. Die Anteile der Verträge mit mittleren und höheren Summen sind dagegen gestiegen. Die letzteren wiesen mit 2,3 Prozentpunkten den höchsten Zuwachs auf. Diese Tendenz zu höheren Versicherungssummen ist auf unterschiedliche Faktoren zurückzuführen. Einerseits spielt die Auszahlung älterer Verträge eine Rolle. Andererseits hat die Einkommenssteigerung der letzten Jahre dazu geführt, dass Versicherungsverträge mit höheren Summen abgeschlossen werden. Darüber hinaus werden oft für geringere Geldbeträge Anlageformen mit höheren Renditen, wie Investmentfonds, bevorzugt.

Im Jahre 2001 (vgl. Abb. 14) hatten nur 23,1 % der Frauen eine Lebens- oder Rentenversicherung. Bei den Männern waren es 32,7 %. Ge-

31) Was 50 000 DM entspricht. Die Angaben wurden in beiden Jahren in DM erhoben

Abb. 18 Bevölkerung im April 2001 nach Einkommensklassen und Gesamtversicherungssumme

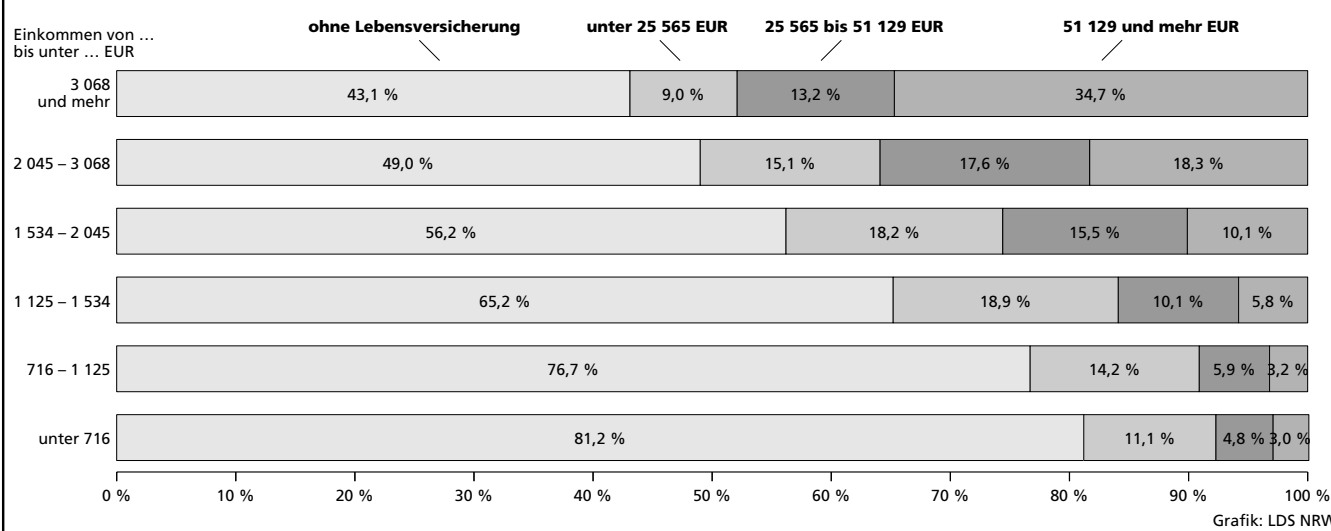
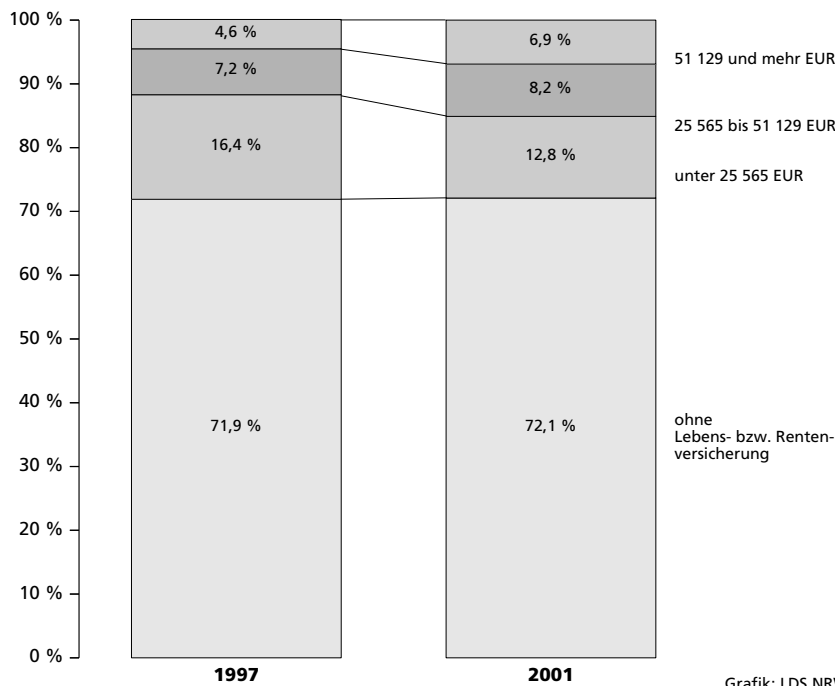
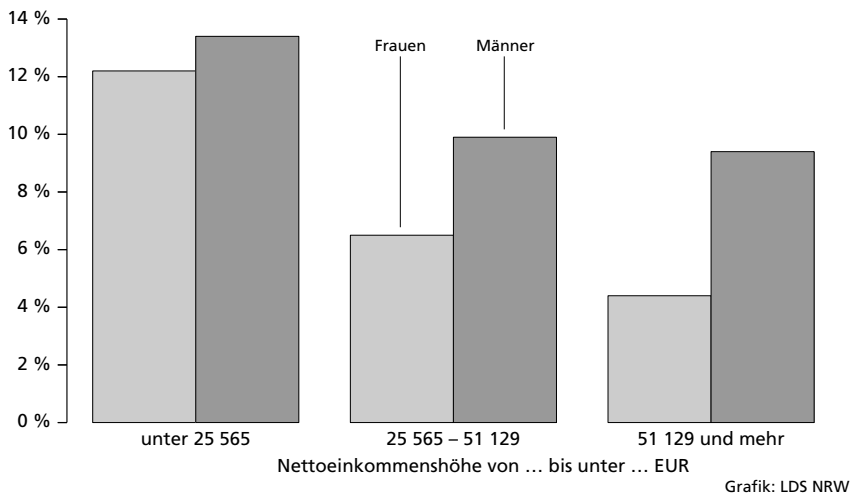


Abb. 19 Bevölkerung nach der Gesamtversicherungssumme bestehender Lebens- bzw. Rentenversicherung



Grafik: LDS NRW

Abb. 20 Bevölkerung mit Lebens- bzw. Rentenversicherung im April 2001 nach Gesamtversicherungssumme und Geschlecht



Grafik: LDS NRW

schlechtsspezifische Unterschiede findet man auch bei der Höhe der Verträge (siehe Abb. 20). Der Abstand zwischen den Geschlechtern wächst mit der Höhe der betrachteten Versicherungssumme. Frauen haben durchschnittlich niedrigere Einkommen als Männer und schließen deswegen Verträge mit geringeren Versicherungssummen ab.

3.2 Die betriebliche Altersvorsorge und ihr Einfluss auf die private Vorsorge

Im Jahre 2001 hatten knapp 30 % der Bürgerinnen und Bürger eine betriebliche Altersvorsorge. Ähnlich viele (29,1 %) waren es im Jahr 1997. Eine Veränderung hat jedoch bei den Arten der betrieblichen Altersvorsorge stattgefunden. Vom Jahr 1997 zum Jahr 2001 wurde eine Zunahme von 3,7 Prozentpunkten bei den Verträgen mit eigener Beteiligung festgestellt. Der Anteil der Verträge

ohne eigene Beteiligung ist dagegen um drei Prozentpunkte gesunken (vgl. Abb. 21). Dies ist sicher auch auf die seit 1999 gesetzlich geregelte Möglichkeit einer Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Form einer Entgeltumwandlung (ein Teil des Bruttogehaltes wird nicht ausgezahlt, sondern – überwiegend steuerfrei – zugunsten einer betrieblichen Altersvorsorgeleistung (überwiegend steuerfrei – zugunsten einer betrieblichen Altersvorsorgeleistung umgewandelt³²⁾) zurückzuführen.

Insgesamt wird der Bevölkerungsanteil mit betrieblicher Altersvorsorge (insbesondere mit eigener Beteiligung) in den nächsten Jahren vermutlich steigen. Nach der neuen Rentenreform hat ab 1. Januar 2002 jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer Anspruch darauf, Teile des Gehaltes in eine betriebliche Altersvorsorge einzuzahlen. Bisher lag die Entscheidung, ob ein Betrieb seinen Beschäftigten eine Altersvorsorge anbietet, allein beim Arbeitgeber.

Um den Zusammenhang zwischen dem Bestehen einer betrieblichen und einer privaten Altersvorsorge zu untersuchen, wurden die Angaben aller Bürgerinnen und Bürger, die sich über beide Versicherungsarten geäußert hatten, ausgewertet. Obwohl Bürgerinnen und Bürger mit betrieblicher Altersvorsorge höhere Einkünfte im Alter haben werden, zeigte sich gerade bei dieser Gruppe ein höherer Anteil an Lebens- oder Rentenversicherungsverträgen (Abb. 22).

4 Zusammenfassung und Ausblick

Die Daten aus dem Mikrozensus bieten eine gute Grundlage die Lage der Rentnerinnen und Rentner, die mehr als ein Fünftel der Gesamtbevölkerung ausmachen, darstellen zu können. Mit diesen Daten war es nicht

³²⁾ Der Gesetzgeber hat die Möglichkeit der Entgeltumwandlung im Rahmen der Altersvorsorge das erste Mal im Rentenreformgesetz 1999 anerkannt. Die Durchführung des Anspruchs (seit dem 01. 01. 2002 jährlich bis zu vier Prozent der Rentenbeitragsbemessungsgrenze) wird durch Vereinbarung zwischen den Arbeitsvertragsparteien geregelt. Die möglichen Durchführungswege der betrieblichen Altersvorsorge sind seit dem 01. 01. 2002 Direktversicherung, Direktzusage, Pensionsfonds, Pensionskasse und Unterstützungskasse.

Abb. 21 Bevölkerung mit Angaben nach Art der betrieblichen Altersvorsorge

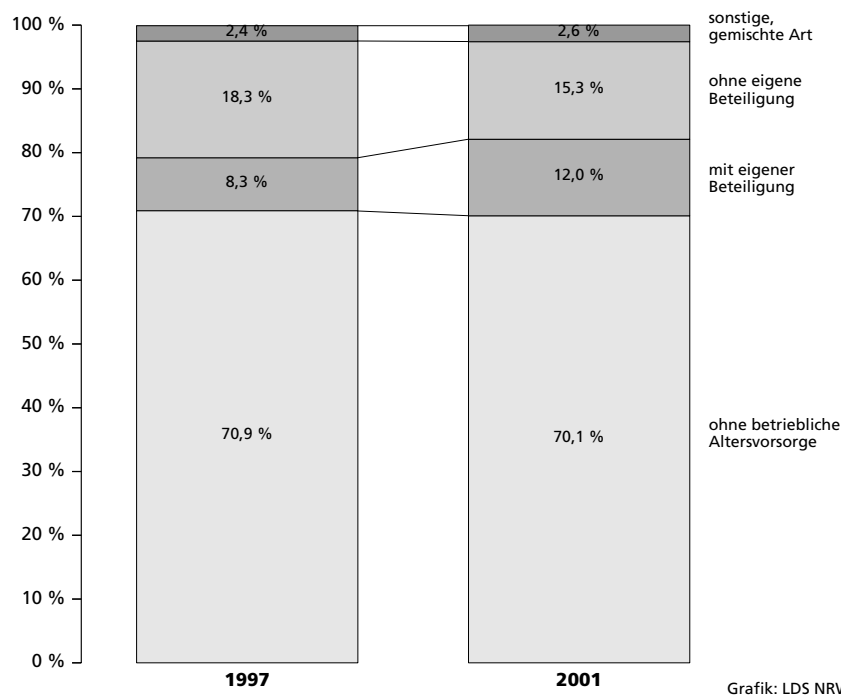
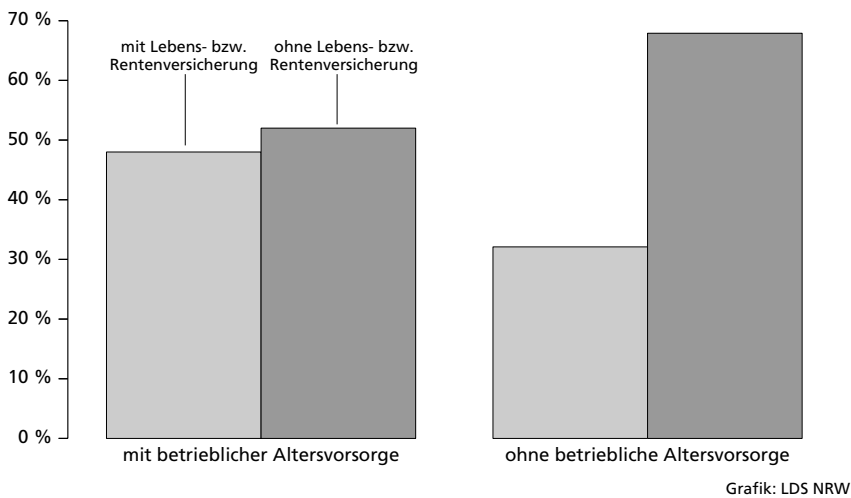


Abb. 22 Bevölkerung im Jahr 2001 nach bestehender betrieblicher und privater Altersvorsorge



nur möglich, eine allgemeine Beschreibung der Personen mit überwiegend Lebensunterhalt aus Rente bzw. Pension vorzulegen, sondern auch eine genauere Darstellung der verschiedenen Einkommensquellen der Rentner/-innen vorzunehmen.

Die eigene Rente oder Pension ist nur für ca. die Hälfte der Rentner/-innen (52 %) die einzige Einkommensquelle. Die restlichen 48 % beziehen außerdem Einkünfte aus anderen Quellen und sind deswegen für ihren Le-

bensunterhalt nicht nur auf die Rente angewiesen. Besonders verbreitet sind Einkünfte aus Vermögen, Vermietung, Verpachtung oder Lebensversicherungen (jede(r) fünfte Rentner/-in). Bei den Frauen kumuliert sich die eigene Rente oft mit einer Hinterbliebenenrente (20,9 %). Ca. 6 % aller Rentner/-innen haben Einkommen aus Transferleistungen (Wohngehalt, Sozialhilfe usw.).

Durch die in Abschnitt 2.2 vorgenommene Aufteilung der Rentnerinnen und Rentner nach Art der Einkünfte

und die Verknüpfung mit dem monatlichen Nettoeinkommen ist es gelungen, einen tieferen Einblick in die finanzielle Situation der Rentner/-innen zu geben. Rentner/-innen mit zusätzlichen Einkommen aus Vermögen, Vermietung, Verpachtung oder Lebensversicherung schnitten bei beiden Geschlechtern am besten ab. Im Jahre 2002 verfügten Rentner durchschnittlich über 1 550 Euro³³⁾ im Monat, Rentnerinnen dagegen nur über 1 180 Euro. Die niedrigsten Nettoeinkommen wurden bei den Rentner(inne)n mit Transferleistungen (860 Euro) sowie bei den Rentnerinnen mit ausschließlich eigener Rente (520 Euro) festgestellt.

Frauen hatten aufgrund ihres oft unterbrochenen Erwerbslebens (Patchwork-Biografie) fast immer³⁴⁾ niedrigere Einkommen als Männer. Auch in Relation zu den jeweiligen Erwerbseinkommen ist die finanzielle Lage der Rentner besser als die der Rentnerinnen. Das Einkommen einer Rentnerin mit ausschließlich eigener Rente betrug im Durchschnitt nur 51,5 % des Einkommens einer erwerbstätigen Frau (der standen monatlich durchschnittlich 1 010 Euro zu). Männer mit eigener Rente dagegen hatten 76,6 % des Einkommens eines erwerbstätigen Mannes, das ca. 1 670 Euro im Monat betrug, zur Verfügung.

Die aktuelle Unsicherheit im Bezug auf das Versorgungsniveau im Alter gab Anlass für den zweiten Schwerpunkt dieses Berichtes, das Engagement für die eigene Altersvorsorge. Es wurde untersucht, ob und in welcher Art die private Altersvorsorge durch Lebens- oder Rentenversicherungen abgesichert wird. Im Jahre 2001 hatten 27,9 % der Bevölkerung einen solchen Vertrag. Entscheidend war das persönliche Nettoeinkommen. Der Anteil der Personen mit Lebens- bzw. Rentenversicherung steigt mit dem Nettoeinkommen, von 18,8 % bei Einkommen unter 716 Euro bis zu 56,9 % bei über 3 068 Euro im Monat.

33) Alle Einkommensangaben sind monatliche Nettoeinkommensangaben.

34) Die einzige Ausnahme war bei den Rentner(inne)n mit ausschließlich Hinterbliebenenrente zu finden

Sehr wichtig war auch der Einfluss der Stellung im Beruf. Selbstständige mit 45,3 % sowie Beamtinnen und Beamte mit 44,7 % waren die Gruppen mit den höchsten Anteilen. Der Familienstand spielt auch eine Rolle: Die Verheirateten lagen mit 32,5 % über dem Durchschnitt. Der Wunsch, die eigene Familie besser abzusichern, ist hier deutlich feststellbar.

Ein Vergleich mit 1997 ergab, dass in den vier Jahren bis 2001 der Bevölkerungsanteil mit Lebens- bzw. privater Rentenversicherung nicht gewachsen ist. Das könnte sich ab 2002 wegen der im Januar 2002 in Kraft getretenen Rentenreform (Riester-Rente) ändern.

Die Faktoren, die dazu führten, einen Lebens- bzw. Rentenversicherungsvertrag abzuschließen, waren in beiden Jahren die gleichen, die Höhe der Versicherungssummen war jedoch 2001 größer als 1997.

Als letztes wurde die betriebliche Altersvorsorge im Zusammenhang mit der Entscheidung im Bereich der privaten Vorsorge untersucht. Im Jahr 2001 hatten 29,1 % der Bevölkerung eine betriebliche Altersvorsorge, darunter 15,3 % ohne eigene Beteiligung und 12 % mit eigener Beteiligung. Gegenüber 1997 gab es keine Zunahme der Betriebsrenten insgesamt. Dies wird sich vermutlich in den nächsten Jahren ändern, weil nach der neuen Rentenreform jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer³⁵⁾ Anspruch darauf hat, Teile des Gehaltes in eine betriebliche Altersvorsorge einzuzahlen. Es wurde aber beobachtet, dass von 1997 bis 2001 die Verträge mit eigener Beteiligung um 2,7 Prozentpunkte zugenommen haben, während der Anteil der Verträge ohne eigene Beteiligung zurück-

³⁵⁾ Dieser Anspruch besteht derzeit einheitlich für die Beschäftigte

gegangen ist. Darauf hatte vermutlich die seit 1999 geregelte Möglichkeit einer Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Form einer Entgeltumwandlung Einfluss.

Weitere Untersuchungen wären wünschenswert, um andere wichtige Aspekte der privaten Altersvorsorge zu berücksichtigen. Faktoren, die die Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger, ihre Altersvorsorge durch Lebens- bzw. Rentenversicherungsverträge abzusichern, beeinflussen können, sind das Wohneigentum sowie die verschiedenen Formen der Geldanlage wie Investmentfonds oder Aktiendepots. Hierfür wäre es nötig, die in diesem Bericht dargestellten Ergebnisse aus dem Mikrozensus mit Auswertungen aus anderen Datenquellen, wie z. B. aus der Einkommens- und Verbraucherstichprobe zu vergleichen bzw. zu vervollständigen.